X Collection

c/c 96000425
(cont.)

INDEX

Page: 1

Barcode Number	Box Number	Total of Volumes	Call Number
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 637 3	777	93	JN3946.S8 - JN3946.Z5
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 638 5	778	6	JN3961.5 no. 1-6
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 639 7	779	58	JN3970.K6 no. 1-58 no. 10, 24-25 in oversize box
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 658 0	780	106	JN3970.K6 no. 1-115 no. 14, 19, 28, 33A-34B, 61-62 in oversize box
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 659 2	781	57	JN3970.S7 - JN3946.S8 no. 21 in oversize box Δ item - no code #
LIBRARY OF CONGRESS 0 021 174 660 9	782	55	JN3970.S6 - JN3970.S7

X-JN3970
K6
#1

Verteidigt den Frieden!

Entlarvt die Kriegshetzer!

Der Friede wird erhalten und gefestigt werden, wenn die Völker die Sache der Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen und den Frieden bis zum äußersten verteidigen. Der Krieg kann unvermeidlich werden, wenn es den Kriegshetzern gelingt, die Volksmassen durch Lügen irrezuführen, sie zu betrügen und sie in einen n e u e n Weltkrieg hineinzuziehen. Deshalb ist jetzt die breite Kampagne zur Erhaltung des Friedens als Mittel der Entlarvung der verbrecherischen Machenschaften der Kriegshetzer von erstrangiger Bedeutung.

Was die Sowjetunion betrifft, so wird sie auch weiterhin unbeirrbar eine Politik der Verhinderung des Krieges und der Erhaltung des Friedens verfolgen.

Stalin 1951

Herausg.: PV der KPD, Hugo Paul, M.d.B. — Druck: Druckerei- u. Pacht- GmbH., Lage i. L.

Encl. #6

X-JN3970 .K6 #2

Immer wenn ein Krieg vorbereitet wird...

... versucht man, den fortschrittlichen, friedliebenden Kräften des Volkes, die den Krieg verhindern wollen, einen Maulkorb anzulegen.

So war es 1914, so war es 1933, und so ist es heute wieder.

Als Hitler 1933 sein Terrorregime errichtete, verbot er zuerst die KPD und ihre Presse und schuf damit die Voraussetzungen zur Zerschlagung aller demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes, die Voraussetzungen eines neuen Krieges.

Heute sind wir auf dem gleichen Weg:

In der Nacht vom Dienstag, den 22. auf Mittwoch, 23. Mai erschienen Polizisten und Kriminalbeamte der Frankfurter Polizei im Hause der SVZ und versiegelten die Räume der Setzerei und die Rotation.

Dies war offener Verfassungsbruch!

Punkt 1 des Verfassungsbruches:

Die Polizei führte diese Willkürmaßnahme durch, indem sie ein „Fernschreiben" vorlegte wonach auf „Beschluß des Hessischen Kabinetts" das Erscheinen der SVZ (Sozialistische Volkszeitung) für 90 Tage verhindert werden soll.

Kein Kabinettsbeschluß und kein Zinnkann-Befehl aber kann das Verbot oder die Beschlagnahme einer Zeitung erwirken.

„Die Beschlagnahme von Druckwerken nach dem § 94 ff. der Strafprozeßordnung kann nur der Richter anordnen", so heißt es im § 15 (1) des Hessischen Pressegesetzes und selbst dann kann eine Zeitung nicht auf 90 Tage verboten werden. Im § 16 des Hessischen Pressegesetzes heißt es: „Der Beschlagnahme unterliegen nur die zur Verteilung bestimmten Druckstücke."

Punkt 2 des Verfassungsbruches:

Die SVZ wird in dem Fernschreiben angeklagt, der Meinung des Volkes Gehör geschenkt zu haben, in dem sie den Willen des Volkes gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag mit Deutschland im Jahre 1951 propagiert hat.

Doch das ist das Recht eines jeden Deutschen.

In Artikel 11 der Hessischen Verfassung heißt es: „Jedermann hat das Recht, seine Meinung frei und öffentlich zu äußern."

Ind
aaa

X-JN 3970
1K6
#5

Muß es denn so bleiben?

OCT 65
1965

Ewig Flüchtling - oder gleichberechtigter Bürger

X-JN3970
.K6
3 - OCT 25
Copy 1966
#4

Die Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Erhaltung des Friedens und zur Rettung der Nation

---

Rede von
WALTER ULBRICHT
auf dem Parteitag der KPD

AAJ

FRANZ DAHLEM
MAX REIMANN

Vol 13
X-JN 3970
.K6
#5
3 OCT 25
1955

Die nächsten Aufgaben der KPD

Reden auf der Konferenz der westdeutschen Gastdelegierten zum III. Parteitag der SED.

X-JN 3970
.K6 #6

X-JN3970
.K6

1 OCT 25
Copy 1955

REDEDISPOSITION

Zum 65. Geburtstag Ernst Thälmanns

In diesem Jahr, am 16. April, würde unser Genosse Ernst Thälmann seinen 65. Geburtstag begehen, wenn er noch unter uns weilen würde. Welchem werktätigen Menschen wird das Herz nicht warm, wenn der Name Ernst Thälman genannt wird. Wir und mit uns die deutsche und Weltarbeiterklasse sind stolz auf ihn, weil er unserer gerechten Sache soviel Ehre gemacht hat. Deshalb genießt er auch unter den Werktätigen in der ganzen Welt eine große Achtung.

Ernst Thälmann gehört die Liebe der Werktätigen in der ganzen Welt

Als ihn die Faschisten in ihre Folterhöllen schleppten, ging ein Schrei um den ganzen Erdball.

Von wieviel Liebe zeugt es, wenn in allen Sprachen der Erde, in Antwerpen und Paris, in Marsaille und Shanghai, Singapur und New York, der Ruf erscholl: „Freiheit für Ernst Thälmann!"

Ernst Thälmann wird in aller Welt geehrt

Mit seinem Namen auf den Lippen stürmten Spaniens Freiheitskämpfer die Bastillen der Faschisten.

Mit seinem Namen tauften die befreiten Arbeiter und Bauern in der Sowjetunion Kolchosen und Fabriken.

Seinen Namen tragen ruhmreiche Regimenter der mächtigen Sowjetarmee.

Und würdig wurden mit dem Namen unseres unvergeßlichen Ernst Thälmann von den Werktätigen in befreiten Orten unserer Heimat Produktionsstätten und öffentliche Einrichtungen getauft.

In Deutschlands schwärzester Zeit gab uns Ernst Thälmann Kraft und Zuversicht

Wer erinnert sich nicht mehr daran, wie viele Millionen in Deutschland und den übrigen Ländern unter der blutigen Gestapoherrschaft auf Ernst Thälmann schauten und ihn bewunderten, verehrten und liebten. Kein zweiter befand sich in den Klauen der faschistischen Bestien, an dessen Schicksal die ganze Welt so regen Anteil nahm.

Sein Name ging in den Zuchthäusern und Gefängnissen unter den politischen Opfern der Schreckensherrschaft Hitlers von Mund zu Mund. In den Höllen der KZ ging die Frage um: „Wo ist Teddy?" Alles blickte auf ihn und richtete sich in schweren verzweifelten Stunden an ihm auf.

Die Gefolterten und Mißhandelten ertrugen unmenschliche Qualen im Gedanken an ihn und blieben stark.

Ernst Thälmann, das war der Quell, aus dem die unzähligen lebendig Begrabenen Kraft schöpften, der sie durchhalten ließ und ihnen Hoffnung gab, daß die Nacht in Deutschland vorübergehen werde.

Womit erwarb sich Ernst Thälmann soviel Liebe, Achtung und Verehrung?

Wer ihn kannte, weiß von seiner schlichten einfachen Art. Er ist immer das geblieben, was er war, der Kohlentrimmer, der Transportarbeiter, der zum Arbeiterführer berufen war. Groß geworden als Kind einfacher

Incl #43

Preis 10 Pfennig

Copy 1955
X-JN 2970
.K6
#7

Die Jugend

DEUTSCHLANDS NEUES LEBEN

ZIN3970

3. OKT

Hand in Hand
unter der Flagge des Kampfes
für Freiheit und Frieden

GEORGES COGNIOT, *der Vertreter der französischen Werktätigen auf dem Parteitag der KPD*

Kampfessolidarität der Völker gegen den gemeinsamen Feind

Im Namen der Kommunistischen Partei Frankreichs, im Namen der Partei von Maurice Thorez überbringe ich euch die heißesten, brüderlichsten Kampfesgrüße der französischen Arbeiterklasse und des französischen Volkes.

In dieser Stunde, da ihr auf dem Parteitag der KPD versammelt seid, weilen die französischen Werktätigen und Friedenskämpfer mit Aufmerksamkeit und Freundschaft im Geiste bei euch, die ihr in Westdeutschland einen entscheidenden Beitrag zum Kampf für den Frieden, gegen die Wiederaufrüstung und Remilitarisierung leistet, bei euch, deren Vorsitzender, Genosse Max Reimann, der erste in Westdeutschland war, der die Jugend aufrief, sich zu weigern, den Imperialisten in einem Krieg gegen die Deutsche Demokratische Republik, die Sowjetunion und die Volksdemokratien als Kanonenfutter zu dienen.

Der tapfere und wirksame Kampf der Arbeiterklasse und aller patriotischen Kräfte in Westdeutschland für die Sache des Friedens verstärkt die Zuversicht von Millionen und aber Millionen Franzosen, die den gleichen Kampf gegen die ... Imperialisten und ihre Helfershelfer, gegen den Faschismus, den sie wiederbeleben, gegen die Gefahr eines neuen Krieges, die heute drohender ist denn je, und für den Zusammentritt der seit Anfang November 1950 von der Sowjetunion vorgeschlagenen Viererkonferenz führen. Euer unter schwierigsten Bedingungen geführter Kampf hat die gegenseitige Sympathie der Arbeiterklasse unserer beiden Länder und die Kampfessolidarität unserer Völker gegen den gemeinsamen Feind, gegen den Nachfolger Hitlers, den ... Anwärter auf die Kolonisierung Europas und auf die Weltherrschaft heranreifen lassen.

Wir, die wir die ganze Schwere der internationalen Verantwortung empfinden, die auf der Arbeiterklasse und dem Volke Frankreichs ... lastet, wir sind glücklich, feststellen zu können, daß sich euer Parteitag der besonderen Pflichten bewußt ist, die der KPD nicht nur gegenüber ihrem Volk, sondern auch gegenüber den Werktätigen der anderen Länder zukommen.

Wir werden der französischen Arbeiterklasse berichten, welche Entschlossenheit und welche Standhaftigkeit wir bei euch erlebt haben. Wir werden ihr berichten, daß unsere beiden Völker Hand in Hand unter der Flagge des Kampfes für Freiheit und Frieden schreiten können.

Wir sind entschlossen, Euch zu helfen

Vor acht Monaten führte der Sekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, Jacques Duclos, in Berlin vor dem Parteitag der SED aus, mit welcher tiefen Freude alle friedliebenden Franzosen die Bildung und das Erstarken der Deutschen Demokratischen Republik aufgenommen haben, und im Namen aller Kommunisten und aller fortschrittlichen Menschen Frankreichs begrüßte er mit herzlicher Begeisterung die Führer der Partei, die an der Spitze der Nationalen Front und der DDR stehen, Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht.

Im Verlaufe dieser acht Monate wurde es jeden Tag klarer, daß der Kampf für die Befreiung Westdeutschlands aus dem Zustand einer Kolonie der westlichen Imperialisten, gegen seine Verwendung als Gendarm der Nachbarvölker und dafür, daß seine Umwandlung in eine ... basis gegen die Sowjetunion, gegen die Länder der Volksdemokratien und gegen das demokratische Deutschland scheitere, nicht nur euer Kampf ist, sondern darüber hinaus das wesentliche Problem des Kampfes zur Verhinderung des Krieges darstellt, den alle klarsehenden und ehrlichen Franzosen in der Ueberzeugung führen, daß „der Friede erhalten und verstärkt wird, wenn die Völker die Sache des Friedens in ihre Hand nehmen und sie bis zum Aeußersten verteidigen", wie es uns kürzlich mit der ihm eigenen Klarheit und Ueberzeugungskraft unser Erzieher und Führer, der große Stalin, sagte.

Alle Werktätigen und alle Friedensanhänger Frankreichs haben mit großer Genugtuung die Vorschläge des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik an Adenauer zur Schaffung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates zur Kenntnis genommen. Sie waren glücklich darüber, feststellen zu können, daß als Folge dieser Vorschläge, die Massen Westdeutschlands in Bewegung gekommen sind. Sie billigen den Ende Januar von der Volkskammer der DDR an die Bonner Regierung gerichteten Appell, und sie freuen sich herzlich darüber, daß dieser Appell das Verständnis und die Unterstützung breiter Bevölkerungsschichten in Westdeutschland gefunden hat. Wir sind entschlossen, wie es Genosse Maurice Thorez am 10. Dezember 1949 vor unserem Zentralkomitee forderte, euch mit aller Kraft in eurem edlen Kampf zu helfen, um in Westdeutschland wieder eine mächtige Arbeiterbewegung zu schaffen und um die Seele des gesamten deutschen Volkes für die Sache des Friedens zu erobern.

Eure Forderungen sind auch die unseren

Gestattet mir in diesem Zusammenhang, euch einen Abschnitt der von dem Plenum des Zentralkomitees unserer Partei am 15. Februar angenommenen Resolution vorzulesen:

„Die französischen Kommunisten sind der Meinung, daß die aktive Teilnahme des deutschen Volkes an dem Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen die sofortige friedliche Lösung der deutschen Frage ermöglicht. Die französischen Kommunisten unterstützen die Forderung des deutschen Volkes bezüglich der Unterzeichnung eines Friedensvertrages im Jahre 1951."

zu bleiben. Heute, wie im Jahre 1923, sagen sie den Werktätigen Frankreichs: „Die Werktätigen Deutschlands sind eure Brüder! Verbrüdert euch!"

Genossinnen und Genossen! Heute ist es möglich und notwendig, daß noch breitere Schichten als die Arbeiterklasse sich auf beiden Seiten für den Triumph der Kräfte des Lebens über die Kräfte des Todes einigen. Ein Volk wie das französische, das in 20 Jahren dreimal die Schrecken des Krieges auf seinem Boden kennengelernt hat, fühlt deutlich die internationale Tragweite des augenblicklichen Kampf-

Was ist das, Dr. Adenauer?
Made in Germany
Britische Zone

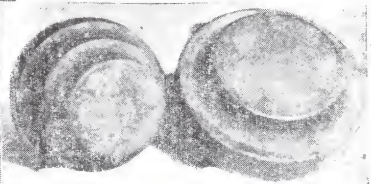
Ein Bajonett

Hersteller: Fa. Hörster, Solingen

Adenauer und Kaiser bestreiten die Kriegsproduktion! Werden Bajonette für friedliche Zwecke gebraucht?

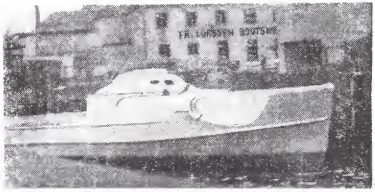
Was ist das, Herr Adenauer?

Material-Nr.: EC 100 Tarnbezeichnung: „Schieberäder"
Hersteller: „Bochumer Verein"
Granatböden für 8 8 und 10,5 cm Kaliber



So wurde auf einer Heimkehrertagung in Bochum die Erklärung Adenauers, in Westdeutschland würde keinerlei Kriegsmaterial hergestellt, entlarvt

Was ist das, Herr Adenauer?



Ein Torpedo-Schnellboot mit gepanzertem Kommandostand

Dieses Kriegsfahrzeug lief am 21. Februar 1951 auf der Lürssen Werft in Bremen vom Stapel.

X-JN397
.K6
#10

3-OCT 25
Copy 1955

Deutsche, wehrt Euch!

Adenauer verschachert Freiheit und Leben der Nation
Der Generalvertrag ist als Kriegspakt enthüllt

Was ist die Wahrheit über Adenauers Geheimverträge? Adenauer schweigt zu den Enthüllungen Walter Ulbrichts

Die regierungs- und besatzungshörige Presse will die Tatsachen totschweigen. Der Schleier ist gelüftet — verbreitet die Wahrheit.

Was bedeutet der Generalvertrag?

1 Westdeutschland soll weitere 50 Jahre besetzt bleiben

Das bedeutet:

50 Jahre keinen Friedensvertrag
50 Jahre Grenzen quer durch Deutschland
50 Jahre fremde Bajonettherrschaft
50 Jahre nationale Entmündigung und Erniedrigung
50 Jahre Knechtschaft und Rechtlosigkeit
50 Jahre Unsicherheit auf den Straßen und Amizonenplage

Das bedeutet Auslöschung der deutschen Nation!

2 Alle Westdeutschland aufgezwungenen militärischen Verpflichtungen sollen unkündbar sein

Das bedeutet:

Unlösbare Fessel an die Kriegspläne der amerikanischen Imperialisten
Unlösbare Fessel an den amerikanischen Krieg
Unlösbare Fessel an den unausbleiblichen Untergang der Kriegsbrandstifter

3 Westdeutschland soll für Unterhaltung und Unterbringung amerik.-engl. Truppen aufkommen

Das bedeutet:

Noch mehr Preistreibereien und Steuererpressungen
Noch mehr Hunger, Elend und Not
Noch mehr Bankrotte, Konkurse und Offenbarungseide
Noch mehr Kasernen statt Wohnungen
Noch mehr Landbeschlagnahmungen und Vertreibungen

4 Die Besatzungsmächte sollen weiterhin das Recht zur Einmischung in deutsche Angelegenheiten bis zur Rücknahme der Regierungsgewalt haben

Das bedeutet:

Weiterhin fremde Befehlsgeber im Land

3 OCT 25
Copy

Die Rüstungshaie suchen Fußvoll

Presse-Umschau

Begrenzter Krieg in Korea

Im Zusammenhang mit der Forderung Trumans an den Kongreß, 60,7 Milliarden Dollar für die Verteidigung bereitzustellen, schreibt die demokratische „New York Times":

Es ist einer unserer Grundsätze, anderen freien Nationen beim Aufbau ihrer militärischen und wirtschaftlichen Stärke mit allen uns verfügbaren Mitteln zu helfen, denn wir verlassen uns darauf, daß diese Nationen zur Verteidigung der nordatlantischen Gemeinschaft das Gros der Bodentruppen stellen.

Ein zweiter Grundsatz ist der, daß sowohl unsere globale als auch unsere regionale Strategie in Übereinstimmung mit unseren Alliierten und Freunden geplant und durchgeführt werden muß

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG

Im Namen der „Freiheit":

Willst Du nicht mein Bruder sein, dann schlag ich Dir den Schädel ein

In den letzten Jahren hat z. B. die „Economic Cooperation Administration", die amerikanische Marshall-Plan-Verwaltung, mehrfach mit einer Kürzung ihrer Kredite gedroht, wenn ein bestimmtes Land in seiner Politik und Gesetzgebung, z. B. in bezug auf Steuerreform oder Agrarpolitik, nicht bestimmte rationelle Minimalmaßnahmen durchführe — und gewöhnlich hatten solche Drohungen sehr schnell. Die betreffenden Reformen wurden durchgeführt und der Zwischenfall war erledigt.

DIE WELT v. 1. 5. 51

So sollen wir gefügig gemacht werden:

Adenauers Politik bedroht unser aller Leben.

Sein Weg führt in den Krieg, in Untergang und Tod.

Die Fraktion der KPD hat im Bundestag beantragt:

Verbot jeglicher Verhandlungen über die Aufstellung einer westdeutschen Armee

Ungültigkeitserklärung jeglicher Vereinbarungen über die Rekrutierung deutscher Männer für eine Söldnerarmee.

Antrag der Fraktion der Kommunistischen Partei Deutschlands, betr. Annullierung aller Verpflichtungen der Bundesregierung betr. Remilitarisierung.

Der Bundestag wolle beschließen:

Am 5. Mai 1951 hat die amerikanische Presseagentur „Associated Press" die folgende Meldung veröffentlicht: An diesem Tage haben amtliche westliche Kreise in London bekanntgegeben, der Bundesrepublik habe den westlichen Alliierten die Aufstellung einer westdeutschen Armee in Stärke von 150 000 Mann und eine starke taktische Luftwaffe vorgeschlagen. Diese „Kerntruppe" solle nach dem Vorschlag von Bonn General Eisenhower als Oberbefehlshaber der Atlantischen Streitkräfte unterstellt werden.

Der Bundeskanzler wird verpflichtet, sich vor dem Bundestag zu rechtfertigen, wer ihn entgegen dem klaren Willen der Bevölkerung, die die Remilitarisierung ablehnt, ermächtigt hat, solche Erklärungen ohne Befragung des Bundestages abzugeben.

Der Bundeskanzler wird verpflichtet, dem Bundestag unverzüglich alle von ihm ohne Wissen des Bundestages abgegebenen Erklärungen und eingegangenen Verpflichtungen über die Bereitstellung westdeutscher militärischer Kräfte bekanntzugeben.

Der Bundeskanzler wird verpflichtet, unverzüglich alle Verhandlungen, die sich mit der Aufstellung deutscher militärischer Verbände befassen, abzubrechen. Die von der Bundesregierung für diese Verhandlungen eingesetzten Generale und Zivilbeauftragten sind mit sofortiger Wirkung abzuberufen.

Der Bundestag erklärt, daß alle bisher von der Bundesregierung abgegebenen Erklärungen und eingegangenen Verpflichtungen über die Bereitstellung deutscher militärischer Kräfte null und nichtig sind.

Renner und Fraktion.

Deutsche Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

Das entspricht den Interessen des ganzen deutschen Volkes.

Unterstützt den Antrag der KPD zur Rettung aus Not und Tod.

Die Einigkeit des Volkes ist stärker als der Militärklüngel in Bonn.

X-JN3976
.K6
Parteilag
3-OCT 25
Copy 1955
#12

Hand in Hand unter der Flagge des Kampfes für Freiheit und Frieden

GEORGES COGNIOT, *der Vertreter der französischen Werktätigen auf dem Parteitag der KPD*

Kampfessolidarität der Völker gegen den gemeinsamen Feind

Im Namen der Kommunistischen Partei Frankreichs, im Namen der Partei von Maurice Thorez überbringe ich euch die heißesten, brüderlichsten Kampfesgrüße der französischen Arbeiterklasse und des französischen Volkes.

In dieser Stunde, da ihr auf dem Parteitag der KPD versammelt seid, weitem die französischen Werktätigen und Friedenskämpfer mit Aufmerksamkeit und Freundschaft ihr Geiste bei euch, die ihr in Westdeutschland einen entscheidenden Beitrag zum Kampf für den Frieden, gegen die Wiederaufrüstung und Remilitarisierung leistet, bei euch, deren Vorsitzender, Genosse Max Reimann, der erste in Westdeutschland war, der die Jugend aufrief, sich zu wehren, den Imperialisten in einem Krieg gegen die Deutsche Demokratische Republik, die Sowjetunion und die Volksdemokratien als Kanonenfutter zu dienen.

Der tapfere und wirksame Kampf der Arbeiterklasse und aller patriotischen Kräfte in Westdeutschland für die Sache des Friedens verstärkt die Zuversicht von Millionen und aber Millionen Franzosen, die den gleichen Kampf gegen die . . . Imperialisten und ihre Helfershelfer, gegen den Hitlerismus, den sie wiederbeleben, gegen die Gefahr eines neuen Krieges, die heute drohender ist denn je, und für den Zusammentritt der seit Anfang November 1950 von der Sowjetunion vorgeschlagenen Viererkonferenz führen. Euer unter schwierigsten Bedingungen geführter Kampf hat die gegenseitige Sympathie der Arbeiterklasse unserer beiden Länder und die Kampfessolidarität unserer Völker gegen den gemeinsamen Feind, gegen den Nachfolger Hitlers, den . . . Anwärter auf die Kolonisierung Europas und auf die Weltherrschaft heranreifen lassen.

Wir, die wir die ganze Schwere der internationalen Verantwortung empfinden, die auf der Arbeiterklasse und dem Volke Frankreichs . . . lastet, wir sind glücklich, feststellen zu können, daß sich euer Parteitag die besonderen Pflichten bewußt ist, die der KPD nicht nur gegenüber ihrem Volk, sondern auch gegenüber den Werktätigen der anderen Länder zukommen.

Wir werden der französischen Arbeiterklasse berichten, welche Entschlossenheit und welche Standhaftigkeit wir bei euch erlebt haben. Wir werden ihr berichten, daß unsere beiden Völker Hand in Hand unter der Flagge des Kampfes für Freiheit und Frieden schreiten können.

Wir sind entschlossen, Euch zu helfen

Vor acht Monaten führte der Sekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, Jacques Duclos, in Berlin vor dem Parteitag der SED aus, mit welcher tiefen Freude alle friedliebenden Franzosen die Bildung und das Erstarken der Deutschen Demokratischen Republik aufgenommen haben, und im Namen aller Kommunisten und aller fortschrittlichen Menschen Frankreichs begrüßte er mit herzlicher Begeisterung die Führer der Partei, die an der Spitze der Nationalen Front und der DDR stehen, Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht.

Im Verlaufe dieser acht Monate wurde es jeden Tag klarer, daß der Kampf für die Befreiung Westdeutschlands aus dem Zustand einer Kolonie der westlichen Imperialisten, gegen seine Verwandlung als Gendarm der Nachbarvölker und dafür, daß seine Umwandlung in eine . . . basis gegen die Sowjetunion, gegen die Länder der Volksdemokratien und gegen das demokratische Deutschland scheitere, nicht nur euer Kampf ist, sondern darüber hinaus das wesentliche Problem des Kampfes zur Verhinderung des Krieges darstellt, den alle klarsehenden und ehrlichen Franzosen in der Ueberzeugung führen, daß „der Friede erhalten und verstärkt wird, wenn die Völker die Sache des Friedens in ihre Hand nehmen und sie bis zum Aeußersten verteidigen", wie es uns kürzlich mit ihm eigenen Klarheit und Ueberzeugungskraft unser Erzieher und Führer, der große Stalin, sagte.

Alle Werktätigen und alle Friedensanhänger Frankreichs haben mit großer Genugtuung die Vorschläge des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik an Adenauer zur Schaffung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates zur Kenntnis genommen. Sie waren glücklich darüber, feststellen zu können, daß, als Folge dieser Vorschläge, die Massen Westdeutschlands in Bewegung gekommen sind. Sie billigen den Ende Januar von der Volkskammer der DDR an die Bonner Regierung gerichteten Appell, und sie freuen sich herzlich darüber, daß dieser Appell das Verständnis und die Unterstützung breiter Bevölkerungsschichten in Westdeutschland gefunden hat. Wir sind entschlossen, wie es Genosse Maurice Thorez am 10. Dezember 1949 vor unserem Zentralkomitee forderte, euch mit aller Kraft in eurem edlen Kampf zu helfen, um in Westdeutschland wieder eine mächtige Arbeiterbewegung zu schaffen und um die Seele des gesamten deutschen Volkes für die Sache des Friedens zu erobern.

Eure Forderungen sind auch die unseren

Gestattet mir in diesem Zusammenhang, euch einen Abschnitt der von dem Plenum des Zentralkomitees unserer Partei am 15. Februar angenommenen Resolution vorzulesen:

„Die französischen Kommunisten sind der Meinung, daß die aktive Teilnahme des deutschen Volkes an dem Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen die sofortige friedliche Lösung der deutschen Frage ermöglicht. Die französischen Kommunisten unterstützen die Forderung des deutschen Volkes bezüglich der Unterzeichnung eines Friedensvertrages im Jahre 1951."

zu bleiben. Heute, wie im Jahre 1923, sagen sie den Werktätigen Frankreichs: „Die Werktätigen Deutschlands sind eure Brüder! Verbündet euch!"

Genossinnen und Genossen! Heute ist es möglich und notwendig, daß noch breitere Schichten als die Arbeiterklasse sich auf beiden Seiten für den Triumph der Kräfte des Lebens über die Kräfte des Todes einigen. Ein Volk wie das französische, das in 80 Jahren dreimal die Schrecken des Krieges auf seinem Boden kennengelernt hat, fühlt deutlich die internationale Tragweite des augenblicklichen Kampf-

3-OCT 25
Copy 1955

X-JN 3970 #13
.Kb

Deutsche!

JN3970
.Kb

Die Nation ist in Gefahr!

Ohne uns zu fragen, ohne den millionenfachen Protest aus der Mitte unseres Volkes zu beachten, betreibt Adenauer die Remilitarisierung und Wiederaufrüstung Westdeutschlands. Die Folge dieser abenteuerlichen Politik muß unweigerlich zum Kriege führen.

Ein Bruderkrieg wäre unser, wäre Deutschlands Verderben!

Wir dürfen nicht zulassen, daß unsere Heimat in einen Kriegsschauplatz verwandelt wird, daß Deutsche gegen Deutsche kämpfen und für fremde Interessen verbluten.

Darum ist das Gebot der Stunde: Verständigung zwischen den Deutschen!

Eine friedliche Lösung der Lebensfragen unseres Volkes ist möglich.

Die KPD zeigt unserem Volke den Ausweg aus Kriegsgefahr und nationaler Katastrophe!

Sie unterbreitet allen ehrlichen Deutschen, die ihr Volk und ihre Heimat lieben, einen Vorschlag, wie uns der Friede erhalten und unser zerrissenes Vaterland wieder vereinigt und dadurch zu neuer Blüte erstehen kann.

Es geht jetzt nicht um Parteigezänk und parteiegoistische Interessen.

Es geht um das Leben und die Existenz der deutschen Nation!

Zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage schlägt die KPD vor, daß aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat auf paritätischer Grundlage gebildet wird, der eine einheitliche, den Interessen des ganzen deutschen Volkes entsprechende Linie in folgenden Fragen berät und erarbeitet:

a) über die Schaffung einer rechtsstaatlichen Ordnung, einer freiheitlichen Regierungsform, des Schutzes der Menschenrechte und der Wahrung des Friedens in ganz Deutschland;

b) über die Frage der Stärke, Bewaffnung und Verteilung der Polizei in ganz Deutschland sowie über die Möglichkeiten der Verringerung des ziffernmäßigen Bestandes der Polizei in beiden Teilen Deutschlands nach gemeinsam vereinbarten einheitlichen Grundsätzen;

c) über das „Gesetz zum Schutze des Friedens" für ganz Deutschland;

d) über die Abgabe einer gemeinsamen Erklärung im Namen des deutschen Volkes, die die Remilitarisierung Deutschlands und die Aufstellung von Armee-Einheiten in jedweder Form verbietet sowie über eine — von deutschen Organisationen und dem ganzen deutschen Volk durchzuführende — Kontrolle über die Durchführung dieser Erklärung;

e) über die Ausarbeitung einer provisorischen Verfassung des einheitlichen, demokratischen, friedliebenden und unabhängigen Deutschland, wobei die bestehenden Verfassungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik als Grundlage zu benutzen sind;

f) über die Schaffung eines demokratischen Wahlgesetzes für ganz Deutschland;

g) über die Abschaffung der Zonen- und Sektorengrenzen sowie der Interzonenpässe, die Herstellung des freien Personen- und Warenverkehrs in ganz Deutschland, die unbehinderte Verbreitung von Druckerzeugnissen, Filmen usw.;

h) über Maßnahmen zur Durchführung einer einheitlichen Außenpolitik sowie Maßnahmen

X-JN 3910-K6

Die Kommunisten zeigen den Ausweg!

Zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage schlägt die KPD vor, daß der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat eine einheitliche, den Interessen des ganzen deutschen Volkes entsprechende Linie in folgenden Fragen berät und erarbeitet:

a) über die Schaffung einer rechtsstaatlichen Ordnung, einer freiheitlichen Regierungsform, des Schutzes der Menschenrechte und der Wahrung des Friedens in ganz Deutschland;

b) über die Frage der Stärke, Bewaffnung und Verteilung der Polizei in ganz Deutschland sowie über die Möglichkeiten der Verringerung des ziffernmäßigen Bestandes der Polizei in beiden Teilen Deutschlands nach gemeinsam vereinbarten einheitlichen Grundsätzen;

c) über das „Gesetz zum Schutze des Friedens" für ganz Deutschland;

d) über die Abgabe einer gemeinsamen Erklärung im Namen des deutschen Volkes, die die Remilitarisierung Deutschlands und die Aufstellung von Armee-Einheiten in jedweder Form verbietet sowie über eine — von deutschen Organisationen und dem ganzen deutschen Volk durchzuführende — Kontrolle über die Durchführung dieser Erklärung;

e) über die Ausarbeitung einer provisorischen Verfassung des einheitlichen, demokratischen, friedliebenden und unabhängigen Deutschland, wobei die bestehenden Verfassungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik als Grundlage zu benutzen sind;

f) über die Schaffung eines demokratischen Wahlgesetzes für ganz Deutschland;

g) über die Abschaffung der Zonen- und Sektorengrenzen sowie der Interzonenpässe, die Herstellung des freien Personen- und Warenverkehrs in ganz Deutschland, die unbehinderte Verbreitung von Druckerzeugnissen, Filmen usw.

h) über Maßnahmen zur Durchführung einer einheitlichen Außenpolitik sowie Maßnahmen zur einheitlichen Regelung des Bürgerrechts, von Naturalisierung, Einbürgerung und Auswanderung;

i) über Maßnahmen zur Sicherung der Rechtseinheit, im besonderen über die Sicherung einheitlicher Grundsätze im Strafrecht, bürgerlichen Recht und Handelsrecht, sowie hinsichtlich des Schutzes der Autorenrechte, Patente und Warenzeichen, der Wertpapiere und anderer Wertetitel;

k) über Maßnahmen zur Erweiterung des deutschen Binnenhandels, zur Aufhebung der Beschränkungen und zur Entwicklung des Außenhandels, zur gemeinsamen Kontrolle des Ex- und Imports sowie zur Schaffung eines einheitlichen Zollsystems;

l) über Maßnahmen zur Ausarbeitung einheitlicher Bedingungen zur Benutzung von Land- und Wasserwegen, Eisenbahnen, Post und Telegraf;

m) über Maßnahmen zur Herstellung der Einheit auf finanziellem Gebiet, zur Einführung einer einheitlichen Währung, zur Errichtung einer Kontrolle über die ausländischen Valuten, über die Koordinierung der Tätigkeit der Banken sowie über das deutsche Eigentum im Ausland;

n) über die Verteilung der Arbeitskräfte mit dem Ziel, allen Werktätigen Arbeit zu sichern, über gleichartige Arbeitsbedingungen und Löhne sowie gleichartige Grundsätze der Besteuerung.

Die in diesen Fragen gemeinsam vereinbarten Vorschläge werden den vier Besatzungsbehörden im Namen des deutschen Volkes vorgelegt.

(Aus den Thesen zum Parteitag der KPD)

Deutsche an einen Tisch!

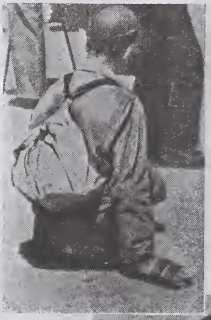
X-JN3970
.K6

Jugend

X - JN 3970 .K6
15

3 - OCT 25
1955

niemals wieder



diesen Weg!

Kämpft gegen die Wiederaufrüstung und für einen

Friedensvertrag im Jahre 1951!

Herausgeber, KPD Landesvorstand Hessen
Verantwortlich, Heinz Müller, Frankfurt a. M.
Druck: Rhein-Main-Druck, Frankfurt a. M.

X-JIV S770
.K6
3-OCT 25
Copy 1955

FÜR EIN EINIGES, UNABHÄNGIGES DEMOKRATISCHES UND FRIEDLICHES DEUTSCHLAND

Die Kommunistische Partei Deutschlands antwortet auf Adenauers verfassungswidrige Verbotsdrohung

Vorträge
im Haus der Kultur
der Sowjetunion
Berlin

PROF. RUDOLF LINDAU

ZWEI PARTEIEN ZWEI WEGE ZWEI WELTEN

X-JN3970
.K6
17

VERLAG KULTUR UND FORTSCHRITT BERLIN W 8

Stalin über den Aggressor:

Tatsächlich, man muß den letzten Rest von Gewissen verloren haben, um zu behaupten, daß die Vereinigten Staaten von Amerika, welche chinesisches Territorium, die Insel Taiwan, besetzt haben, und in Korea bis zu den Grenzen Chinas eingefallen sind, die sich verteidigende Seite seien, die chinesische Volksrepublik dagegen, die ihre Grenzen verteidigt und bestrebt ist, die von den Amerikanern besetzte Insel Taiwan zurückzuerlangen, der Aggressor sei.

Stalin 1951

Herausgeber: PV der KPD, Hugo Paul, M. d. B., Bonn.
Druck: Druckerei- u. Pacht- GmbH., Lage i. L.

X-JN3970 #18
Encl #34

X-JN 3970 .K6 #19

olksbefragung gegen Remilitarisierung
einen Friedensvertrag im Jahre 1951

ntwortlich: Hugo Paul, M. d. B., Düsseldorf.

Druck: Alster-Druck, GmbH., Hamburg 26, Valentinskamp 40-42

X-JN39ZQ
Kb
20
3 - OCT 25
Copy 1955

KPD Parteivorstand
Informationsmaterial

Kriegsvorbereitung und Lebenshaltung

Westdeutschland - Aufmarschbasis

Dr. Adenauer fordert amerikanische Divisionen:

„Die Vereinigten Staaten sollten in den nächsten drei Monaten zwei oder drei Divisionen nach Europa schicken und ihre Streitkräfte auf etwa 10 Panzerdivisionen verstärken."

(In einem Interview mit der „New-York Times" am 20. 8. 1950.)

Dr. Schumacher: Angriffskrieg

„Die Amerikaner und Engländer müssen eine solche Konzentration ihrer militärischen Streitkräfte an der Elbe vornehmen, daß eine Kriegsentscheidung im ersten Stoß östlich von Deutschland erzwungen werden kann."

(Vor der Presse in Bonn am 23. 8. 1950.)

Carlo Schmid: Angriffskrieg

„Die USA und Großbritannien müssen auf den europäischen Kontinent eine solche Zahl von Truppen schicken, daß sie zusammen mit den kontinentalen Truppen — eingeschlossen darin deutsche Truppen — stark genug sind, um das Schlachtfeld an die Ostgrenze Europas verlegen zu können."

(März 1951 in London vor einem exklusiven Club.)

Alliierte Hohe Kommissare kommen den Wünschen Adenauers und Schumachers gern nach. Sie erklärten in einem Schreiben an Dr. Adenauer:

„Dem Wunsch der Bundesregierung entsprechend werde die alliierte Truppenstärke in Deutschland wesentlich erhöht werden. Die bereits angelaufene Verstärkung werde in kurzer Zeit erheblich beschleunigt werden."

(„Stuttgarter Nachrichten" am 17. 3. 1951.)

Entsendung der Divisionen „mit größter Beschleunigung".

Der außenpolitische und der Militärausschuß des US-Senats forderten am Mittwoch in einem Bericht, daß vier amerikanische Divisonen „mit größter Beschleunigung" nach Europa gesandt werden sollen.

(„Die Neue Zeitung" — die amerikanische Zeitung in Deutschland — am 16. 3. 1951)

Aufstellung deutscher Söldnerdivisionen

Der Bericht des außenpolitischen und Militärausschusses des US-Senats fordert: „Die Ausschüsse sind sich beide der Bedeutung einer deutschen Teilnahme an der Verteidigung Westeuropas bewußt und haben den Präsidenten nachdrücklich ersucht, die Verhandlungen voranzutreiben, die zu einer solchen Teilnahme führen sollen."

(„Die Neue Zeitung" — die amerikanische Zeitung in Deutschland — am 16. 3. 1951)

Deutsche Jugend soll zu Kanonenfutter gemacht werden

Geplant sind zunächst:

10 deutsche Divisionen (200 000 Mann),
Aufstellung einer Grenzschutzpolizei in Stärke von 10 000 Mann
(dafür wurden bereits 275 Millionen DM bewilligt)
Aufstellung einer Bereitschaftspolizei in Stärke von 35 000 Mann.

Inel #/2

Parteivorstand der KPD

Informationsmaterial

3 - OCT 25
Copy 1955
X-JN3970-
.K6 #21

Der blutige amerikanische Imperialismus

Die Politik der Aggression und der Entfesselung eines neuen Krieges, die von den herrschenden Kreisen der Vereinigten Staaten von Amerika unter aktiver Teilnahme von Imperialisten anderer Länder betrieben wird, ist eine direkte Fortsetzung des früheren Weges des amerikanischen Imperialismus, dessen Geschichte W. I. Lenin als die blutige Geschichte des blutigen Imperialismus charakterisierte.

Lenin über den amerikanischen Imperialismus

Lenin hob unermüdlich die aggressive, räuberische Rolle des amerikanischen Imperialismus hervor, er zeigte, daß die Imperialisten der USA immer als Henker und Würger der Volksbefreiungsbewegungen aufgetreten sind. Lenin bezeichnete den amerikanischen Imperialismus als den reaktionärsten, den wütendsten Imperialismus, der die kleinen und schwachen Völker würgt, der die Reaktion in der ganzen Welt wiederherstellen will.

Mit dem Blut der versklavten Völker ist jedes Blatt in der Geschichte des amerikanischen Imperialismus getränkt. Seine Geschichte ist die Geschichte der Unterdrückung und Ausräuberung von Völkern, die Geschichte zahlloser Eroberungskriege, ständiger und gröblicher Einmischung der amerikanischen Räuber in die inneren Angelegenheiten anderer Länder. Stalin, der den historischen Weg der Vereinigten Staaten charakterisierte, wies darauf hin, daß der ganze Entwicklungsprozeß der USA „über eine Reihe Gewaltmaßnahmen, Unterdrückungen und nationaler Kriege verlaufen ist". (Werke, Band 4, Seite 66, russ.)

Erbarmungslose Vernichtung der Indianer, dieser Ureinwohner des amerikanischen Kontinents, Menschenhandel, die Verwandlung von Millionen Negern in rechtlose Sklaven, bewaffnete Besitzergreifung von Nachbarländern und Inseln — das sind die ersten Blätter in der Geschichte der USA.

Von 1783 bis Anfang des 20. Jahrhunderts 114 Kriege

Marx betonte, daß die Erweiterung des Territoriums und die ununterbrochene Ausdehnung der Sklaverei über die alten Grenzen hinaus das Lebensgesetz der amerikanischen Sklavenhalter war. Das alles wurde durch schonungslose Vernichtung der Bevölkerung der Länder, die zum Aggressionsobjekt der USA-Kapitalisten wurden, durch amerikanische Truppen durchgeführt. **Allein in der Periode von der Verkündung der Unabhängigkeit im Jahre 1783 bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts haben die Streitkräfte der Vereinigten Staaten 114 Kriege durchgeführt.**

Wie sich die amerikanischen Kapitalisten während dieser Kriege benommen haben, geht klar und eindeutig aus der Charakteristik hervor, die der Feder des bekannten amerikanischen Schriftstellers Mark Twain entstammt, der über

Incl #45

.K6

Kommunistische Partei Deutschlands
Landesorganisation Hessen

Frankfurt (Main), den 2. Mai 1951

X-JN 3970
.K6
#22
3 - OCT 2
Copy

An die
Sozialdemokraten
in
H e s s e n

Liebe sozialdemokratischen Freunde!

Der Bonner Polizeiminister Dr. Lehr hat die Vorbereitung und Durchführung einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951 verboten. Die hessische Landesregierung hat als erste der Anweisung Folge geleistet. Bekanntlich haben 1700 Deutsche aller Berufe und der verschiedensten Parteirichtungen am 28. Januar 1951 in Essen beschlossen, der Bevölkerung die Frage vorzulegen: „Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?"

Wer eine solche Volksbefragung verbietet, verletzt die persönliche Freiheit und die Grundrechte eines jeden Bürgers, die in der hessischen Verfassung sowie in den Grundrechten des Bonner Staates festgelegt sind. Es gibt kein Gesetz, das dem Bürger verbietet einen anderen nach seiner Meinung zu befragen. Selbst Dr. Lehr mußte zugeben, „daß die Ermittlung der Volksmeinung durch nichtamtliche Befragung im demokratischen Staat nichts Ungewöhnliches, und im allgemeinen nichts dagegen einzuwenden ist."

Liebe sozialdemokratischen Freunde, wer muß die Entscheidung der Bevölkerung über die Frage Remilitarisierung und Friedensvertrag fürchten? Doch nur diejenigen, die die Absicht haben, die Remilitarisierung auch gegen den Willen der Bevölkerung durchzuführen. Sie fürchten den Willen der friedliebenden Menschen und beginnen die Demokratie zu beseitigen.

Während Dr. Schumacher der Bonner Regierung das Recht abspricht im Namen des Volkes zu sprechen, führt die sozialdemokratische Landesregierung in Hessen den Befehl eines Bonner Ministers durch, der auf Zuruf: „Sie haben schon einmal dem Hitler die Tür aufgemacht, Herr Lehr!" erwiderte: „Ich bin auch bereit, es ein zweitesmal zu tun." (Bundestagsprotokoll vom 25. 1. 1951). Hitler die Tür geöffnet zu haben, heißt, mitverantwortlich sein für das Leid der Millionen Opfer des zweiten Weltkrieges. Bereit zu sein, Hitler ein zweitesmal die Tür zu öffnen, bedeutet, die Absicht zu haben, sich an der Vorbereitung eines neuen Krieges zu beteiligen. Dr. Lehr hat der Bevölkerung in Westdeutschland verboten, ihre Meinung über die Remilitarisierung und den Friedensvertrag zu sagen – er greift bereits nach der Türklinke. Dr. Lehr fand die Unterstützung der sozialdemokratischen Landesregierung in Hessen.

Dr. Lehr darf die Tür für Hitler nicht öffnen. Er wird sie nicht öffnen, wenn sich die Arbeiter gemeinsam im Bunde mit allen friedliebenden Menschen gegen die Maßnahmen der Remilitarisierung

JN 3970
.Kb
3 - OCT

Kommunistische Partei Deutschlands
Bundestagsfraktion

Bonn, den 21. März 1951
Bundeshaus

JN 3970
Incl #35

An die

Erwerbslosen Westdeutschlands

Nach offiziellen Angaben der Bundesregierung werden heute in Westdeutschland beinahe 2 Millionen Erwerbslose gezählt. In Wirklichkeit ist die Erwerbslosigkeit jedoch weit größer, da in den offiziellen Statistiken ganze Gruppen von Erwerbslosen, wie z. B. die schulentlassenen Jugendlichen, unterschlagen werden.

Die KPD im Bundestag hat Tatsachen zusammengestellt über die Ursachen der Erwerbslosigkeit in Westdeutschland, über den Ausweg aus dieser Situation und den Kampf für eine Verbesserung der Lage der Erwerbslosen.

Die KPD-Fraktion möchte mit dieser Aufstellung allen Erwerbslosen ein Material in die Hand geben, das sie in die Lage versetzt, die Ursache ihrer Not zu erkennen und daraus die Schlußfolgerungen zu ziehen, in welcher Form und in welcher Richtung der Kampf um eine gesicherte Existenz geführt werden muß.

Bundestagsfraktion der KPD

X-JN3970
.K6 #24

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik nahm am 30. Januar 1951 in einer Sitzung zu der Erklärung Dr. Adenauers Stellung, mit der er den Vorschlag des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl

DEUTSCHE AN EINEN TISCH

abgelehnt hat.

Getragen von der Verantwortung gegenüber Gesamtdeutschland, dessen Bevölkerung in West und Ost einmütig das Deutsche Gespräch fordert, stimmten alle Fraktionen der Volkskammer dem Appell an den Bundestag in Bonn zu.

Der Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Prof. Dr. Stroux, sprach im Auftrage aller Parteien und Massenorganisationen, als er erklärte:

„Der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik fällt in dieser Situation die historische Verpflichtung zu, den Brüdern und Schwestern im Westen Deutschlands erneut die Hand darzubieten."

Appell der Volkskammer

der Deutschen Demokratischen Republik

an den

Bundestag der Bundesrepublik Deutschland, Bonn

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik billigt die Initiative der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die in dem Briefe des Herrn Ministerpräsidenten Otto Grotewohl am 30. November 1950 Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer den Vorschlag unterbreitete, Besprechungen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates aufzunehmen. Diese Initiative diente dem Zweck, zur Erhaltung des Friedens, zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und zum Abschluß eines Friedensvertrages eine Verständigung der Deutschen selbst herbeizuführen. **Es wurde vorgeschlagen, einen Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat einzuberufen, um die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung und die Bedingungen für die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung vorzubereiten.** Bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung sollte der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat den

X-JN39
.K6
#25

Die sieben Eingeständnisse eines amerikanischen Imperialisten

Zur Rede Herbert Hoovers / Von Gerhart Eisler

D/D

Herbert Hoover, der ehemalige republikanische Präsident, ein sehr einflußreicher führender Politiker der Republikanischen Partei, ihr „alter Staatsmann" und ein Exponent großkapitalistischer Kreise, haßt die Sowjetunion, die Volksrepublik China, die Volksdemokratien und jede fortschrittliche Bewegung nicht weniger als Präsident Truman, und nicht weniger als Präsident Truman ist auch Herbert Hoover davon überzeugt, daß dem amerikanischen Imperialismus die Ausbeutung der Welt zusteht. Sähe Herbert Hoover auch nur die geringste Möglichkeit, die Sowjetunion, China, die Volksdemokratien auf die Knie zu zwingen, er griffe mit beiden Händen zu und lobte eine Politik, die dafür Erfolg verspräche.

Aber die Niederlage der amerikanischen Truppen in Korea war so schwer, nach amerikanischen Eingeständnissen „eine der schwersten der Geschichte der USA"; die amerikanische Politik ist in eine solche Sackgasse geraten, daß in immer breiteren Massen des amerikanischen Volkes und auch in den verschiedensten Schichten und Kreisen der herrschenden Klassen Amerikas der Widerstand, der Zweifel und die Unruhe über die Fortsetzung der Trumanschen Politik wächst. Daher hat die heftige Kritik Herbert Hoovers an der Politik Trumans in den USA einen sehr großen Eindruck gemacht und auch den Märchenschleier zerfetzt, daß die amerikanische Nation einheitlich hinter der jetzigen amerikanischen Politik steht.

Hoover bekämpft die Politik Trumans nicht vom Standpunkt eines Friedenskämpfers, sondern vom Standpunkt eines amerikanischen Imperialisten, der aber gezwungen ist, einige harte Tatsachen anzuerkennen, mit ihnen zu rechnen, und der deshalb Truman vorwirft, daß die Nichtbeachtung dieser Tatsachen die Vereinigten Staaten in die Katastrophe führen muß.

Führt aber die jetzige amerikanische Politik, wie es Hoover mit Recht voraussagt, die stärkste imperialistische Macht der Welt, die USA, in die unvermeidliche Katastrophe, wohin müßte erst diese Politik ein Westdeutschland führen, das sich auf Gedeih und Verderb dieser zur Katastrophe führenden amerikanischen Politik unterwerfen würde, auf amerikanischen Befehl remilitari-

X-JN 3010 .X6
D S
3/1
3
Copy.....

Das Verbrechen von Homburg

Adenauer:

„Solange ich Bundeskanzler bin, können Sie, Herr General, beruhigt sein. Was ich Mr. Mc Cloy versichert habe, will ich hier unterstreichen: Wir werden unseren Beitrag leisten;

es wird aufgerüstet!

Gegen jeden Versuch, diese Politik zu durchkreuzen, werde ich aufs schärfste vorgehen lassen. Gegenwärtig finden schon Beratungen über die Möglichkeit der Aufhebung des Paragraphen 4 des Grundgesetzes statt, der die Verweigerung des Militärdienstes erlaubt.“

Keine Minute ist zu verlieren!

Zum Verbrechen von Homburg

Adenauer hat bekanntlich Verhandlungen mit Vertretern Ostdeutschlands abgelehnt. Begründet hat er diese Ablehnung damit, die in der Deutschen Demokratischen Republik maßgebenden politischen Auffassungen teile er nicht.

Adenauer hat dagegen nicht abgelehnt, in Homburg mit dem amerikanischen General Eisenhower über die Einverleibung Westdeutschlands — seiner Menschen und seiner Wirtschaft — in das amerikanische Kriegspotential zu verhandeln. Die amerikanischen Kriegspläne in Westdeutschland entsprechen also voll und ganz seinen eigenen Auffassungen. Es verdient bei dieser Gelegenheit ausdrücklich festgehalten zu werden, daß auch Ollenhauer — neben den Nazigeneralen Speidel und Heusinger — als Vertreter der SPD an diesen Verhandlungen mit Eisenhower teilgenommen hat. Die sozialdemokratischen Anhänger sollten sich diese Tatsache sehr genau merken.

Wenn ein Tatbestand heute eindeutig klar ist, dann ist es der, daß die westdeutsche Bevölkerung die Remilitarisierung Westdeutschlands entschieden und geschlossen ablehnt.

Die westdeutsche Bevölkerung hat an einem Stalingrad genug. Sie wünscht keinen zweiten Krieg gegen die Sowjetunion. Wenn Adenauer trotzdem entschlossen ist, dem Wunsch der amerikanischen Generale folgend, die westdeutsche Jugend erneut in die Uniform zu pressen, so steht er mit dieser Politik gegen das gesamte deutsche Volk.

D S
d/d

3
Copy.....

X-JN3970
.K5

Erklärung der Außenminister in Prag:

Frieden für Deutschland und Europa

Die Außenministerkonferenz in Prag, die am Freitag, dem 20. Oktober 1950, auf Initiative der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eröffnet wurde, hat am Sonnabend, dem 21. Oktober 1950, eine Erklärung von höchster politischer Bedeutung veröffentlicht. Bekanntlich nahmen an der Beratung teil: Der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Molotow, der Außerordentliche Gesandte und Bevollmächtigte Minister Albaniens in Moskau, Natanaili, der Außenminister Bulgariens, Dr. Neitscheff, der Stellvertretende Ministerpräsident der Tschechoslowakei, Fierlinger, der Außenminister Polens, Modzelewski, der Außenminister Rumäniens, Anna Pauker, der Außenminister Ungarns, Kallai, und der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Dertinger. Aus der Erklärung der Außenministerkonferenz geht hervor, daß diese sich mit den Auswirkungen der am 19. September 1950 von den Ministern für Auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs gefaßten New-Yorker Separatbeschlüsse beschäftigte.

Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Am 19. September dieses Jahres wurde ein Kommuniqué über die geheime Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs veröffentlicht, die in New York stattfand und eine Reihe neuer Separatbeschlüsse zur deutschen Frage angenommen hat.

Im Kommuniqué wird darauf hingewiesen, daß die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs gewillt sind, die Frage der Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland zu stellen, und zur gleichen Zeit wird die Beibehaltung des Westdeutschland aufgezwungenen „Besatzungsstatuts" bestimmt.

Im Kommuniqué wird weiter davon gesprochen, daß eine Überprüfung der früheren Beschlüsse über die verbotenen Zweige der deutschen Industrie durchgeführt wird, wobei keine Einschränkungen in bezug auf die Unzulässigkeit der Wiederherstellung der deutschen Kriegsindustrie gemacht werden.

Aus dem Kommuniqué ist statt dessen ersichtlich, daß die Hauptfrage der Konferenz der drei Minister die Frage der Wiedererrichtung der deutschen Armee, die Frage der Remilitarisierung Westdeutschlands war.

Bereits aus der Aufzählung dieser Hauptpunkte des Kommuniqués ist ersichtlich, daß die New-Yorker Separatbeschlüsse der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs zur deutschen Frage eine neue grobe Verletzung der Verpflichtungen, die diese Regierungen im Potsdamer Abkommen auf sich genommen haben, darstellen, eine Bedrohung des Friedens in Europa enthalten und den Interessen aller friedliebenden Völker, darunter auch den nationalen Interessen des deutschen Volkes, widersprechen.

Aggressive Bestrebungen der Westmächte

1. Die Erklärung der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs über ihre Absicht, die Frage der „Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland" zu stellen, ist zutiefst heuchlerisch und hat nichts mit der schon längst herangereiften Notwendigkeit zu tun, eine friedliche Regelung für Deutschland zu verwirklichen, ohne die sich auch die Herstellung der Einheit des deutschen Staates als unmöglich erwies. Obwohl das Kommuniqué von einer Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland spricht, unterstreicht es, daß dies „nicht die Rechte und den Status der drei Mächte in Deutschland" berührt, die sich entsprechend dem Besatzungsstatut die uneingeschränkte Macht in bezug auf Westdeutschland vorbehalten. Auf diese Art und Weise erklären die drei Regierungen erneut die Unantastbarkeit des „Besatzungsstatuts", dessen Wirksamkeit sie auf unbestimmt lange Zeit ausdehnen wollen, um ihre Herrschaft in Westdeutschland so lange wie möglich auszudehnen.

Mehr noch, im Kommuniqué wird gesagt, daß die drei Besatzungsmächte „ihre Truppen in Deutschland vergrößern und verstärken" werden.

Aus den veröffentlichten Mitteilungen ist bekannt, daß sich in Verbindung damit die Besatzungsausgaben Westdeutschlands um das Doppelte erhöhen, was die Steuerlast bedeutend vergrößert. Es ist nicht erforderlich, nachzuweisen, daß die Beschlüsse der drei Regierungen über die neue Verstärkung der Besatzungstruppen in Westdeutschland durch nichts anderes hervorgerufen sind, als durch die wachsenden aggressiven Bestrebungen dieser Mächte in Europa.

Jetzt ist es klar, daß die verlogenen Phrasen von der sogenannten „Beendigung" des Kriegszustandes mit Deutschland nur einen Schirm zur Tarnung der Politik der Mächte darstellen, die die Spitze des aggressiven Nordatlantikblocks bilden.

Diese Mächte sind bestrebt, sich im Dienste ihrer imperialistischen Interessen bei der Verwirklichung ihrer strategischen Pläne, hinter denen sich die Bestrebungen der führenden Kreise der USA zur Aufrichtung ihrer Weltherrschaft verbergen, die Hände zur Ausnutzung Westdeutschlands, seiner Menschen und Materialreserven freizumachen. Unter dem Vorwand der Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland sind sie bestrebt, die Bedingungen für die offene Einbeziehung Westdeutschlands in die aggressive Gruppierung des sogenannten Nordatlantikblocks zu schaffen und Westdeutschland endgültig in ein Werkzeug ihrer aggressiven militärstrategischen Pläne in Europa zu verwandeln.

Offensichtlich ist auch, daß die Frage der Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland dazu benutzt wird, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und damit auch die Einheit Deutschlands so lange wie möglich hinauszögern. Es ist nicht zufällig, daß in dem umfangreichen New-Yorker Kommuniqué nichts von einem Friedensvertrag mit Deutschland und von der Vorbereitung eines solchen Vertrages gesagt ist. Dabei haben noch vor fünf Jahren die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frank-

#28 X. JN3170 .K6

Schmutzi

mit KR

ind die Tatsachen!

DR GERMANY
Frankfurt, Germany
MAR 15 1950

request for information
ssing in action.

ire of millions of
ir fathers, brothers and
e you mention have long
ral Government.

r Federal Government in
ing former German soldiers
French Foreign Legion to

Hallstein

ÜBERSETZUNG

15. März 1950

Sehr geehrter Herr Fehrmann!

Herr McCloy hat mich gebeten, Ihnen auf Ihr Auskunftsersuchen über ehemalige deutsche Soldaten zu antworten, die als vermißt gemeldet sind.

Obwohl Herr McCloy dem Wunsche von Millionen Deutschen Verständnis entgegen bringt, die nähere Auskunft über ihre Väter, Brüder und Söhne erlangen wollen, muß er Ihnen mitteilen, daß solche Listen, wie Sie sie erwähnen, schon lange der Deutschen Bundesregierung zugegangen sind.

RIEGSGEFAN

X JN3970
.K6 #29

Kommunistische Partei Deutschlands
Bundestagsfraktion

Bonn, im November 1950
Bundeshaus

30 OCT

An die westdeutsche Jugend!

Seit Bestehen des Bundestages haben die einzelnen Parteien, die die Bonner Politik vertreten, in nutzlosen Reden versucht, die ungeheure Jugendnot propagandistisch auszuwerten. Die bisher im Bundestag behandelten Gesetze für die Jugend atmen nicht einen Funken fortschrittlichen Geistes; ja, sie stützen sich sogar zum Teil auf die Durchführung reiner Polizeimaßnahmen gegen die Jugend und gehen bewußt an der Notlage der Jugend vorbei.

Die Fraktion der Freien Demokraten versuchte sogar auf dem Wege des sogenannten freiwilligen Arbeitsdienstes die arbeitslose Jugend von der Straße hinwegzubekommen. Dies ist der Versuch, die deutsche Jugend für die Remilitarisierung reif zu machen und sie für die Vorbereitung des neuen Krieges gegen die fortschrittlichen Völker des Ostens einzuspannen. Sie soll in fremden Söldnerarmeen ihr Blut für fremde Herren opfern.

Die am 8. 11. 1950 im Bundestag stattgefundene Debatte über die Aufstellung eines deutschen Söldner-Kontingentes hat der deutschen Jugend die große Gefahr gezeigt, die mit der Politik der Bonner Regierung und der hinter ihr stehenden Parteien besteht. Diese Regierung mit ihren Parteien denkt nicht daran, der deutschen Jugend ein Leben in Frieden, den jungen Menschen die Freiheit, die notwendige Ausbildung, einen gesunden Aufstieg zu garantieren. Sie wählt den Weg der Einspannung der deutschen Jugend in eine neue deutsche Armee oder als Kontingent in eine Söldner-Armee, um sie unter dem Kommando fremder Generale für die Interessen ausländischer Finanzherren opfern zu können.

Die Kommunistische Fraktion hielt es für ihre Pflicht, durch die Einbringung eines Gesetzes über Sofortmaßnahmen für die schaffende, lernende und arbeitslose Jugend allen deutschen Jugendlichen in ihrem Kampf eine wirksame Unterstützung zu leisten und den Weg in eine friedliche Zukunft zu zeigen.

Die Durchführung dieses Gesetzes würde der westdeutschen Jugend endlich den von ihr beanspruchten berechtigten Platz im politischen und wirtschaftlichen Leben zuweisen, und die im Gesetz gestellten kulturellen Forderungen, Schulung, Recht auf Arbeit, Aufstieg und Frieden garantieren.

Alle diese Forderungen der Jugend liegen in dem Gesetz der KPD verankert. Es wird an der deutschen Jugend liegen, die Parteien des Bundestages in ihrer Stellungnahme zu diesem Gesetzentwurf der Kommunistischen Fraktion genauestens zu beobachten und es wird weiter an der Jugend liegen, mit ihrer ganzen Kraft sich hinter die Forderungen im Gesetz der KPD zu stellen, die als absolut durchführbar bezeichnet werden müssen.

Es wird an der Jugend selbst liegen, ob sie gewillt ist, in einmütiger Geschlossenheit vom Bundestag die Annahme des vorliegenden Gesetzes zu verlangen und durchzusetzen. Diskutiert in allen Jugendorganisationen, in den Jugendgruppen der Gewerkschaften, den Jugendringen über die in dem Gesetz der KPD enthaltenen Mindestforderungen. Teilt uns mit, wo nach Eurer Meinung Änderungen Platz greifen müssen. Haltet die engste Verbindung zu uns, damit wir Eure Interessen konsequent vertreten können.

Die Jugend ist die stärkste Kraft im Kampf um die Erhaltung des Friedens. Lehnt den Weg zur Remilitarisierung, des Verblutens für fremde Interessen auf den Schlachtfeldern ab. Geht gemeinsam mit der friedliebenden Jugend der ganzen Welt den Weg der Sicherung und Erhaltung des Friedens wie er in den Beschlüssen der Außenministerkonferenz von Prag gezeigt wurde, die mit ihrer Verwirklichung der Jugend die Erfüllung des Friedens und der Einheit des deutschen Vaterlandes auf friedliche Weise bringen.

KPD-Bundestagsfraktion

#30
X-JN 3970
.K6
3-OCT 29
Copy

Die ideologisch-politische

Festigung unserer Partei

auf der Grundlage

des

Marxismus-Leninismus

X-JN 3970
K6

#31

Frauen, Männer und Jugend!

Ihr sollt om 14. August zur Wahl gehen. Denkt doron, daß on diesem Tog Euer Schicksal, dos Schicksal unserer Nation in Euren Händen liegt. Zeigt Euch der Aufgobe gewochsen. **Wählt alle!**

Ihr entscheidet am 14. August über Arbeitslosigkeit oder Arbeit, über hohe Preise oder hohe Löhne, über Hungerrenten oder ausreichende Unterstützung, über Wohnungsversprechungen oder Wohnungsbouten, über Konkurse oder Wohlstand.

Die Stimme Amerikas und unsere Porteien gaben uns den Morshollplon und leere Taschen die JEIA, Erwerbslosigkeit, die Dollorklousel und Bankrotte, die Ruhrbehörde und Demontagen, dos Besotzungsstotut und 5 Milliorden Besatzungskosten, den Nordatlontikpokt und kalten Krieg. Der heiße soll noch kommen.

Wir Kommunisten kömpfen um die Einheit Deutschlonds, einen gerechten Frieden und den Abzug der Besatzungstruppen. Dos bedeutet Arbeit und volle Taschen für Jedermann.

Die Militär-Regierungen verbieten den Kommunisten ihr gedrucktes Wahlmoterial. Ihr könnt es nicht lesen, ober Ihr könnt uns hören. Kommt alle und bringt Eure Freunde mit zur

Wahlversammlung der KPD

am Montag, den 1. August 1949 um 19^{30} Uhr
in der Schützenhalle, Wintergasse 7

Es sprechen:

Dein Kandidat - Friedl Urban

und Fritz Peter

KPD-Kreisvorstand Augsburg

N/1077 - Auflage: 35000 - Lizenz: US-E 5 KPD. - Verantwortlich: Fritz Peter, Augsburg, Hochvogelstraße 15

X-JN 3970
.K6
#32

Max Reimann
kommt nach Augsburg!

Wer ist Max Reimann?

Er ist der Freund aller schaffenden deutschen **Frauen, Männer** und **Jugendlichen.**

Deshalb wurde er von Hitler sechs Jahre ins Gefängnis geworfen. Die britische Militärregierung hat ihn jetzt aus dem gleichen Grund ins Gefängnis gesetzt.

Er steht an der Spitze des Kampfes um eine bessere Zukunft unseres Volkes.

Max Reimann spricht im Ludwigsbau!

Augsburger Frauen, kommt und hört Eueren besten Freund!

Augsburger Männer, kämpft mit Max Reimann gegen die Verelendung Euerer Familien!

Augsburger Jugend, Max Reimann zeigt Euch den Weg in ein besseres Leben!

Augsburger! Kommt alle am Donnerstag, den 4. August um 17^{30} Uhr zum Ludwigsbau.

KPD-Kreisvorstand Augsburg

M/1077 - Auflage: 20000 - Lizenz: USE 5 KPD. - Verantwortlich: Fritz Peter, Augsburg, Hochvogelstraße 15

X-JN 3970
Ki
33-4

Die Tat

Preis 10 Pf

für den trizonesischen Steuerzahler

Noch 50 Jahre so weiter?

Aus München kommt die Nachricht, daß sich der 62jährige Doppel-Beinamputierte Karl Undet an seinem Selbstfahrer erhängt hat. Karl Undet hatte einige Wochen im Krankenhaus liegen müssen; in der Zwischenzeit hat der Wohnungsamt sein Zimmer beschlagnahmt, so daß er im Freien übernachten mußte.

*

In einem Hamburger Keller wurde die Leiche einer 62jährigen Frau gefunden, die dort gehaust hatte. Die Leiche war von Ratten angefressen.

*

Ein 63jähriger Arbeitsinvalide aus der Oberpfalz schreibt, daß er nach über 40 Jahren schwerer Arbeit sich kürzlich einer Darmoperation unterziehen mußte und jetzt aus dem Krankenhaus Weiden als unheilbar entlassen wurde. „Nun liege ich zu Hause und warte auf meinen Tod", schreibt der Veteran der Arbeit.

*

In allen Großstädten werden täglich luxuriöse Cafés und Restaurants eröffnet.

*

Anläßlich der Eröffnungsfeier der Frankfurter Messe bewegte sich durch die Stadt eine stumme Demonstration streikender Arbeiter. Sie trugen ein Transparent, auf dem geschrieben stand: „Wir suchen einen Lebensbindsler, der mit DM 24.14 in der Woche leben kann."

*

Aus Hamburg kommt die Meldung, daß 4000 Doppelzentner Gemüse wegen „Absatzschwierigkeiten" auf den Misthaufen geworfen wurden.

*

Statistikern der Gewerkschaften besagen, daß Hundertausende nicht imstande sind, ihre vollen Rationen zu kaufen.

*

37 Jahre alt ist der Kellner Fritz F. aus dem Ruhrgebiet. Er kommt aus russischer Kriegsgefangenschaft. DM Knobilletts ist uns nicht gelungen. Was wir brauchen, ist ein gesochertes Auskommen", schreibt er.

*

Im Regierungsbezirk Osnabrück sind 66 % der Säuglinge unterernährt. Die Tuberkulose in Niedersachsen hat sich seit 1945 verdoppelt.

*

In Ulrichstein sollte bei der Familie eines Arbeitslosen die Wasserleitung abgestellt werden, weil sie seit 13.— DM Arbeitslosenfürsorge erhielt, durch Pfändung die Rückzahlung einer früher gewährten Wohlfahrtsunterstützung in Höhe von 48.— DM erzwungen werden.

*

Bei der Hanomag in Hannover stehen die Traktoren unverkäuflich auf dem Hof. Arbeiter werden entlassen. Kurzarbeit ist eingeführt. 24 Stunden die Woche. „Kurzarbeit ist Lohnabbau", sagen die Arbeiter.

*

Im Westen Deutschlands haben über 250 Theater nach der Währungsreform schließen müssen. Musiker, Schauspieler, Künstler leben in Not. Ehemalige Schauspielerinnen verwandeln Schau-Eingeschlossenheit. All dies im Zeichen abendländischer Kultur.

*

Kinder in überfüllten Klassen zusammengedrängt. Schulräume zweckentfremdet. Flüchtlingsschärfer arbeitslos. Die Kultusminister halten Konferenzen ab.

*

In Handel und Handwerk gehen die Umsätze zurück. Die Außenstände betragen Milliarden D-Mark. Die Konkurse steigen.

*

Bei den Hinschelwerken in Kassel stehen 1 200 Arbeiter, Angestellte und Techniker vor der Entlassung. Die Lokomotiven und Omnibusse sind gebrauchsfertig, aber es fehlt an Bezahlen sind.

*

Jeder zehnte Angehörige der technischen Intelligenz sucht Beschäftigung. 38 610 Ingenieure, Architekten, Chemiker und ohne Arbeit. Die Zahl steht ein Angebot von 741 offenen Stellen gegenüber.

*

Bilderbogen aus Trizonesien

*

Es geht aufwärts ....

Es geht aufwärts, sagen die Führer und Sprecher der Arbeitgeberverbände, sagen sie, ist nur ein Zeichen der Gesundung.

Was meinen Sie Arbeitsloser, Sie Wohlfahrtsempfänger, Sie Rentner dazu?

Die Arbeitslosigkeit ist von Monat* zu Monat gestiegen. Sie steigt täglich weiter. Mehr als 1 250 000 Arbeitslose wurden im Juni gezählt. Die Zahl der Kurzarbeiter ist nicht genau festgestellt worden, aber selbst die offiziellen Berechnungen der Bank Deutscher Länder ergeben mehr als 700 000. — „Es geht aufwärts", sagt Erhard.

Was heißt das schon, wenn die Arbeitslosenzahl von 8,5 %, sagen die Frankfurter Wirtschaftsweisen. Das ist durchaus normal. In Schleswig-Holstein gibt es aber 22,7 % Arbeitslose, in Niedersachsen 13,5 %, in Bayern 12,2 %. Im April war die stärkste Zunahme an Arbeitslosen bei den Facharbeitern der Metallindustrie zu verzeichnen. — „Es geht aufwärts", sagt Erhard.

Die Währungsreform ist gerade ein Jahr alt. Aber die Zahl der Bankrotte steigt von Tag zu Tag. Der Bedarf der breiten Volksmassen an Textilien, Schuhen, Leder, Möbeln ist nicht im entferntesten gedeckt. Die Warenlager sind voll, trotz des unbefriedigten Bedarfs, und schon wieder — laut offiziellen Angaben — die Erzeugung von Gummiwaren, Hüten, Feinmechanik, Lederwaren, Schuhen, Metallwaren und vieler anderer Produkte. In der Textilindustrie wird gefeiert, weil die Kinder in der Schulstadt Pfirsichmus laufen bereit. — „Es geht aufwärts", sagt Erhard.

er im Zeichen des Marshall-Planes und der Dollarhoffnungen stand. Der Handelsüberschuß wird von Monat zu Monat größer, die Verschuldung wächst ins Uferlose. Sie betrug Ende März bereits mehr als 10 Milliarden DM. Im Jahre 1948 wurde für 1,3 Milliarden DM mehr eingeführt als ausgeführt. Im April dieses Jahres betrugen die Einfuhren 432,4 Millionen DM, die Ausfuhren 288,4 Millionen DM — ein Defizit von 103 Millionen im Monat, was einem Schuldenzuwachs von 2 Milliarden DM im Jahr gleichkommt— Es geht aufwärts", sagt Erhard.

Von den im ersten Marshallplan-Jahr vorgesehenen Lieferungen standen Ende April noch Waren im Werte von 191,6 Millionen DM aus. Schon jetzt reichen die offiziellen Stellen, es werde immer schwieriger, Abnehmer für diese Waren zu finden. Die „Allgemeine Zeitung", Mainz, meldet, daß von 16 in Rohmen des Marshallplanes gesandten Artikeln nur einer Absatz findet.

Das Statistische Landesamt der Stadt Hamburg kommt zu dem Ergebnis, daß der Durchschnittsverdienst mit 2,7 Personen im Monat 557,— DM ausgeben muß, um so zu leben wie 1937. Damals betrugen die Ausgaben für den gleichen Haushalt 172,— RM. Die Lebenshaltungskosten haben sich also verdreifacht, die Löhne und Gehälter sind jedoch die gleichen geblieben oder günstigstenfalls um 10—15 % gestiegen. Mußte ein Arbeiter im Jahre 1938 für ein Pfund Herrenschuhe 10 Stunden arbeiten, so arbeitet er heute dafür mehr als 30 Stunden. — „Es geht aufwärts", sagt Erhard.

zungsjahr an Sozialrenten im Lande Nordrhein-Westfalen auf etwa 20 DM pro Monat, d. h. er erreicht nicht einmal den vom Arbeitsministerium desselben Landes errechneten Satz von 45,— DM monatlich. Preise zur Bestreitung der allernotwendigsten Ausgaben: 31 Millionen Voll- oder Teilinvalide rechnen diesen Satz nicht. In und um Londern ist es teilweise noch schlimmer. — „Es geht aufwärts", sagt Erhard.

Sind Sie nicht roter Meinung, Zuerstich Sie an seinem Verstand. Sie urteilen zu früh. Professor Erhard hat recht. Es geht aufwärts. Fragt sich nur für wen.

Wie wäre es mit den Direktor der Bank Deutscher Länder, die 2 Prozent mehr in Höhe von 50 000 bis 100 000 DM erhalten und dann noch Spesen von 20.— DM für jede Reise, was bei mehreren Stunden täglich oftmals weit über 100.— DM pro Direktor ausmacht? Oder wäre es mit dem Gehalt Dr. Pünders von 37 000 DM, monatlich, während und Kindergeld von 4 600 DM an Aufwendungsentschädigungen von 4 000 DM, insgesamt 70 600 DM?

Sie können sich also damit irren, wenn Sie an ihren Kärglichkeiten, an ihrer Lebensmisere, den versprochenen gerechten Lastenausgleich und an ihre dahinschwindenden Ersparnisse denken. Herr Erhard redet halt. Es gibt kein für die es aufwärts geht.

Schwadorr Trost, meinen S Damn gelten Sie den Herren Erhard und Pünder von der CDU-CSU u den SPD- und FDP-Führern, a sieh. treu und brav im Wirtschaf

---

„Wenn es möglich war, 4 Jahre Krieg zu führen, nutzlose Panzer, Flugzeuge und U-Boote herzustellen, dann kann mich niemand überzeugen, daß es nicht möglich sein sollte, im Frieden, wie immer dieser auch aussieht, produktive Werte in großem Ausmaße zu schaffen!"
(Prof. Dr. Messerschmitt)

Ihr Wahlgewissen regt sich

Und nun sagen euch die, die bisher regiert haben, sagen euch die Führer der CDU-CSU, der SPD und der FDP: Nach den Wahlen wird alles anders. Sie haben regiert — und die ganze Zeit hat ihr Gewissen geschwiegen — zu den menschenunwürdigen Löhnen, zu den Hungerrenten der Sozialrentner, zu den grenzenlosen Elend der Flüchtlinge. Die Wahlen sind da, und auf einmal schlägt ihr Gewissen — das Wahlgewissen ähnlich.

Wenn die Herren um ihre Stimme buhlen, da wissen sie plötzlich wieder, daß es 3 Mrd. Volk gibt. Aber wollten sie es nicht auch bei den letzten Wahlen? Versprechen sie nicht alles, was das Herz begehrt? Und was haben sie gehalten?

Vergessen Sie nicht, daß diese Parteien **gemeinsam** regiert haben, daß CDU-CSU, SPD, FDP, Zentrum und Deutsche Partei **gemeinsam** in Frankfurt die Wirtschaftspolitik der beiden Schlotbarone und der leeren Taschen durchführten, daß sie gemeinsam in ganz Deutschland zuvor-

Denken Sie daran, wenn Sie wählen. Denken Sie daran, daß den **Wahlversprechen** dieser Herren nicht zu tun hat mit einem echten Gewissen, mit wahrer Anteilnahme und Sorge für das Volk. Das **Wahlgewissen** schlägt nur dann, wenn neue Diäten, wenn neue Pfründen winken. Die kommunistischen Abgeordneten führen ans freiem Entschluß alle Diäten an die Partei ab. Für einen Abgeordneten der KPD wird die Politik somit nicht zum Geschäft werden.

Denken Sie daran, daß man stets die verkündet, die einem unbequem sind, weil sie die **Wahrheit** sagen, weil sie die Dinge beim Namen nennen. Denken Sie jetzigen Machthaber verleumdet, die einem unbequem sind, weil sie die Wahrheit fürchten. Wer Männer und Frauen wählen will, die nicht ihrem eigenen Geldbeutel, sondern

X-JN 3970
.K6
#33-B

E X T R A B L A T T

Price 10 Pf

for the rizonese taxpayer

This "Extra", giving neither name nor address of editors or publishers is subversive throughout. It has a headline

50 MORE YEARS LIKE THIS ?

with an arrow pointing to the pictures of two U. S. soldiers standing guard.

Excerpts from the paper are as follows:

From Munich we learn that the 62 year old Karl Undet, who had both legs amputated, has hung himself; Karl Undet has had to stay in the hospital for a few weeks; in the meantime, the Housing Office co fiscated his room and he had to sleep in the open.

*

In a Hamburg cellar the body of a woman who had been living there was found. The body had been partly eaten up by rats.

*

In all large cities luxury cafes and restaurants are opened daily.

*

Statistics of the unions furnish the proof that hundreds of thousands are not able to purchase their full rations.

*

The waiter Fritz F. of the Ruhr Valley is 37 years old He just returned from Russian prison of war. He writes: "Movie tickets do not do us any good. What we need is a safe income."

*

In the district of OSNABRUECK 86% of the school children are underfed. Since 1945 ,TB has tripled in Lower Saxony.

*

After the currency reform 250 theatres had to close their doors i Western Germany. Musicians, actors, and artists are living in misery. Former actresses are arranging wrestling matches. All this as an indication of western culture.

*

Children are herded together in ~~xixxxxx~~ overcrowded classes. School rooms are not being used. Refugee teachers are jobless. The Ministers of Culture are holding conferences.

*

At the HANOMAG in Hannover the tractors ~~are~~ stand unsold on the factory yard. Workers are being dismissed. Short work hours are being introduced, 24 hrs per week. "Shortened hours mean cut wages", say the workers.

*

At the HENSCHEL Works in Kassel, 1 200 workers, employees, and technicians are about to be dismissed; locomotives and busses are needed, ut there is no money to pay them with.

X-JN3170 .K6 # 34-A

Extrablatt

Preis 10 Pf

für den trizonesischen Steuerzahler

Noch 50 Jahre so weiter?

Aus Munchen kommt die Nachricht, daß sich der 62jährige Doppel-Beinamputierte Karl Undet an seinem Selbstfahrer erhängt hat. Karl U. hatte einige Wochen im Krankenhaus liegen müssen; in der Zwischenzeit hat das Wohnungsamt sein Zimmer beschlagnahmt, so daß er im Freien übernachten mußte.

*

In einem Hamburger Keller wurde die Leiche einer 63jährigen Frau gefunden, die dort gehaust hatte. Die Leiche war von Ratten angefressen

*

Ein 63jähriger Arbeitsinvalide aus der Oberpfalz schreibt, daß er nach über 40 Jahren schwerer Arbeit sich kürzlich einer Darmoperation unterziehen mußte und jetzt aus dem Krankenhaus Weiden als unheilbar entlassen wurde. „Nun liege ich zu Hause und warte auf meinen Tod", schreibt der Veteran der Arbeit.

•

In allen Großstädten werden täglich luxuriöse Cafés und Restaurants eröffnet

•

Anläßlich der Eröffnungsfeier der Frankfurter Messe bewegte sich durch die Stadt eine stumme Demonstration streikender Arbeiter. Sie trugen ein Transparent, auf dem geschrieben stand: „Wir suchen einen Lebenskünstler, der mit DM 34,14 in der Woche leben kann."

•

Aus Hamburg kommt die Meldung, daß 4000 Doppelzentner Gemüse wegen „Absatzschwierigkeiten" auf den Misthaufen gewandert sind.

•

Statistiken der Gewerkschaften besagen, daß Hunderttausende nicht imstande sind, ihre vollen Rationen zu kaufen

•

37 Jahre alt ist der Kellner Fritz F. aus dem Ruhrgebiet. Er kommt aus russischer Kriegsgefangenschaft „Mit Kinobillets ist uns nicht geholfen Was wir brauchen, ist ein gesichertes Auskommen", schreibt er.

•

Im Regierungsbezirk Osnabrück sind 86 % der Schulkinder unterernährt. Die Tuberkulose in Niedersachsen hat sich seit 1945 verdreifacht.

Bilderbogen aus Trizonesien

•

In Ulrichstein sollte bei der Familie eines Arbeitslosen, die wöchentlich 13.— DM Arbeitslosenfürsorge erhält, durch Pfändung die Rückzahlung einer früher empfangenen Wohlfahrtsunterstützung in Höhe von 48,— DM erzwungen werden.

•

Bei der Hanomag in Hannover stehen die Traktoren unverkäuflich auf dem Hof. Arbeiter werden entlassen. Kurzarbeit ist eingeführt, 24 Stunden die Woche. „Kurzarbeit ist Lohnabbau", sagen die Arbeiter.

Im Westen Deutschlands haben über 250 Theater nach der Währungsreform schließen müssen. Musiker, Schauspieler, Künstler leben in Not Ehemalige Schauspielerinnen veranstalten Schau-Ringwettkämpfe. All dies im Zeichen abendländischer Kultur.

•

Kinder in überfüllten Klassen zusammengepfercht Schulräume zweckentfremdet. Flüchtlingslehrer arbeitslos. Die Kultusminister halten Konferenzen ab.

•

In Handel und Handwerk gehen die Umsätze zurück Die Außenstände betragen Milliarden D-Mark Die Konkurse steigen

•

Bei den Henschelwerken in Kassel stehen 1 200 Arbeiter, Angestellte und Techniker vor der Entlassung, da Lokomotiven und Omnibusse zwar gebraucht werden, aber nicht zu bezahlen sind

•

Jeder zehnte Angehörige der technischen Intelligenz in der Bizone ist erwerbslos. 28 819 In[illegible] und Techniker [illegible] steht ein Angebot von [illegible] offenen Stellen gegenüber.

•

„Wenn es möglich war, 6 Jahre Krieg zu führen, nutzlose Panzer, Flugzeuge und U-Boote herzustellen, dann kann mich niemand überzeugen, daß es nicht möglich sein sollte, im Frieden, wie immer dieser auch aussieht, produktive Werte in großem Ausmaße zu schaffen!" (Prof. Dr. Messerschmitt)

Ihr Wahlgewissen regt sich

Und nun sagen euch die, die **bisher regiert** haben, sagen euch die Führer der CDU-CSU, der SPD und der FDP: Nach den Wahlen wird alles anders. Sie haben regiert — und die ganze Zeit hat ihr Gewissen geschwiegen — zu den menschenunwürdigen Lohnen, zu den Hungerrenten der Sozialrentner, zu dem grenzenlosen Elend der Flüchtlinge. Die Wahlen sind da, und auf einmal schlägt ihr Gewissen — das **Wahlgewissen** nämlich.

Wenn die Herren um Ihre Stimme buhlen, da wissen sie plotzlich wieder, daß es Not im Volke gibt. Aber wußten sie es nicht auch bei den letzten Wahlen? Versprachen sie nicht alles, was das Herz begehrt? Und was haben sie gehalten?

Vergessen Sie nicht, daß diese Parteien **gemeinsam** regiert haben, daß CDU-CSU, SPD, FDP, Zentrum und Deutsche Partei **gemeinsam** in Frankfurt die Wirtschaftspolitik der **vollen** Schaufenster und der **leeren** Taschen durchführten, daß sie gemeinsam in Bonn Deutschland zwei-[illegible] gouverneure befahlen, daß sie **gemeinsam** jeden wirklichen Lastenausgleich, jede ernsthafte Hilfe für die Bedürftigen verhinderten.

Denken Sie daran, wenn Sie wählen. Denken Sie daran, daß das **Wahlgewissen** dieser Herren nichts zu tun hat mit einem echten Gewissen, mit wahrer Anteilnahme und Sorge fur das Volk. Das **Wahlgewissen** schlagt nur dann, wenn neue Diaten, wenn neue Pöstchen und Pfrunden winken. Die kommunistischen Abgeordneten führen aus freiem Entschluß alle Diäten an die Partei ab. Für einen Abgeordneten der KPD wird die Politik somit nicht zum Geschäft werden.

Denken Sie daran, daß man stets die verleumdet, die einem unbequem sind, weil sie **die Wahrheit** sagen, weil sie die Dinge beim Namen nennen. Die jetzigen Machthaber verleumden die Kommunisten, weil sie die Wahrheit furchten. Wer Männer und Frauen wählen will, die nicht ihrem eigenen Geldbeutel, sondern

Es geht aufwärts ....

Es geht **aufwärts**, sagen die Punder und Erhard, die Arbeitslosigkeit, sagen sie, ist nur ein Zeichen der Gesundung.

Was meinen Sie Arbeitsloser, Sie Wohlfahrtsempfänger, Sie Rentner dazu?

Die Arbeitslosigkeit ist von Monat zu Monat gestiegen. Sie steigt taglich weiter. Mehr als 1 250 000 Arbeitslose wurden im Juni gezählt. Die Zahl der Kurzarbeiter ist nicht genau festgestellt worden, aber selbst die offiziellen Berechnungen der Bank Deutscher Länder sprechen von 300 000. — „Es geht aufwärts", sagt Erhard.

Was heißt das schon, eine Arbeitslosenzahl von 8,5 %, sagen die Frankfurter Wirtschaftspolitiker. Das ist durchaus normal. In Schleswig-Holstein gibt es aber 22,7 % Arbeitslose, in Niedersachsen 13,5 %, in Bayern 12,7 %. Im April war die starkste Zunahme an Arbeitslosen bei den Facharbeitern der Metallindustrie zu verzeichnen. — „Es geht aufwärts", sagt Erhard.

Die Wahrungsreform ist gerade ein Jahr alt. Aber die Zahl der Bankrotte steigt von Tag zu Tag. Der Bedarf der breiten Volksmassen an Textilien, Schuhen, Hausrat, Mobeln ist nicht im entferntesten gedeckt. Die Warenlager sind voll, trotz des unbefriedigten Bedarfs, und schon **sinkt** — laut offiziellen Angaben — die Erzeugung von Gummiwaren, Hausrat, Feinmechanik, Ledererzeugnissen, Schuhen, Metallwaren und vieler anderer Produkte In der Schuhindustrie wird kurz gearbeitet. Die Kinder in der Schuhstadt Pirmasens laufen barfuß — „Es geht aufwärts", sagt Erhard

er im Zeichen des Marshall-Planes und der Dollarkontrolle **zurück**. Das Handelsdefizit wird von Monat zu Monat großer, die Verschuldung wächst ins Uferlose. Sie betrug Ende März bereits mehr als 10 Milliarden DM Im Jahre 1948 wurde fur 1,3 Milliarden DM mehr eingefuhrt als ausgeführt. Im April dieses Jahres betrugen die Einfuhren 452,4 Millionen DM, die Ausfuhren 288,4 Millionen DM — ein Defizit von 160 Millionen im Monat, was einem **Schuldenzuwachs** von 2 Milliarden DM im Jahr gleichkommt — „Es geht aufwärts", sagt Erhard.

Von den im ersten Marshallplan-Jahr vorgesehenen Lieferungen standen Ende April noch Waren im Werte von 191,6 Millionen DM aus. Schon jetzt erklären die offiziellen Stellen, es werde immer schwieriger, Abnehmer für diese Waren zu finden. Die „Allgemeine Zeitung", Mainz, meldet, daß von 15 im Rahmen des Marshallplanes gesandten Artikeln nur einer Absatz findet.

Das Statistische Landesamt der Stadt Hamburg kommt zu dem Ergebnis, daß der Durchschnittshaushalt mit 3,7 Personen im Monat 357,— DM ausgeben muß, um so zu leben wie 1937. Damals betrugen die Ausgaben fur den gleichen Haushalt 172,— RM. Die Lebenshaltungskosten haben sich also **verdreifacht**, die Löhne und Gehälter sind jedoch die gleichen geblieben oder günstigstenfalls um 10—15 % gestiegen Mußte ein Arbeiter im Jahre 1938 für ein Paar Herrenschuhe 10 Stunden arbeiten, so arbeitet er heute dafür oft mehr als 30 Stunden — „Es geht aufwärts", sagt Erhard.

zungssatz an Sozialrentner im Land Nordrhein-Westfalen auf **etwa 39,** DM pro Monat, d. h. er erreicht no[ch] nicht einmal den vom Arbeitsmin[i]sterium desselben Landes errechn[e]ten Satz von 45,— DM monatlich [je] Person zur Bestreitung der alle[r]notwendigsten Ausgaben 3,1 Milli[o]nen Voll- oder Teilunterstutzte e[r]reichen diesen Satz nicht In and[e]ren Landern ist es teilweise no[ch] schlimmer. — „Es geht au[f]wärts", sagt Erhard

Sind Sie nicht seiner Meinun[g]? Zweifeln Sie an seinem Verstan[d]? Sie urteilen zu früh Professor E[r]hard hat recht. Es geht aufwarts [—] fragt sich nur für **wen**.

Wie wäre es mit den Direktor[en] der Bank Deutscher Länder, die J[ah]resgehälter in Hohe von 70 000 [bis] 100 000 DM erhalten und dazu no[ch] Spesen von 20,— DM fur jede Si[t]zung, was bei mehreren Sitzung[en] täglich oftmals weit uber 100,— D[M] pro Direktor ausmacht? Oder w[ie] wäre es mit dem Gehalt Dr Pünde[rs] von 35 000 DM, zusätzlich Wohnung[s-] und Kindergeld von 4 600 DM u[nd] Aufwandsentschädigungen von 40 0[00] DM, insgesamt 79 600 DM?

Sie kennen sich also damit tr[ö]sten, wenn Sie an ihren kärglich[en] Lohn, an ihre jämmerliche Rente, [an] den versprochenen gerechten Laste[n]ausgleich und an Ihre dahing[e]schwundenen Ersparnisse denke[n], daß Erhard recht hat: Es gibt Leu[te] für die es aufwärts geht.

Schwacher Trost, meinen Si[e]? Dann geben Sie den Herren Erha[rd] und Pünder von der CDU-CSU u[nd] den SPD- und FDP-Führern, d[ie] stets treu und brav im Wirtschaft[srat]

ENCLOSURE No. 2.

German Communist published "EXTRABLATT", printed in US Zone, without any Issue No. or date. Translated from German into English by Mr. T.O. Steinbergs, S-2 Section, SMP.

9 Aug 49

X-JR 3470
K6 #34-E

Publisher: Party Presidium of the KPD.
Responsible Person: Ernst Eichelsdorfer.

Published under the Mil. Govt. Inf. Control Licence No. US-W 2064.

Printed by: Rhein-Main Druck GmbH. Totally in FRANKFURT/Main, Gutleutstrasse 8-12. Telephone 3 27 13.

THERE MUST NOT BE ANOTHER WAR

But that depends from women like Mrs. Hermann(Whose article against a new war appears on the same page. - Translator), that depends from all of us. Without people, without Nations, the armament-hungry, the finance-hyenas, the thin layer which looks upon the war as a grand business, cannot make any war.

Therefore, the whole plotting and tendencies of warmongers is directed towards the ripening of Nations for war, towards sowing the seed of hatred and distrust, to the poisoning of our brains and hearts, letting us live in constant fear of a satanic ghost which does not exist. In order to realize their criminal plans, the warmongers must create in the minds of people a spirit of self-submission to an inevitable fate, without a will of their own.

BUT THE WAR IS MAN-MADE

And what is being made by men, what is being planned by this thin layer of the Trust-lords - could be prevented by people, by the Nations. The elder ones among you, surely, will be able to recollect themselves, that the German Communist party, on occasion of the Reichs-President elections in 1932, announced to the German people:

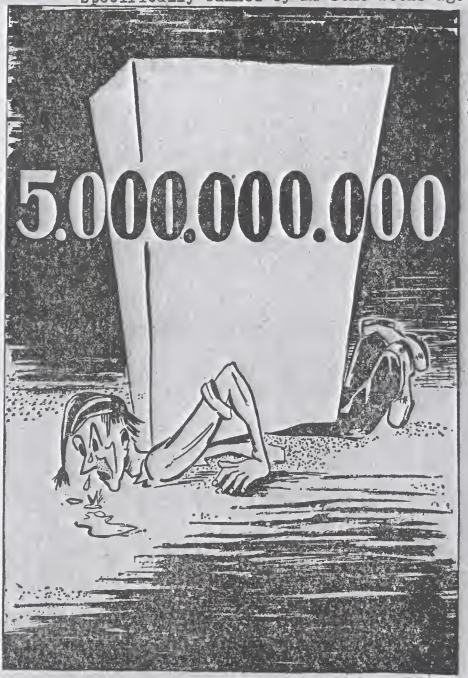
"Who elects HINDENBURG, elects HITLER ! He, who elects HITLER, elects war !"

Some years later HINDENBURG announced HITLER to be the Reichskanzler, and several years later HITLER and the German Armament-kings let loose their criminal war, which plunged the German people into the most deep national catastrophe in its history.

THE COMMUNISTS STRUGGLE AGAIN

against the warmongers. To-day as well they are warning the German people

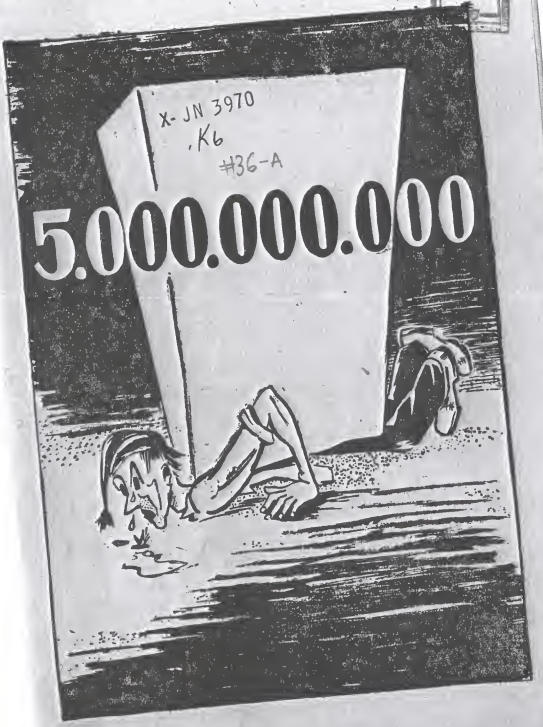
Hundreds of these phamplets were being thrown from windows of cars moving along the streets in Munich on Saturday, 13 August 1949. Interesting to note is that the phamplet does not carry any notice to state that they have been licensed by MG. It is quite apparent that this issue is a re-written copy of "Funf Milliarden"--a pamphlet specifically banned by MG some weeks ago.



7827/20
vep

X-JN 3970
.K6
#35

X-JN 3970
.K6
#36-A



CONFIDENTIAL

XJM 3970
.K6
#36-B

TRANSLATION

Translation of a pamphlet which was distributed with the Communist newspaper "Informationen", dtd. 22 July 1949. This pamphlet was distributed to all households in Darmstadt.

---

5 BILLION

A little lecture concerning occupation costs. What everybody should know.

A SIGNIFICANT NEWSPAPER REPORT: Frankfurt, 5 May (DPD). In his special train, General Clay held a press conference for foreign correspondents. In the course of this conference the American Military Governor declared that the United States would occupy Germany for another 5 to 20 years.

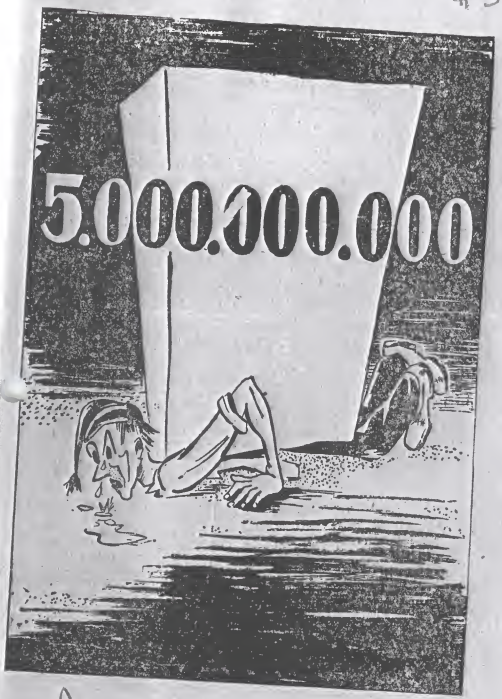
THE SPECIAL TRAIN OF GENERAL CLAY!

General Clay is not the only one who had a special train at his disposal. The Reichsbahn has quite a few Diesel driven trains running which are equipped with the finest of interior decorations, with their own diners, and with their own selected crews. These trains are at the disposal of high occupation officers. But you'll have to realize that these people have to travel quite a lot! To travel by car is always a dangerous matter. The train fare will amount to the same and so everything will be charged in the end to - occupation costs. Approximately 10% of the entire occupation costs of the western zones are spent for transportation, fuel, and passenger service. According to the "Rhein-Neckar-Zeitung", dtd 27 July 1948, the occupation costs for the three Western Zones amounted in 1947 to 5 Billion D-Marks, and in 1949 to approximately 5 Billion D-Marks. From this 10% amounts to 500,000,000 D-Marks. With this sum one can travel by special train, by car, by streetcar, fly, or in short one doesn't have to walk one step. Every jeep which speeds through the streets with Veronica, is being paid by me and you and all those other trizonians - that is - Occupations Costs.

STILL 5 TO 20 YEARS "PROTECTION".

The second pre-war Minister President Dr. Wilhelm Hoegner from the Social - democratic party as well as Dr. Adenauer (CDU) once said that the occupation forces had to stay another 45 to 50 years for otherwise the National Socialism would come back. Dr. Schumacher's opinion was that 25 years would be sufficient. General Clay reduced it to 5 to 20 Years. One can see, that everything is changeable. Nevertheless: 5 years of occupation of the western zones will cost us 25 Billion D-Marks and 20 years occupation: 100 Billion. Thereby we will loose within a period of 20 years 100 Billion without having paid one penny for reparations. Therefore those who criticise occupation costs, would

X- JN 3970
.K6 # 37-A



X-JN 3970
.K6
#37-2

TRANSLATION

Translation of a pamphlet which was distributed with the Communist newspaper "Informationen", dtd. 22 July 1949. This pamphlet was distributed to all households in Darmstadt.

5 BILLION

A little lecture concerning occupation costs. What everybody should know.

A SIGNIFICANT NEWSPAPER REPORT: Frankfurt, 5 May (DPD). In his special train, General Clay held a press conference for foreign correspondents. In the course of this conference the American Military Governor declared that the United States would occupy Germany for another 5 to 20 years.

THE SPECIAL TRAIN OF GENERAL CLAY:

General Clay is not the only one who had a special train at his disposal. The Reichsbahn has quite a few Diesel driven trains running which are equipped with the finest of interior decorations, with their own diners, and with their own selected crews. These trains are at the disposal of high occupation officers. But you'll have to realize that these people have to travel quite a lot! To travel by car is always a dangerous matter. The train fare will amount to the same and so everything will be charged in the end to - occupation costs. Approximately 10% of the entire occupation costs of the western zones are spent for transportation, fuel, and passenger service. According to the "Rhein-Neckar-Zeitung", dtd 27 July 1948, the occupation costs for the three Western Zones amounted in 1947 to 5 Billion R-Marks, and in 1949 to approximately 5 Billion D-Marks. From this 10% amounts to 500,000,000 D-Marks. With this sum one can travel by special train, by car, by streetcar, fly, or in short one doesn't have to walk one step. Every jeep which speeds through the streets with Veronica, is being paid by me and you and all those other trizonians - that is - Occupations Costs.

STILL 5 TO 20 YEARS "PROTECTION".

The second pre-war Minister President Dr. Wilhelm Hoegner from the Social - democratic party as well as Dr. Adenauer (CDU) once said that the occupation forces had to stay another 45 to 50 years for otherwise the National Socialism would come back. Dr. Schumacher's opinion was that 25 years would be sufficient. General Clay reduced it to 5 to 20 Years. One can see, that everything is changeable. Nevertheless 5 years of occupation of the western zones will cost us 25 Billion D-Marks and 20 years occupation: 100 Billion. Thereby we will loose within a period of 20 years 100 Billion without having paid one penny for reparations. Therefore those who criticise occupation costs, would

X- JN 3970
K6
38

Landesvorstand der KPD
Flüchtlingsabteilung

4. August 1949

R e f e r e n t e n m a t e r i a l

Wir geben Euch für Eure Argumentationen im Wahlkampf einige kurze Hinweise auf Kandidaten der gegnerischen Parteien:

G ü n t h e r G o e t z e n d o r f f

Der Oberstaatsanwalt Adam Molin und Vorsitzender des Neubürgerbundes aus Passau, Schillerstr. 12 berichtet folgendes:

"Ende Dezember 1948 bat mich der Herausgeber der "PNP", Dr. Hans Kapfinger in sein Büro und eröffnete mir, dass sich Goetzendorff in seiner neuen Eigenschaft als Provinz-Redakteur der "Passauer Neuen Presse" des fortgesetzten Betruges in Tateinheit mit Untreue schuldig gemacht habe. Er gab mir Einsicht in ein umfangreiches Bündel Manuskripte. Dr. Kapfinger beschuldigte Goetzendorff, dass er fortgesetzt das Signum verschiedener Berichterstatter mit dem Signum seines Geschäftsfreundes Dr. Viktor Antony überschrieben habe, um auf diese Weise dem Dr. Antony rechtswidrige Vermögensvorteile zu verschaffen. Dr. Antony hat dadurch mehrere hundert Mark von der "PNP" als Zeilen-Honorar zu Unrecht bezogen. In dieser Sache ist ein Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft Passau anhängig. Es wurden bereits mehrere Zeugen richterlich vernommen und es steht zu erwarten, dass demnächst Anklage erhoben wird. Goetzendorff musste wegen des obigen Sachverhaltes aus dem Redaktionsstab der "PNP" Anfang Januar 1949 ausscheiden.

Seither ist er praktisch nur noch in Flüchtlingsangelegenheiten tätig, d.h., er schöpft seine Einnahmen aus dieser Tätigkeit.
Goetzendorff hat vor kurzem für sich und seinen Geschäftsfreund Dr. Antony zwei Flüchtlingsdarlehen von je 3 000.- DM verschafft. Mit diesem sowie weiterem Gelde hat er für sich sofort einen fabrikneuen Mercedes-PKW gekauft und seinen alten Opel-PKW dem Dr. Antony überlassen.

Goetzendorff führt einen kostspieligen Lebensaufwand. Er hat sich seit der Währungsreform eine ganze Reihe von Anzügen bei seinem Schneider in Pocking anfertigen lassen. Desgleichen hat er sich mindestens ein Dutzend Paar neue Schuhe angeschafft. In den letzten Monaten beschaffte er sich drei Mäntel, darunter einen teuren Ledermantel. Er beschaffte sich auch ein 187-teiliges Silberbesteck für 24 Personen beim Juwelier Kaiser in Passau.

Als ich etwa vor 2 Monaten seinen Hauptredner Franz Hollube fragte, welche Massnahmen der Neubürgerbund endlich ergreifen würde, um den Heimatvertriebenen, die auf dem Lande psychisch und moralisch zu Grunde gehen, zu helfen, da antwortete mir Hollube: "Wenn es den Flüchtlingen gut geht, dann brauchen sie keinen Neubürgerbund"; den gleichen Standpunkt nimmt auch Goetzendorff ein. Es ist mir somit klar geworden, dass G. und seine beiden Mitarbeiter Franz Hollube, der nach seinen Angaben s.Zt. in Moskau politisch geschult wurde, sowie Karl Klammt, der im Dritten Reich Propagandaleiter war, nur einen Zweck verfolgen, nämlich bei den Mitgliedern des Neubürgerbundes

X- JN 3970
K6 #39

Brief des Landesvorstandes

an die jugendlichen Genossen!

Lieber Genosse!

Du bist Mitglied der Kommunistischen Partei und gehörst zu den Wenigen aus der jungen Generation, die bereits die richtige politische Orientierung gefunden haben. Die Zugehörigkeit zur Partei allein genügt aber noch nicht. Du mußt ein aktiver Mitarbeiter sein. Vielleicht fühlst Du Dich in der Partei noch nicht heimisch, es sind zu wenig Jugendliche dabei. Da hast Du recht, wir haben noch zu wenig Jugendliche und wir wollen das ändern. Dabei mußt Du aber mithelfen. Du stehst in Kontakt mit Jugendlichen, hast Freunde, Kollegen im Betrieb und Kameraden im Sportverein. Bringe sie mit in die Veranstaltungen der Partei, gib ihnen Deine Zeitung zu lesen, sprich mit ihnen, daß es verhängnisvoll für unsere Zukunft ist, wenn die Jugend weiterhin dem politischen Geschehen so teilnahmslos gegenübersteht. Vielleicht hast Du schon einige Versuche in dieser Richtung unternommen und die sind fehlgeschlagen. Sei deshalb nicht mutlos und verstehe, daß die Jugend nicht erzogen wurde zu selbständigem politischen Denken, daß ihr ein verzerrtes Bild vermittelt wurde über die sozialistische Arbeiterbewegung und sie auch heute noch beeinflußt wird von einer Flut antikommunistischer Lügen und Verleumdungen. Doch in beharrlicher Arbeit wird es auch Dir gelingen, wertvolle junge Menschen unserer Partei zuzuführen.

Du möchtest politisch geschult sein, um überzeugender diskutieren zu können: Unsere Zeitung, unsere Literatur gibt Antwort auf alle Fragen. Du mußt sie aber aufmerksam lesen. In Mitgliederversammlungen und Diskussionsabenden werden die aktuellen Probleme behandelt und wenn *Du ein aktiver Parteiarbeiter bist*, wird es nicht lange dauern und *Du wirst für einen kurzen oder längeren zentralen Lehrgang vorgeschlagen*. Die Partei ist daran interessiert, daß Du etwas lernst, daß Du politisch stark wirst, denn die Jungen müssen das Werk der Alten zu Ende führen.

Dein Wirkungskreis ist, soweit Du im Betrieb stehst, vornehmlich die *Gewerkschaftsjugendgruppe*, soweit Du in der Schule bist die *Studentengruppe* und außerdem die *Freie deutsche Jugend*. Als Funktionär der Betriebsjugend mußt Du Vorbild, in der Vertretung der Interessen der Jugendlichen sein. Du mußt ein guter Gewerkschaftler und Deinen jungen Kollegen Berater in allen ihren Nöten, Du mußt ihr Vertrauensmann sein.

Die Freie deutsche Jugend ist keine Parteieinrichtung der KPD, sondern eine selbständige Jugendorganisation. Ihr Programm ist, die deutsche Jugend zu sammeln für ein freies, unabhängiges, geeintes Deutschland. Sie kämpft für den Frieden, für Völkerverständigung, für die Freundschaft mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Staaten.

X-JN 3970
KL #40

Die Esel in der Löwenhaut

Die „Oppasition" gegen die Besatzungspolitik ist Mode geworden. Aber nur für die Zeit des Wahlkampfes. Es hat sich nämlich herumgesprochen, daß der „Schutz" und die „Hilfe" der Westmächte für ihr Besatzungsgebiet einige schwerwiegende Folgerungen haben und die Bevölkerung nicht restlos begeistert ist von dem Zusammenspiel zwischen den westdeutschen Politikern und den Besatzungsmächten. Und nun tut man so als ob —, denn man braucht die Stimmen. Die bayerische Regierung wirft sich in die Brust und der bayerische Landtag sekundiert ihr. Bis hierher und nicht weiter! Ausgerechnet der Fall Loritz hat die Gemüter entzündet und die Weihnachtsmänner in Bewegung gebracht. An sich ist es bezeichnend, daß Loritz sich hinter die Militärregierung versteckt, aber es ist eben die Art dieses „Deutschlanderneuerers", zuerst das Maul aufreißen und dann winseln wie ein Hund. Aber es waren in der jüngsten Vergangenheit viel markantere Gelegenheiten, die „Oppasition" unter Beweis zu stellen. Als beispielsweise die Militärregierung die Währungsreform verordnete, da ging es um die letzten Pfennige für Millionen Menschen, da ging es um die Zerschlagung der Währungseinheit, um die wirtschaftliche Spaltung Deutschlands. Wo blieb da die Erklärung: „Hier machen wir nicht mit." Als die Westmächte den Weststaat und das Bonner Grundgesetz verordneten, als die Militärregierung das Lastenausgleichsgesetz zurückgewiesen hat, als sie die Gewerbefreiheit verordnete, bei diesen und verschiedenen anderen Maßnahmen, die tief in unser staatliches und wirtschaftliches Leben eingriffen und jeden einzelnen unseres Volkes in Mitleidenschaft zogen, bleiben die Weihnachtsmänner still und haben sich selbst hinter die Militärregierung versteckt. Sie haben, ohne mit der Wimper zu zucken, die 753 Millionen Mark Besatzungskosten bereitgestellt und dafür das Volk mit der Baunotabgabe, Berlinsteuer, Sportgroschen, Eiersteuer, mit Gebührenerhöhungen für Gas und Strom, mit Verteuerung aller lebensnatwendigen Güter belastet. Für die Zeit des Wahlkampfes stecken sie sich in die Löwenhaut und versuchen es mit Gebrüll, aber ebenso wie in der Fabel kammt ein klägliches „J-A" heraus.

Sie sehen ihren Bankerott vor Augen. In Berlin sind sie bereits fertig, in Westdeutschland stehen sie mitten im Bankerott, in Bayern haben sie es glücklich soweit gebracht, daß wir ein Elendsgebiet im Westen werden. 360 000 Erwerbslose! Herr Dr. Müller findet diese Zahl erträglich. 40 000 Jugendliche ohne Lehrstellen. Die SPD bietet dafür ein neuntes Schuljahr und — Abendkurse. 10 000 Studenten mußten ihr Studium aufgeben. Herr Dr. Hundhammer errichtet dafür eine vierte Landesuniversität. 600 000 Wohnungen sind dringendster Bedarf. Herr Blum, der Schützling des Ministerpräsidenten, gibt dafür einige Milliarden Staatsgelder aus für den Bau eines Hotels in — Stuttgart. 100 000 Flüchtlinge leben noch in Massenlagern, die Verpflegungssätze wer-

Stärkt den Wahlfond Friedl Urban's

EINTRITTS-KARTE

für Donnerstag, den 4. August 1949 um 17[30] Uhr im Ludwigsbau zur

Öffentlichen Wählerversammlung

X- JN 3970
1K6
#4

Es spricht:

Max Reimann, Parteivorstand der KPD und

Friedl Urban, Dein Kandidat

Eintritt 20 Dpf.

KPD-Kreisvorstand Augsburg

X-JN3970 - KL
42

Wie soll es nur weitergehen

So fragen alle unsere Frauen

X-JN 3970
.K6
H 43

Wie soll es nur weitergehen

So fragen alle unsere Frauen

Herausgeber: Parteivorstand der KPD. Verantwortlicher: Karl Schabrod. MdL.
Volksdruckerei GmbH., Hannover, Rosenstr. 7

Absender: Gerhard Eisler, Berlin

KNIFFEN

X-JN 3970
.K6 #44

Herrn

Max Reimann

Düsseldorf

X-JN 3970
.K6
#45

Frauen und Mädchen!

Vielleicht habt Ihr in den letzten Tagen von jenem Mädchen aus der Oberpfalz gehört, das der Stimme eines ehrlichen Herzens folgend, die Wahrheit über Dinge berichtete, über die man im Westen Deutschlands nur entstellend berichten darf, wenn man die Zuneigung der das gesellschaftliche Leben bestimmenden Kreise nicht verlieren will. Vielleicht haltet Ihr dieses Mädchen für überspannt, eitel und ehrgeizig. Die Presse in der Heimat dieses Mädchens tut alles, um diesen Eindruck zu erwecken. Andere Gründe lassen sich nicht finden, denn dieses Mädchen stammt aus gut bürgerlichem Haus, hatte eine christliche Erziehung und einen Bildungsweg über Mädchenlyceum und Studium in Italien und der Schweiz.

Nun laßt mich einige Worte an Euch richten, denn ich bin dieses Mädchen.

Nach dem Zusammenbruch des Nazisystems glaubte ich ehrlich **an eine Erneuerung Deutschlands auf der Basis einer wirklich christlichsozialen Ordnung.** Ich habe die CSU in meinem Heimatgebiet mit aufgebaut. Meine besonderen Hoffnungen galten der Jungen Union, in deren Spitzenkörperschaften ich aktiv arbeitete. Schon seit langem erwuchsen in mir Bedenken, ob dies der richtige Weg zur Rettung unseres Volkes sei. Ich sah Deutschland in seiner Not und Zerrissenheit, sah die Gefahr, die dem Frieden droht, sah unser Volk, das nur in Einheit und Frieden leben kann. Meine Freunde aber, mit denen gemeinsam ich am Aufbau eines neuen Deutschland arbeiten wollte, sprachen von bayerischen Belangen und ich gewann den Eindruck, sie meinten sich und ihre Positionen. **Der Volkskongreß, an dem ich teilgenommen habe, vermittelte mir die Erkenntnis, daß Deutschland nur als Ganzes leben kann,** daß das Schicksal unseres Vaterlandes in die Hände des werktätigen Volkes gelegt werden muß, dann werden wir zur Einheit und nationalen Freiheit kommen. Ungeachtet aller sonstigen berechtigten und unberechtigten Einwände gegen das System der Ostzone, das eine steht fest:

Die mit der politischen Verantwortung in der Ostzone belasteten Männer und Frauen wollen ehrlich die Einheit aller Deutschen. Sie wollen den Frieden und kämpfen für ihn. Und mit ihnen ist die große Masse des werktätigen Volkes, die Jugend; auch die weibliche steht mit Begeisterung mitten im politischen Leben.

Das habe ich berichtet und **deswegen wurde ich aus der CSU ausgeschlossen.** Hätte ich zum Kriege gehetzt, die Ostzone verleumdet, hätte ich gelogen, dann wäre ich wahrscheinlich gefeiert worden.

„Ich bin kein Kommunist"

X-JN3970.K6
#46

SCHWÄBISCHES TAGBLATT

ÜBERPARTEILICHE ZEITUNG FÜR WÜRTTEMBERG UND HOHENZOLLERN

Diese überparteiliche Zeitung für Württemberg und Hohenzollern veröffentlichte am 25. Juni 1949 einen sensationellen Leserbrief.

Dieser Brief spricht aus, was Millionen Deutsche heute denken.

Wenn ich mir darüber klar werden will, welcher Partei ich bei den kommenden Bundestagswahlen meine Stimme geben soll, so gehe ich von der Ueberlegung aus, daß die in den Länderregierungen tätigen Parteimänner vollkommen versagt haben, was sie allerdings nicht davon abhalten wird, auch jetzt wieder hochtönende Versprechungen zu machen. Mir ist weniger maßgebend, daß der Lastenausgleich bis jetzt noch nicht verwirklicht worden ist, als die Tatsache, daß bei den Besitzenden und verschont Gebliebenen immer und überall der gute Wille fehlt, und daß die von diesen Kreisen mit großer Lautstärke verkündeten christlichen und sozialen Grundsätze von ihnen selbst dauernd mit Füßen getreten werden.

Welche Partei also soll ich wählen?

Ich bin kein Kommunist, weder meiner Herkunft, meiner Erziehung, noch meiner Überzeugung nach. Und trotzdem werde ich die Kommunisten wählen!

Und ich wünsche, diese Partei möge wenigstens 20 bis 25 Prozent der Wählerstimmen erhalten, weil dies das einzige Mittel ist, die Besitzenden, die Kriegs-, Währungs- und Hortungsgewinnler und auch die Regierungen und Parteien aufzurütteln, ihnen Angst und Schrekken einzujagen und sie an ihre christliche und soziale Pflicht zu erinnern.

Ich bin fest davon überzeugt, daß der Lastenausgleich dann schnell verwirklicht, daß den Kriegsgeschädigten und Vertriebenen geholfen und daß der Wiederaufbau der zerstörten Städte rasch vorangetrieben wird. Denn sonst wäre es nämlich besser und wünschenswerter, daß die Besitzenden eines schönen Tages auch so wenig ihr eigen nennen wie diejenigen, welche sie zu Parias gemacht haben.

Wer so wählt - wählt richtig!

Herausgeber: Parteivorstand der KPD. Verantwortlich: Kurt Goldstein, Herne.
Westfalendruck GmbH., Dortmund 2053 2 000 000, 16. 7. 1949, Klasse C.

SECRET

X-JN 3970
.K6 #47

DWA

(Demokratische Wirtschafts- und Aufbaugemeinschaft)

Schicksalsgenossen!

Aus den Tageszeitungen und durch die Vertrauensmänner in den Städten und Gemeinden ist Euch bereits bekannt geworden, daß die Kriegsgeschädigten, das sind **die Heimatvertriebenen, die Flüchtlinge, die Fliegergeschädigten, Kriegsbeschädigten, Sozialrentner, Heimkehrer** sowie alle diejenigen, die ein wirkliches, wahres und echtes demokratisches Deutschland wünschen, sich in der „D W A" (demokratische Wählergruppe) eine eigene politische Vertretung geschaffen haben.

Die Schaffung dieser demokratischen Wählergruppe ist zur Durchsetzung der lebensnotwendigen Forderungen der sozial Schwächsten im deutschen Volke notwendig geworden.

Wie stark und mächtig diese demokratische Wählergruppe „D W A" ist, zeigt das außerordentlich große Interesse, das die bereits bestehenden politischen Parteien diesem Zusammenschluß der Kriegsgeschädigten entgegenbringen.

Ihr seid eine Macht, wenn Ihr es sein wollt!!

Nur von Euerem Wollen ist es abhängig, ob Ihr eine eigene, nur Euch verantwortliche politische Vertretung im Deutschen Bundestag haben werdet oder nicht.

Die bereits bestehenden politischen Parteien werden nichts unversucht lassen um Verwirrung und Zwietracht in unsere Reihen hereinzutragen. Sie haben Angst vor der Abrechnung derjenigen Wähler, denen Sie in den letzten 3 Jahren alles versprochen, jedoch nichts gehalten haben.

Wir richten deshalb an alle die dringende Bitte sich nur an die Bekanntmachungen zu halten, die von den Vertrauensmännern der „D W A" an Euch gerichtet werden.

Es gibt nur eine politische Vertretung der eingangs aufgeführten kriegsgeschädigten Personengruppen und das ist die

DWA

Werbet rastlos für diese unsere Wählergruppe, damit Vertreter — aus Eurer Mitte heraus erwählt — in den Bundestag entsandt werden können, um dort im höchsten gesetzgebenden Forum Deutschlands für Euch und Eure Interessen wirken und arbeiten zu können.

Wir verlangen nicht mehr und nicht weniger, als daß das an uns begangene Unrecht wieder gut gemacht wird!

Wir wollen gleichberechtigte Staatsbürger in einem einheitlichen, freien und demokratischen Deutschland!

Der Kandidat der „DWA" ist auf der Delegiertenversammlung am 15. Juli 1949 von den Delegierten des Wahlkreises III (Eschwege, Meinungen, Witzenhausen) in geheimer Wahl e i n s t i m m i g gewählt worden. Unser Kandidat heißt:

Lothar Kunz, Eschwege

Wahlkreisleitung der „DWA"
für den Wahlkreis III

A. Roßbach, Eschwege 20 000 1849

SECRET

X- JN 3970
K6 -H-18

Wer zählt zum alliierten Hilfspersonal?

Fast alle Abgeordneten der FDP, der CDU/CSU, der SPD und der anderen Parteien, die für die wirtschaftliche und politische Zerreißung Deutschlands eintreten, den Marshallplan gutheißen und unterstützen, die mit dem Besatzungs- und Ruhrstatut einverstanden sind, anstatt einen Friedensvertrag für Deutschland zu fordern, die durch ihre Politik Deutschland in eine Kolonie verwandeln, in der ausländische Bankherren schalten und walten können wie sie wollen, und in der die deutschen Bauern und die Werktätigen wirtschaftlich zugrunde gehen und an den Bettelstab kommen.

Der Marshall-Plan ruiniert die Bauernwirtschaften,

weil er aus Konkurrenzgründen keine Planung und Intensivierung der deutschen Landwirtschaft zuläßt, weil er die Reduzierung des Viehbestandes verfügt. Schon heute werden 40 Prozent der Ernährung aus Einfuhren gedeckt. Bis zum Jahre 1952 darf die einheimische Fleischerzeugung nur 61 Prozent des Vorkriegsstandes und die Fett- und Oelerzeugung nur 65 Prozent des Vorkriegsstandes erreichen.

Absatzsorgen

drücken schon jetzt unsere Landwirtschaft. Im vergangenen Jahre wurde ein Drittel der Gemüseernte in Westdeutschland vernichtet, weil es keinen Absatz dafür gab. Im Wirtschaftsjahr 1950/51 sollen 500 000 Tonnen Fleisch eingeführt werden. Die gleiche Menge könnten wir selbst erzeugen, wenn an Stelle von Fleisch 2,5 Millionen Tonnen Futtergetreide eingeführt werden würden. Der Staat könnte dabei außerdem 100 Mill. D-Mark an Devisen einsparen.

Die ausländische Konkurrenz ist im Anmarsch!

Die Arbeitslosigkeit ist infolge des Marshallplanes auf 1,3 Millionen gestiegen. Für den Bauern bedeutet das vermehrte Absatzsorgen, weil die Erwerbslosen nur sehr beschränkt imstande sind, Agrarprodukte zu kaufen. Trotzdem sind der ausländischen Konkurrenz heute in Westdeutschland Tür und Tor geöffnet. Sie kann zum Teil viel billiger liefern, weil sie technisch ganz anders auf der Höhe ist. Unsere Maschinen und Geräte sind veraltet und nur zum Teil einsatzfähig. Die unsoziale Währungsreform raubte auch dem Bauern seine Spargroschen. Der Bauer ist nicht in der Lage, seine Landwirtschaft auf den notwendigen technischen Stand zu bringen. Besatzungskosten und Steuern gehen dem schwer um seine Existenz ringenden Landwirt den Rest.

Deutsche Bauern!

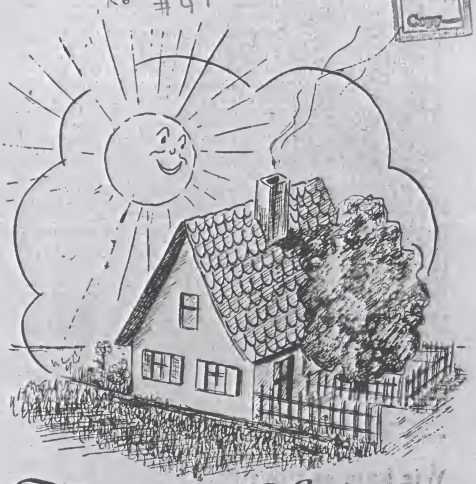
Wollt ihr noch länger zusehen, wie man euch den Strick um den Hals legt und ihn langsam aber sicher zuzieht? Wollt ihr euch weiterhin durch Schauermärchen über die Kommunisten von eurer Not ablenken lassen? Wenn ihr nicht wollt, daß euch die alten Parteiführer durch neue Steuern und verstärkte Belastung von euren Höfen vertreiben, dann kämpft mit uns gemeinsam für die Rettung der deutschen Landwirtschaft gegen das drohende Gespenst der Zwangsversteigerung, für die Sicherung der Ernährung unseres Volkes aus eigener Kraft.

So wie bisher kann es nicht weitergehen! Die Kommunistische Partei wird im kommenden Bundesrat mit aller Energie für die bäuerlichen Interessen eintreten. Um das erfolgreich tun zu können, hat sie in Bayern den Bauern Richard Scheringer an absolut sicherer Stelle aufgestellt. Deshalb gehört die Stimme der Bauern

dem Kandidaten der KPD

Herausgeber: Parteivorstand der KPD. Verantwortlich: Kurt Goldstein, Herne, Westfalendruck GmbH., Dortmund, 1887, 500 000, 30. 8. 49, Klasse 2

X-JN 3970
K6 #49
3



Trautes Heim – Glück allein

X-JN3970 .K6
#50

Ausgestoßene oder Menschen?

Ewig gehetzter Flüchtling oder endlich gleichberechtigter Bürger?

Am 14. August gehen in den Westzonen rund 30 Millionen Menschen zur Wahl. Etwa ein Sechstel davon sind Flüchtlinge. Daß vier bis fünf Millionen Flüchtlingsstimmen von großer Bedeutung sind, liegt auf der Hand. Es ist daher kein Wunder, daß alle Parteien in diesen Wochen die wärmsten Worte gerade für die Flüchtlinge und Ausgewiesenen finden, um sie für sich zu gewinnen. Jetzt, sagen sie, ist der Zeitpunkt gekommen, wo wir endlich etwas für die Flüchtlinge tun müssen. Den Länderparlamenten waren angeblich durch die Zweizonenverwaltung die Hände gebunden. Sie hätten so gerne mehr für die Unglücklichen getan, aber es war „leider" nicht möglich! Wenn jedoch die Flüchtlinge bei den bevorstehenden Wahlen wieder den „großen" Parteien ihr Vertrauen schenken, dann wird das kommende Bundesparlament spürbare Maßnahmen zur Lösung des Flüchtlingsproblems beschließen, so argumentieren sie, um erneut die Stimmen der Flüchtlinge zu erhalten.

Deine Stimme – Deine Münze

Daß Hunderttausende von Flüchtlingen vier Jahre nach ihrer Ausweisung noch in bitterster Not und unwürdigsten Verhältnissen leben, ist kein Geheimnis. Sie sind derjenige Bevölkerungsteil, der wahrlich gar nichts hat als seine Wahlstimme, die ihm auch nicht einmal geschenkt wurde. Die Wahlstimme ist sozusagen die einzige Münze mit der der Flüchtling bezahlen kann. Bezahlen wird man aber nur für etwas, das man bekommen hat. Haben nun die Flüchtlinge etwas bekommen?

Von 100 000 Flüchtlings-Landbewerbern in Bayern haben beispielsweise 2500 durchschnittlich 2 Hektar Land bekommen. In Nordrhein-Westfalen haben 100 000 Flüchtlingsbauern und 250 000 Flüchtlings-Kleinsiedler Land beantragt. In Niedersachsen, Hessen, Württemberg taten Tausende das gleiche. Sie haben alle zusammen n i c h t s oder f a s t gar nichts bekommen. Denjenigen, die es in der Hand hatten, den Großgrundbesitz aufzuteilen und den Flüchtlingen wenigstens Boden zu geben, es aber nicht taten, ist der Flüchtling nichts schuldig. Für sie kann er sich seine Münze sparen. Es wäre auch zu viel verlangt, die Wahl-

X- JN 3970
K6 #51

Ein Wort an die Jungen!

Selbstmord?

Der „Deutsche Pressedienst" meldet:

> Leer/Ostfriesland: „Ein 25jähriger Verwaltungsangestellter machte seinem Leben ein Ende, weil ihm zum Herbst „vorsorglich" gekündigt worden war."

Die verzweifelte wirtschaftliche Notlage trieb in den ersten Monaten dieses Jahres allein in Nordrhein-Westfalen 617 Menschen zum Selbstmord. Viele von ihnen waren junge Menschen mit Hoffnungen und Wünschen wie du und ich. Der Grund, weshalb sie aus dem Leben schieden, ist das Gefühl der Ausweglosigkeit.

Einer nach dem anderen verliert seinen Arbeitsplatz, die Schlangen der Arbeitslosen auf den Arbeitsämtern werden immer länger und die wirtschaftliche Not großer Teile der Bevölkerung steigt ständig. Der Lohn reicht nicht aus, um die lebensnotwendigen Dinge zu kaufen.

„In die französische Fremdenlegion haben sich mindestens 40 000 ehemalige deutsche Soldaten verpflichtet", teilt die amerikanische YMCA-Kriegsgefangenenhilfe mit. Allein aus der US-Zone gehen wöchentlich 50 Jugendliche in die französische Fremdenlegion.

Ist das der Ausweg?

Oder ist es vielleicht die Empfehlung des Nazigenerals Halder an die deutsche Jugend, noch einmal als Kanonenfutter für die westlichen Herren des Großkapitals zu sterben?

Aus der wachsenden sozialen Not der Jugend sehen unsere westdeutschen Patentpolitiker, die Herren Schumacher, Adenauer, Kubel, Henßler usw. als einzigen Ausweg einen neuen Arbeitsdienst und die erneute Militarisierung der Jugend. Erwerbslose Jugendliche werden heute schon wieder für einen sogenannten Grenzschutz angeworben. Die Grenze, die diese jungen Menschen bewachen sollen, geht mitten durch Deutschland.

Das alles ist für junge Deutsche, die sich nach einem Leben in Freude und Frieden sehnen, kein Ausweg!

Für Dr. Adenauer mag die Verkündung der westdeutschen Verfassung von Bonn am 23. Mai 1949 „der schönste Tag nach dem Zusammenbruch" gewesen sein, für die deutsche Jugend war er es nicht! Wenn nach diesem Akt der Spaltung unseres Vaterlandes westdeutsche Politiker „Ich hab' mich ergeben . . ." sangen, so ist das eine glatte Verhöhnung des Willens der deutschen Jugend nach einem geeinten Vaterland. Die deutsche Jugend wird diesen Herren zeigen, daß sie sich in dieser Frage niemals „ergeben" wird.

Wir wissen, ihr seid mißtrauisch gegen alle Parteien, auch gegen uns Kommunisten. Aber wir wollen euch doch eines vorschlagen:

Prüft einmal genau unsere politischen Handlungen!

JN 3970
K6 #2

Ausgestaßene oder Menschen?

Ewig gehetzter Flüchtling oder endlich gleichberechtigter Bürger?

Am 14. August gehen in den Westzonen rund 30 Millionen Menschen zur Wahl. Etwa ein Sechstel davon sind Flüchtlinge. Daß vier bis fünf Millionen Flüchtlingsstimmen von großer Bedeutung sind, liegt auf der Hand. Es ist daher kein Wunder, daß alle Parteien in diesen Wochen die wärmsten Worte gerade für die Flüchtlinge und Ausgewiesenen finden, um sie für sich zu gewinnen. Jetzt, sagen sie, ist der Zeitpunkt gekommen, wo wir endlich etwas für die Flüchtlinge tun müssen. Den Länderparlamenten waren angeblich durch die Zweizonenverwaltung die Hände gebunden. Sie hätten so gerne mehr für die Unglücklichen getan, aber es war „leider" nicht möglich! Wenn jedoch die Flüchtlinge bei den bevorstehenden Wahlen wieder den „großen" Parteien ihr Vertrauen schenken, dann wird das kommende Bundesparlament spürbare Maßnahmen zur Lösung des Flüchtlingsproblems beschließen, so argumentieren sie, um erneut die Stimmen der Flüchtlinge zu erhalten.

Deine Stimme – Deine Münze

Daß Hunderttausende von Flüchtlingen vier Jahre nach ihrer Ausweisung noch in bitterster Not und unwürdigsten Verhältnissen leben, ist kein Geheimnis. Sie sind derjenige Bevölkerungsteil, der wahrlich gar nichts hat als seine Wahlstimme, die ihm auch nicht einmal geschenkt wurde. Die Wahlstimme ist sozusagen die einzige Münze mit der der Flüchtling bezahlen kann. Bezahlen wird man aber nur für etwas, das man bekommen hat. Haben nun die Flüchtlinge etwas bekommen?

Von 100 000 Flüchtlings-Landbewerbern in Bayern haben beispielsweise 2500 durchschnittlich 2 Hektar Land bekommen. In Nordrhein-Westfalen haben 100 000 Flüchtlingsbauern und 250 000 Flüchtlings-Kleinsiedler Land beantragt. In Niedersachsen, Hessen, Württemberg taten Tausende das gleiche. Sie haben alle zusammen n i c h t s oder f a s t gar nichts bekommen. Denjenigen, die es in der Hand hatten, den Großgrundbesitz aufzuteilen und den Flüchtlingen wenigstens Boden zu geben, es aber nicht taten, ist der Flüchtling nichts

X- JN 3970
, K6 #53

Eine Million Profite pro Tag.

New York (Eigenbericht) Die Standard Oil Comp., New Jersey, die Gesellschaft Rockefellers, hat im letzten Jahr pro Tag rund 1 Million Profit erzielt. Im ganzen Jahr 1948 verzeichnete die Gesellschaft einen Gewinn von 365,6 Mill Dollar gegenüber 268,6 Mill. Dollar im Jahre 1947. Es handelt sich hierbei um die ausgewiesenen Profite, die wirklichen dürften noch höher liegen.

(„Telegraf" vom 28. 6. 1949)

Zum Schutze dieser Wucherprofite des amerikanischen Monopolkapitals wird die deutsche synthetische Treibstoffproduktion verboten, sollen die Fischer-Tropsch-Anlagen im Ruhrgebiet demontiert werden.

Wer gegen jede Demontage ist,
wer den deutschen Werktätigen ihren Arbeitsplatz erhalten will,
wer für die Erhaltung und Weiterentwicklung unserer Industrie ist,

wählt am 14. August KPD

X- JN 3970

K6 #54

Eine Million Profite pro Tag.

New York (Eigenbericht) Die Standard Oil Comp., New Jersey, die Gesellschaft Rockefellers, hat im letzten Jahr pro Tag rund 1 Million Profit erzielt. Im ganzen Jahr 1948 verzeichnete die Gesellschaft einen Gewinn von 365,6 Mill. Dollar gegenüber 268,6 Mill. Dollar im Jahre 1947. Es handelt sich hierbei um die ausgewiesenen Profite, die wirklichen dürften noch höher liegen. („Telegraf" vom 28. 6. 1949)

Zum Schutze dieser Wucherprofite des amerikanischen Monopolkapitals wird die deutsche synthetische Treibstoffproduktion verboten, sollen die Fischer-Tropsch-Anlagen im Ruhrgebiet demontiert werden.

Wer gegen jede Demontage ist,
wer den deutschen Werktätigen ihren Arbeitsplatz erhalten will,
wer für die Erhaltung und Weiterentwicklung unserer Industrie ist,

wählt am 14. August KPD

X-JN 3970
.K6 #55

Der Oelkönig oder Du?

Im „Telegraf" vom 22. Juni 1949 heißt es:

Ein Jahr Berliner Luftbrücke.

. . Besondere Öltanks verbinden jetzt die Flugplätze Gatow und Tegel mit den Großtanklagern der Benzingesellschaften . . .

Die Kosten der Luftbrücke beliefen sich nach engl. Angaben bis zum Mai auf rund 45 Mill. Pfund Sterling. Und eine Spalte weiter:

Eine Million Profite pro Tag.

New York. Die Standard Oil Comp., New Jersey, die Gesellschaft Rockefellers, hat im letzten Jahr pro Tag r. 1 Mill. Profit erzielt. Im ganzen Jahr 1948 verzeichnete die Gesellschaft einen Gewinn von 365,6 Mill. Dollar gegenüber 268,6 Mill. Dollar im Jahre 1947. Es handelt sich dabei um die ausgewiesenen Profite, die wirklichen dürften noch höher liegen.

Rockefellers „Standard Oil" ist also neben anderen amerikan. und engl. Petroleumkonzernen und Flugzeuggesellschaften einer der Hauptverdiener an der Luftbrücke.

Damit die „Standard Oil" auch weiterhin einen Profit von 1 Mill. Dollar pro Tag einstecken kann, sollst Du, nach dem Willen der CDU, SPD u. FDP, auch weiterhin das „Notopfer Berlin" bezahlen.

Wenn Dir aber die Not unserer Rentner, Ausgebombten u. Flüchtlinge mehr am Herzen liegt als Rockefellers tägl. Millionenprofit,

dann wähle KPD

X- JN 3970

Der Oelkönig oder Du?

K6

#56

Im „Telegraf" vom 22. Juni 1949 heißt es:

Ein Jahr Berliner Luftbrücke.

. . . Besondere Ölleitungen verbinden jetzt die Flugplätze Gatow und Tegel mit den Großtanklagern der Benzingesellschaften . . .

Die Kosten der Luftbrücke beliefen sich nach engl. Angaben bis zum Mai auf rund 45 Mill. Pfund Sterling. Und eine Spalte weiter:

Eine Million Profite pro Tag.

New York. Die Standard Oil Comp., New Jersey, die Gesellschaft Rockefellers, hat im letzten Jahr pro Tag r. 1 Mill. Profit erzielt. Im ganzen Jahr 1948 verzeichnete die Gesellschaft einen Gewinn von 365,6 Mill. Dollar gegenüber 268,6 Mill. Dollar im Jahre 1947. Es handelt sich dabei um die ausgewiesenen Profite, die wirklichen dürften noch höher liegen.

Rockefellers „Standard Oil" ist also neben anderen amerikan. und engl. Petroleumkonzernen und Flugzeuggesellschaften einer der Hauptverdiener an der Luftbrücke.

Damit die „Standard Oil" auch weiterhin einen Profit von 1 Mill. Dollar pro Tag einstecken kann, sollst Du, nach dem Willen der CDU, SPD u. FDP, auch weiterhin das „Notopfer Berlin" bezahlen.

Wenn Dir aber die Not unserer Rentner, Ausgebombten u. Flüchtlinge mehr am Herzen liegt als Rockefellers tägl. Millionenprofit,

dann wähle KPD

X-JN 3970 . K6 # 57

Der Oelkönig oder Du?

Im „Telegraf" vom 22. Juni 1949 heißt es:

Ein Jahr Berliner Luftbrücke.

. . . Besondere Ölleitungen verbinden jetzt die Flugplätze Gatow und Tegel mit den Großtanklagern der Benzingesellschaften . . .

Die Kosten der Luftbrücke beliefen sich nach engl. Angaben bis zum Mai auf rund 45 Mill. Pfund Sterling. Und eine Spalte weiter:

Eine Million Profite pro Tag.

New York. Die Standard Oil Comp., New Jersey, die Gesellschaft Rockefellers, hat im letzten Jahr pro Tag r. 1 Mill. Profit erzielt. Im ganzen Jahr 1948 verzeichnete die Gesellschaft einen Gewinn von 365,6 Mill. Dollar gegenüber 268,8 Mill. Dollar im Jahre 1947. Es handelt sich dabei um die ausgewiesenen Profite, die wirklichen dürften noch höher liegen.

Rockefellers „Standard Oil" ist also neben anderen amerikan. und engl. Petroleumkonzernen und Flugzeuggesellschaften einer der Hauptverdiener an der Luftbrücke.

Damit die „Standard Oil" auch weiterhin einen Profit von 1 Mill. Dollar pro Tag einstecken kann, sollst Du, nach dem Willen der CDU, SPD u. FDP, auch weiterhin das „Notopfer Berlin" bezahlen.

Wenn Dir aber die Not unserer Rentner, Ausgebombten u. Flüchtlinge mehr am Herzen liegt als Rockefellers tägl. Millionenprofit,

dann wähle KPD

X-JN 3970
.K6 #58

KURIERE SPITZEL SPIONE

Der ehemalige Leiter
der Berliner Filiale des Ostbüros berichtet
über den Spitzel- und Spionageapparat der SPD

SECRET X- JN 3970

13/25-9 13.6.4. K6 #59

„Ich bin kein Kommunist"

SCHWÄBISCHES TAGBLATT

[illegible] ÜBERPARTEILICHE ZEITUNG FÜR WÜRTTEMBERG UND HOHENZOLLERN [illegible]

Diese überparteiliche Zeitung für Württemberg und Hohenzollern veröffentlichte am 25. Juni 1949 einen sensationellen Leserbrief.

Dieser Brief spricht aus, was Millionen Deutsche heute denken.

Wenn ich mir darüber klar werden will, welcher Partei ich bei den kommenden Bundestagswahlen meine Stimme geben soll, so gehe ich von der Ueberlegung aus, daß die in den Länderregierungen tätigen Parteimänner vollkommen versagt haben, was sie allerdings nicht davon abhalten wird, auch jetzt wieder hochtönende Versprechungen zu machen. Mir ist weniger maßgebend, daß der Lastenausgleich bis jetzt noch nicht verwirklicht worden ist, als die Tatsache, daß bei den Besitzenden und verschont Gebliebenen immer und überall der gute Wille fehlt, und daß die von diesen Kreisen mit großer Lautstärke verkündeten christlichen und sozialen Grundsätze von ihnen selbst dauernd mit Füßen getreten werden.

Welche Partei also soll ich wählen?

Ich bin kein Kommunist, weder meiner Herkunft, meiner Erziehung, noch meiner Überzeugung nach. Und trotzdem werde ich die Kommunisten wählen!

Und ich wünsche, diese Partei möge wenigstens 20 bis 25 Prozent der Wählerstimmen erhalten, weil dies das einzige Mittel ist, die Besitzenden, die Kriegs-, Währungs- und Hortungsgewinnler und auch die Regierungen und Parteien aufzurütteln, ihnen Angst und Schrekken einzujagen und sie an ihre christliche und soziale Pflicht zu erinnern.

Ich bin fest davon überzeugt, daß der Lastenausgleich dann schnell verwirklicht, daß den Kriegsgeschädigten und Vertriebenen geholfen und daß der Wiederaufbau der zerstörten Städte rasch vorangetrieben wird. Denn sonst wäre es nämlich besser und wünschenswerter, daß die Besitzenden eines schönen Tages auch so wenig ihr eigen nennen, wie diejenigen, welche sie zu Parias gemacht haben.

Wer so wählt - wählt richtig!

Herausgeber: Parteivorstand der KPD. Verantwortlich: Kurt Goldstein, Herne.
Westfalendruck GmbH., Dortmund 2063 [illegible], [illegible], Klasse C.

Eine deutsche Mutter fragt für Millionen:

X- JN 3970

.Kc #60

Ich bin jetzt 49 Jahre alt und habe mich in meinem ganzen Leben nicht um Politik gekümmert. Ich kann deshalb das heutige Durcheinander nicht richtig verstehen. Ich höre im Rundfunk von den Parteien. Ich verstehe davon nichts. Alle sagen doch nur, daß sie das Beste wollen. Wie soll ich da durchfinden? Und ich versuche es auch gar nicht mehr. Aber eine Frage geht mir doch nicht aus dem Sinn:

Gibt es noch einmal einen Krieg?

Von allen Seiten hört man es jetzt, daß es noch einmal einen Krieg geben wird. Ich habe schon oft die Worte gehört: Das geht nicht mehr lange so weiter, mal müssen die Russen und Amerikaner sich ja gegenseitig in die Haare kriegen. Muß das aber wirklich sein? Können sich die Menschen in allen Ländern nicht endlich einigen? Den kleinen Leuten geht es doch überall gleich, und sie wollen bestimmt keinen Krieg, denn sie müssen doch am meisten darunter leiden. Gut wegkommen tun nur immer die Großen. Ein Krieg bringt für uns immer nur Not, und ich habe Angst davor. Schon den ersten Weltkrieg 1914/18 habe ich mitgemacht. Drei Brüder von fünf habe ich verloren, einer war verschüttet. Im letzten Krieg bin ich total ausgebombt worden. Aber was mir noch wichtiger ist: mein Junge. 1944 wurde er als Flakhelfer eingezogen. Mit viel Mühe hatte ich das Geld aufgebracht, um ihn auf die Oberschule schicken zu können. Sollte das umsonst gewesen sein, dachte ich damals.

Mein Junge ist wiedergekommen. Ich war so froh trotz des ganzen Elends. Er arbeitet und unterstützt mich jetzt. Und nun sagen die Leute schon wieder, es gibt einen Krieg. Was würde dann aus meinem Jungen? Wenn irgend etwas kommt, ist es doch klar, daß die jungen Menschen wieder weg müssen, und dann würde bestimmt keiner mehr wiederkommen.

Was kann man bloß tun?

Meine Schwägerin wurde nach 1945 umgesiedelt und hat ein Stückchen Land als Neubauer. Sie säen jetzt aus. Soll denn die Ernte vernichtet werden? Sollen die Menschen wieder hungern müssen? Das bißchen, was geschaffen wurde nach dem letzten Krieg würde bei einem neuen Krieg endgültig verlorengehen. Müssen unsere Jungens wieder weg? Soll all das Elend, das wir durchmachen mußten, wieder neu beginnen? Gibt es gar keine Menschen mehr auf der Welt?

Berta Herrmann, Berlin SO 36, Mariannenplatz 16

X-JN3970, K6 #61

Einheit Frieden Wohlstand

DAS WAHLPROGRAMM DER KPD

An das Deutsche Volk

Deutsche Männer, Frauen und Jugendi

Unser Volk und unser Vaterland sind in größter Gefahr. Das deutsche Volk ist vor die Frage seiner Existenz gestellt. Die Grundlagen unseres staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens sind bedroht. Ein zerstückeltes und militärisch besetztes Deutschland, ein Deutschland ohne Friedensvertrag ist nicht lebensfähig, ist ein Deutschland ohne Hoffnung und ohne Zukunft.

Nicht um kleinliches Parteigezänk geht es bei dieser Wahl. Jeder Wähler muß wissen, daß sein Schicksal vom Schicksal der gesamten deutschen Nation abhängt. Nicht schöne Reden helfen uns, sondern nur das Erkennen der wahren Lage und das patriotische Handeln aller verantwortungsbewußten Deutschen.

Ein gespaltenes Deutschland ist ein ohnmächtiges Deutschland. Ein separater westdeutscher Staat ist nicht lebensfähig, sondern ein Spielball in den Händen der westlichen Imperialisten, die eine eigene unabhängige deutsche Friedenswirtschaft vernichten, die einen eigenen deutschen Handel und Außenhandel erwürgen, die unser Volk durch erpresserische Kredite ersticken und Westdeutschland mißbrauchen wollen als Schlachtfeld für einen neuen Krieg gegen die Sowjetunion.

Ein Volk unter militärischer Besatzung kann nicht frei sein

Ein Volk ohne Selbstbestimmungsrecht in seinen staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten kann nicht als demokratische Nation existieren. Ein Volk in ewiger Abhängigkeit von ausländischen Monopolen wird das Opfer jeglicher Willkür und jeglicher Abenteurerpolitik sein.

Das deutsche Volk soll selbst entscheiden. Es geht darum, ob die nationale Einheit Deutschlands wieder hergestellt, oder ob Deutschland endgültig gespalten werden soll.

Es geht darum, ob Deutschland endlich einen Friedensvertrag erhält, der die Einheit und Unabhängigkeit gewährleistet, oder ob Westdeutschland in den Atlantikpakt hineingezwungen wird und als Waffenschmiede und Schlachtfeld der Imperialisten für einen neuen Krieg gegen die Sowjetunion mißbraucht werden kann.

Es geht darum, ob das deutsche Volk als freies demokratisches Volk Herr im eigenen Hause ist oder durch imperialistische Okkupanten zu einem ausgebeuteten und unterdrückten Kolonialvolk herabgewürdigt wird.

Es geht darum, ob die deutsche Arbeiterschaft, das gesamte werktätige Volk, der Mittelstand, die Intelligenz und die Bauern sich durch eigene Kraft ein neues, besseres Leben schaffen, oder ob sie dazu verdammt sein sollen, in Sklaverei und Armut fremden Herren zu dienen.

Es geht darum, ob die deutsche Jugend für ihr Vaterland mit der Hoffnung auf eine gesicherte Zukunft leben und arbeiten, oder ob sie ziel- und uferlos wieder in den Massengräbern eines neuen Krieges zugrundegehen soll.

die vollen, hellerleuchteten Schaufenster und wollen damit beweisen, daß es vorwärts geht. Sie schweigen aber darüber, daß sich hinter dieser blendenden Fassade Not und Armut verbergen. Sie schweigen darüber, daß sie um dieser Scheinblüte willen den Bestand der deutschen Nation in Frage stellen und die Wirtschaft Westdeutschlands an das internationale Finanzkapital verschachern. Sie schweigen darüber, daß die andere Seite von Luxus und Prunk das Elend von Millionen Kleinrentnern, Konkurse und Betriebsstillegungen, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit für Millionen Menschen ist.

Weil die Wahrheit für die bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteiführer bitter und unbequem ist, deshalb greifen sie zu Verleumdungen und Beschimpfungen gegen diejenigen, die es wagen, die Wahrheit auszusprechen. Weil der Vorsitzende unserer Partei, Max Reimann, den Kampf für die Wahrheit und die gerechte Sache des deutschen Volkes führt, hat ihn ein britisches Militärgericht ins Gefängnis werfen lassen. Die scheinheiligen Apostel der „Freiheit der Persönlichkeit" aber protestieren nicht gegen diesen Akt kolonialer Willkür. Sie protestieren auch nicht gegen die Verurteilung von Egon Herrmann, dem mutigen Sprecher hunderttausender rechtloser Flüchtlinge.

Wir Kommunisten wollen, daß Deutschland frei und unabhängig lebe!

Wir wollen, daß das deutsche Volk, daß insbesondere die deutsche Jugend eine friedliche und menschenwürdige Zukunft habe. Das deutsche Volk hat aber nur dann eine Zukunft, wenn die wirtschaftliche und nationale Einheit Deutschlands wieder hergestellt wird.

Es hat nur dann eine Zukunft, wenn es in freier Selbstbestimmung über seine Bodenschätze und seine gesamte Wirtschaft verfügen kann

Es hat nur dann eine Zukunft, wenn sein Außenhandel frei ist von JEIA-Fesseln und Dollarklauseln und wenn es die natürlichen Handelsbeziehungen zu seinen früheren Handelspartnern in aller Welt, insbesondere im Osten und Südosten Europas wieder aufnehmen und pflegen kann.

Es hat nur dann eine Zukunft, wenn es den langersehnten gerechten Friedensvertrag erhält und wenn alle Besatzungstruppen Deutschland verlassen.

Dieses Ziel ist nicht anders zu erreichen als durch die Zusammenarbeit aller Deutschen, die ihre Heimat lieben. Auf dem Boden der natürlichen Lebensrechte der Nation sollten alle Deutschen, ungeachtet ihrer Weltanschauung und Parteizugehörigkeit, sich in einer

großen nationalen Front für Einheit, Unabhängigkeit und Frieden

zusammenschließen.

Wir Kommunisten wollen ein geeintes, unabhängiges Deutschland, eine gesamtdeutsche Verfassung und eine gesamtdeutsche Regierung unter Teilnahme aller demokratischen Parteien und der Gewerkschaften.

Wir wollen den baldigen Abschluß eines gerechten Friedensvertrages, die Aufhebung des Ruhr- und Besatzungsstatutes und den Abzug aller Besatzungstruppen.

Wir wollen die ungehinderte Entwicklung einer deutschen Friedenswirtschaft, die Einstellung der Demontagen und die Aufhebung der Einschränkungen unserer Friedensproduktion, insbesondere die Freigabe unserer Treibstoff- und Bunaerzeugnisse und den ungestörten friedlichen Handel mit allen Völkern der Erde.

Wir wollen den Frieden der Welt und wehren uns deshalb entschieden gegen die Einfügung Westdeutschlands, seiner Wirtschaft und seiner Bevölkerung in den Atlantikpakt Nie soll Deutschland zur Rüstungswerkstatt und zum Aufmarschgelände eines kommenden Krieges werden!

Wir Kommunisten rufen zur Schaffung der nationalen Front aller Deutschen auf!

In der Stunde der großen nationalen Not unseres Volkes erstreben wir Kommunisten die Schaffung einer nationalen Front aller Deutschen, die nicht an Parteigrenzen, an Unterschiede der Weltanschauung und des Glaubensbekenntnisses gebunden ist, sondern die alle ehrlichen Deutschen umfaßt, die ihr Volk und ihr Vaterland lieben. Für diese nationale Einheit kämpfen wir Kommunisten. Um diese nationale Einheit zu schaffen, scheuen wir keine Opfer. Im Kampf für diese nationale Einheit wurde Max Reimann, Symbol des gerechten deutschen Kampfes, ins Gefängnis geworfen.

Wir Kommunisten repräsentieren in der kommenden Wahl mehr als eine Partei. Wir sind das nationale Gewissen, wir sind die wirklichen Patrioten, die dem ganzen Volke den einzig möglichen Weg zu seiner endgültigen Rettung zeigen und dafür kämpfen.

Wir Kommunisten anerkennen die Spaltung Deutschlands nicht, wir finden uns nicht ab mit der ständigen militärischen Besatzung und den damit verbundenen Lasten. Wir wollen, daß endlich mit den Demontagen, den Betriebsstillegungen und der damit verbundenen unaufhörlich wachsenden Arbeitslosigkeit Schluß gemacht wird

CDU/CSU-, SPD- und FDP-Führer haben die nationalen Interessen preisgegeben

Wir Kommunisten werden nicht aufhören, die Wahrheit zu sagen So wie wir 1933 unserem Volke mahnend zugerufen haben, daß Hitler Krieg und Katastrophe bedeutet, so warnen wir heute vor dem verhängnisvollen [illegible] nicht anders enden, als mit der endgültigen nationalen und sozialen Katastrophe für das deutsche Volk.

Die Führer der Bonner Koalitionsparteien, die Führer der CDU/CSU, der SPD, der FDP und des Zentrums haben sich gemeinsam bereit gezeigt, die Befehle fremder Herren in Deutschland auszuführen. Gemäß ihren Weisungen haben sie das sogenannte Grundgesetz für den westdeutschen Bundesstaat ausgearbeitet. Getrieben von selbstsüchtigen Interessen und maßlosem Ehrgeiz haben sie sich dazu hergegeben, die unselige Spaltung Deutschlands gutzuheißen, gesetzlich zu verankern und so einen Weststaat zu errichten der keine Lebensmöglichkeit hat.

In knechtischer Unterwürfigkeit haben diese Parteiführer zu einem Besatzungsstatut Ja gesagt, das dem deutschen Volke seine nationale Selbstbestimmung, die Verfügung über seine Wirtschaft und die freie Gestaltung seines staatlichen Lebens nimmt. Sie haben das Ruhrstatut angenommen und preisen es als ein Instrument zur wirtschaftlichen Wiederbelebung Deutschlands, obwohl durch dieses Statut das industrielle Herz der deutschen Wirtschaft für unbegrenzte Zeit fremden kapitalistischen Mächten ausgeliefert wird, die über Produktion und Verteilung von Kohle und Stahl, über Preise, Zölle, Export und Import entscheiden und somit über Leben und Tod der westdeutschen Wirtschaft.

In dem verwerflichen Ehrgeiz, in diesem Weststaat eine, wenn auch würdelose politische Rolle zu spielen, haben die Führer der Bonner Koalitionsparteien die elementaren Lebensrechte des deutschen Volkes preisgeben. Sie geben aus freien Stücken ihre Hand dazu, daß unter [illegible] reit, in diesem Staat die Rolle der Büttel und Fronvögte gegen das eigene Volk zu übernehmen.

Ein westdeutscher Staat kann nur eine ausgebeutete Kolonie sein

Die Führer der CDU/CSU, der SPD und FDP behaupten, mit der Bildung des westdeutschen Staates beginne eine neue Zeit Sie prophezeien Aufstieg und Wohlstand. Sie verkünden, das deutsche Volk habe seine eigene Staatlichkeit wiedergewonnen. Nichts ist unwahrer und irreführender als dies.

Ein Staatsgebilde, das nur einen Teil Deutschlands umfaßt und dessen Gesetze von fremden Mächten diktiert werden, hat keine Zukunft.

Ein Staatsgebilde, dessen Bevölkerung über die Bodenschätze des eigenen Landes, über die Früchte seiner Arbeit nicht selbst verfügen kann, hat keine Zukunft.

Ein Staatsgebilde, dessen Produktion und Außenhandel von fremden Konkurrenz-Interessen bestimmt wird, kann kein eigenes Leben haben.

Ein Staatsgebilde, das in zunehmendem Maße verschuldet, das unter der Last der Besatzungskosten nicht lebensfähig ist, bedeutet den Ruin des gesamten Volkes.

Die Führer der Bonner Koalitionsparteien versuchen, von diesen schwerwiegenden Fragen mit einer gegen 18 Millionen Deutsche in der Ostzone gerichteten Hetzpropaganda abzulenken. Sie, die sich Deutsche nennen, weigern sich, mit anderen Deutschen an einem Tisch zu sitzen, weil diese aus Sachsen, Thüringen oder Brandenburg kommen.

Wir wollen Frieden mit allen Völkern

Wir wollen Frieden und Freundschaft mit allen Nachbarvölkern! Wir wollen Freundschaft mit der Sowjetunion, der einzigen Großmacht, die für die nationale Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands eintritt.

In diesem Kampf um sein Leben als Nation muß das deutsche Volk erkennen, wer seine Freunde und wer seine Feinde sind. Die Sowjetunion hat sich immer als ein Freund des deutschen Volkes erwiesen. Auf der Pariser Außenministerkonferenz kämpfte allein die sowjetische Delegation für die Sache der Einheit und Unabhängigkeit eines demokratischen und friedlichen Deutschlands. Deshalb erstreben die Kommunisten die Freundschaft mit der Sowjetunion, deren Interesse an einem starken, friedlichen Deutschland mit unseren nationalen Interessen vollkommen übereinstimmt. Deshalb wünschen wir die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, die bereit ist, einem solchen Deutschland beim Aufbau seiner Friedenswirtschaft und seiner nationalen Unabhängigkeit zu helfen Dagegen ist die Haltung der Westmächte zu Deutschland lediglich diktiert von den Interessen der angloamerikanischen Monopolherren und ihrer imperialistischen [illegible] land unvereinbar mit ihrem imperialistischen Streben nach kolonialer Unterwerfung anderer Völker und ihrer Kriegs- und Eroberungspolitik.

Wir Kommunisten sind für friedliches Zusammenleben mit allen unseren Nachbarvölkern im Osten und im Westen und mit allen friedens- und freiheitsliebenden Menschen in der ganzen Welt.

Wir Kommunisten sind für Freundschaft und friedliche Beziehungen mit unseren östlichen Nachbarvölkern. Wir verurteilen entschieden die hemmungslose Haßkampagne gegen Polen und die Tschechoslowakei. Wir warnen unser Volk davor, sich noch einmal für einen kriegerischen Überfall gegen den Osten mißbrauchen zu lassen. Die Oder-Neiße-Grenze wurde 1945 von den alliierten Großmächten gemeinsam festgelegt und ist die Friedensgrenze nach dem Osten. Die Propaganda für die Revision dieser Grenze, wie sie von den Kriegstreibern geführt wird, gefährdet den Frieden und ist ein Betrug an den Flüchtlingen.

Wir Kommunisten erstreben Freundschaft mit dem französischen Volk, dessen wirkliche Sicherheit

X-JN 3970
.KG # 62

Einheit Frieden Wohlstand

DAS WAHLPROGRAMM DER KPD

An das Deutsche Volk

Deutsche Männer, Frauen und Jugend!

Unser Volk und unser Vaterland sind in größter Gefahr. Das deutsche Volk ist vor die Frage seiner Existenz gestellt. Die Grundlagen unseres staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens sind bedroht. Ein zerstückeltes und militärisch besetztes Deutschland, ein Deutschland ohne Friedensvertrag ist nicht lebensfähig, ist ein Deutschland ohne Hoffnung und ohne Zukunft.

Nicht um kleinliches Parteigezänk geht es bei dieser Wahl. Jeder Wähler muß wissen, daß sein Schicksal vom Schicksal der gesamten deutschen Nation abhängt. Nicht schöne Reden helfen uns, sondern nur das Erkennen der wahren Lage und das patriotische Handeln aller verantwortungsbewußten Deutschen.

Ein gespaltenes Deutschland ist ein ohnmächtiges Deutschland. Ein separater westdeutscher Staat ist nicht lebensfähig, sondern ein Spielball in den Händen der westlichen Imperialisten, die eine eigene unabhängige deutsche Friedenswirtschaft vernichten, die einen eigenen deutschen Handel und Außenhandel erwürgen, die unser Volk durch erpresserische Kredite ersticken und Westdeutschland mißbrauchen wollen als Schlachtfeld für einen neuen Krieg gegen die Sowjetunion.

Ein Volk unter militärischer Besetzung kann nicht frei sein

Ein Volk ohne Selbstbestimmungsrecht in seinen staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten kann nicht als demokratische Nation existieren. Ein Volk in ewiger Abhängigkeit von ausländischen Monopolen wird das Opfer jeglicher Willkür und jeglicher Abenteurerpolitik sein.

Das deutsche Volk soll selbst entscheiden. Es geht darum, ob die nationale Einheit Deutschlands wieder hergestellt, oder ob Deutschland endgültig gespalten werden soll.

Es geht darum, ob Deutschland endlich einen Friedensvertrag erhält, der die Einheit und Unabhängigkeit gewährleistet, oder ob Westdeutschland in den Atlantikpakt hineingezwungen wird und als Waffenschmiede und Schlachtfeld der Imperialisten für einen neuen Krieg gegen die Sowjetunion mißbraucht werden kann.

Es geht darum, ob das deutsche Volk als freies demokratisches Volk Herr im eigenen Hause ist oder durch imperialistische Okkupanten zu einem ausgebeuteten und unterdrückten Kolonialvolk herabgewürdigt wird.

Es geht darum, ob die deutsche Arbeiterschaft, das gesamte werktätige Volk, der Mittelstand, die Intelligenz und die Bauern sich durch eigene Kraft ein neues, besseres Leben schaffen, oder ob sie dazu verdammt sein sollen, in Sklaverei und Armut fremden Herren zu dienen.

Es geht darum, ob die deutsche Jugend für ihr Vaterland mit der Hoffnung auf eine gesicherte Zukunft leben und arbeiten, oder ob sie ziel- und uferlos wieder in den Massengräbern eines neuen Krieges zugrundegehen soll.

die vollen, hellerleuchteten Schaufenster und wollen damit beweisen, daß es vorwärts geht. Sie schweigen aber darüber, daß sich hinter dieser blendenden Fassade Not und Armut verbergen. Sie schweigen darüber, daß sie um dieser Scheinblüte willen den Bestand der deutschen Nation in Frage stellen und die Wirtschaft Westdeutschlands an das internationale Finanzkapital verschachern. Sie schweigen darüber, daß die andere Seite von Luxus und Prunk das Elend von Millionen Kleinrentnern, Konkurse und Betriebsstillegungen, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit für Millionen Menschen ist.

Weil die Wahrheit für die bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteiführer bitter und unbequem ist, deshalb greifen sie zu Verleumdungen und Beschimpfungen gegen diejenigen, die es wagen, die Wahrheit auszusprechen. Weil der Vorsitzende unserer Partei, Max Reimann, den Kampf für die Wahrheit und die gerechte Sache des deutschen Volkes führt, hat ihn ein britisches Militärgericht ins Gefängnis werfen lassen. Die scheinheiligen Apostel der „Freiheit der Persönlichkeit" aber protestieren nicht gegen diesen Akt kolonialer Willkür. Sie protestieren auch nicht gegen die Verurteilung von Egon Herrmann, dem mutigen Sprecher hunderttausender rechtloser Flüchtlinge.

Wir Kommunisten wollen, daß Deutschland frei und unabhängig lebe!

Wir wollen, daß das deutsche Volk, daß insbesondere die deutsche Jugend eine friedliche und menschenwürdige Zukunft habe. Das deutsche Volk hat aber nur dann eine Zukunft, wenn die wirtschaftliche und nationale Einheit Deutschlands wieder hergestellt wird.

Es hat nur dann eine Zukunft, wenn es in freier Selbstbestimmung über seine Bodenschätze und seine gesamte Wirtschaft verfügen kann.

Es hat nur dann eine Zukunft, wenn sein Außenhandel frei ist von JEIA-Fesseln und Dollarklauseln und wenn es die natürlichen Handelsbeziehungen zu seinen früheren Handelspartnern in aller Welt, insbesondere im Osten und Südosten Europas wieder aufnehmen und pflegen kann.

Es hat nur dann eine Zukunft, wenn es den langersehnten gerechten Friedensvertrag erhält und wenn alle Besatzungstruppen Deutschland verlassen.

Dieses Ziel ist nicht anders zu erreichen als durch die Zusammenarbeit aller Deutschen, die ihre Heimat lieben. Auf dem Boden der natürlichen Lebensrechte der Nation sollten alle Deutschen, ungeachtet ihrer Weltanschauung und Parteizugehörigkeit, sich in einer

großen nationalen Front für Einheit, Unabhängigkeit und Frieden

zusammenschließen.

Wir Kommunisten wollen ein geeintes, unabhängiges Deutschland, eine gesamtdeutsche Verfassung und eine gesamtdeutsche Regierung unter Teilnahme aller demokratischen Parteien und der Gewerkschaften.

Wir wollen den baldigen Abschluß eines gerechten Friedensvertrages, die Aufhebung des Ruhr- und Besatzungsstatutes und den Abzug aller Besatzungstruppen.

Wir wollen die ungehinderte Entwicklung einer deutschen Friedenswirtschaft, die Einstellung der Demontagen und die Aufhebung der Einschränkungen unserer Friedensproduktion, insbesondere die Freigabe unserer Treibstoff- und Bunaerzeugnisse und den ungestörten friedlichen Handel mit allen Völkern der Erde.

Wir wollen den Frieden der Welt und wehren uns deshalb entschieden gegen die Einfügung Westdeutschlands, seiner Wirtschaft und seiner Bevölkerung in den Atlantikpakt.

Nie soll Deutschland zur Rüstungswerkstatt und zum Aufmarschgelände eines kommenden Krieges werden!

Wir Kommunisten rufen zur Schaffung der nationalen Front aller Deutschen auf!

In der Stunde der großen nationalen Not unseres Volkes erstreben wir Kommunisten die Schaffung einer nationalen Front aller Dentschen, die nicht an Parteigrenzen, an Unterschiede der Weltanschauung und des Glaubensbekenntnisses gebunden ist, sondern die alle ehrlichen Dentschen umfaßt, die ihr Volk und ihr Vaterland lieben. Für diese nationale Einheit kämpfen wir Kommunisten. Um diese nationale Einheit zu schaffen, scheuen wir keine Opfer. Im Kampf für diese nationale Einheit wurde Max Reimann, Symbol des gerechten deutschen Kampfes, ins Gefängnis geworfen.

Wir Kommunisten repräsentieren in der kommenden Wahl mehr als eine Partei. Wir sind das nationale Gewissen, wir sind die wirklichen Patrioten, die dem ganzen Volke den einzig möglichen Weg zu seiner endgültigen Rettung zeigen und dafür kämpfen.

Wir Kommunisten anerkennen die Spaltung Deutschlands nicht, wir finden uns nicht ab mit der ständigen militärischen Besatzung und den damit verbundenen Lasten. Wir wollen, daß endlich mit den Demontagen, den Betriebsstillegungen und der damit verbundenen unaufhörlich wachsenden Arbeitslosigkeit Schluß gemacht wird.

CDU/CSU-, SPD- und FDP-Führer haben die nationalen Interessen preisgegeben

Wir Kommunisten werden nicht aufhören, die Wahrheit zu sagen. So wie wir 1933 unserem Volke mahnend zugerufen haben, daß Hitler Krieg und Katastrophe bedeutet, so warnen wir heute vor dem verhäng- [...] nicht anders enden, als mit der endgültigen nationalen und sozialen Katastrophe für das deutsche Volk.

Die Führer der Bonner Koalitionsparteien, die Führer der CDU/CSU, der SPD, der FDP und des Zentrums haben sich gemeinsam bereit gezeigt, die Befehle fremder Herren in Deutschland auszuführen. Gemäß ihren Weisungen haben sie das sogenannte Grundgesetz für den westdeutschen Bundesstaat ausgearbeitet. Getrieben von selbstsüchtigen Interessen und maßlosem Ehrgeiz haben sie sich dazu hergegeben, die unselige Spaltung Deutschlands gutzuheißen, gesetzlich zu verankern und so einen Weststaat zu errichten der keine Lebensmöglichkeit hat.

In knechtischer Unterwürfigkeit haben diese Parteiführer zu einem Besatzungsstatut Ja gesagt, das dem deutschen Volke seine nationale Selbstbestimmung, die Verfügung über seine Wirtschaft und die freie Gestaltung seines staatlichen Lebens nimmt. Sie haben das Ruhrstatut angenommen und preisen es als ein Instrument zur wirtschaftlichen Wiederbelebung Deutschlands, obwohl durch dieses Statut das industrielle Herz der deutschen Wirtschaft für unbegrenzte Zeit fremden kapitalistischen Mächten ausgeliefert wird, die über Produktion und Verteilung von Kohle und Stahl, über Preise, Zölle, Export und Import entscheiden und somit über Leben und Tod der westdeutschen Wirtschaft.

In dem verwerflichen Ehrgeiz, in diesem Weststaat eine, wenn auch würdelose politische Rolle zu spielen, haben die Führer der Bonner Koalitionsparteien die elementaren Lebensrechte des deutschen Volkes preisgeben. Sie geben aus freien Stücken ihre Hand dazu, daß unter, [...] reit, in diesem Staat die Rolle der Büttel und Fronvögte gegen das eigene Volk zu übernehmen.

Ein westdeutscher Staat kann nur eine ausgebeutete Kolonie sein

Die Führer der CDU/CSU, der SPD und FDP behaupten, mit der Bildung des westdeutschen Staates beginne eine neue Zeit. Sie prophezeien Aufstieg und Wohlstand. Sie verkünden, das deutsche Volk habe seine eigene Staatlichkeit wiedergewonnen. Nichts ist unwahrer und irreführender als dies.

Ein Staatsgebilde, das nur einen Teil Deutschlands umfaßt und dessen Gesetze von fremden Mächten diktiert werden, hat keine Zukunft.

Ein Staatsgebilde, dessen Bevölkerung über die Bodenschätze des eigenen Landes, über die Früchte seiner Arbeit nicht selbst verfügen kann, hat keine Zukunft.

Ein Staatsgebilde, dessen Produktion und Außenhandel von fremden Konkurrenz-Interessen bestimmt wird, kann kein eigenes Leben haben.

Ein Staatsgebilde, das in zunehmendem Maße verschuldet, das unter der Last der Besatzungskosten nicht lebensfähig ist, bedeutet den Ruin des gesamten Volkes.

Die Führer der Bonner Koalitionsparteien versuchen, von diesen schwerwiegenden Fragen mit einer gegen 18 Millionen Deutsche in der Ostzone gerichteten Hetzpropaganda abzulenken. Sie, die sich Deutsche nennen, weigern sich, mit anderen Deutschen an einem Tisch zu sitzen, weil diese aus Sachsen, Thüringen oder Brandenburg kommen.

Wir wollen Frieden mit allen Völkern

Wir wollen Frieden und Freundschaft mit allen Nachbarvölkern! Wir wollen Freundschaft mit der Sowjetunion, der einzigen Großmacht, die für die nationale Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands eintritt.

In diesem Kampf um sein Leben als Nation muß das deutsche Volk erkennen, wer seine Freunde und wer seine Feinde sind. Die Sowjetunion hat sich immer als ein Freund des deutschen Volkes erwiesen. Auf der Pariser Außenministerkonferenz kämpfte allein die sowjetische Delegation für die Sache der Einheit und Unabhängigkeit eines demokratischen und friedlichen Deutschlands. Deshalb erstreben die Kommunisten die Freundschaft mit der Sowjetunion, deren Interesse an einem starken, friedlichen Deutschland mit unseren nationalen Interessen vollkommen übereinstimmt. Deshalb wünschen wir die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, die bereit ist, einem solchen Deutschland beim Aufbau seiner Friedenswirtschaft und seiner nationalen Unabhängigkeit zu helfen. Dagegen ist die Haltung der Westmächte zu Deutschland lediglich diktiert von den Interessen der angloamerikanischen Monopolherren und ihrer imperialisti- [...] land unvereinbar mit ihrem imperialistischen Streben nach kolonialer Unterwerfung anderer Völker und ihrer Kriegs- und Eroberungspolitik.

Wir Kommunisten sind für friedliches Zusammenleben mit allen unseren Nachbarvölkern im Osten und im Westen und mit allen friedens- und freiheitsliebenden Menschen in der ganzen Welt.

Wir Kommunisten sind für Freundschaft und friedliche Beziehungen mit unseren östlichen Nachbarvölkern. Wir verurteilen entschieden die hemmungslose Haßkampagne gegen Polen und die Tschechoslowakei. Wir warnen unser Volk davor, sich noch einmal für einen kriegerischen Überfall gegen den Osten mißbrauchen zu lassen. Die Oder-Neiße-Grenze wurde 1945 von den alliierten Großmächten gemeinsam festgelegt und ist die Friedensgrenze nach dem Osten. Die Propaganda für die Revision dieser Grenze, wie sie von den Kriegstreibern geführt wird, gefährdet den Frieden und ist ein Betrug an den Flüchtlingen.

Wir Kommunisten erstreben Freundschaft mit dem französischen Volk, dessen wirkliche Sicherheit

X-JN 3970
.K6
#63
8
23
49
3

Unser Kampf um die nationale Unabhängigkeit

Delegierten-Konferenz der KPD
Solingen, 5./6. März 1949

LRIR

PROF. DR. HEINRICH DEITERS

9 2 '49 3

Die kulturelle Einheit Deutschlands und die Intellektuellen

DEC 28
PLEASE RETURN

X-JN3970
.K6
#64

DIETZ VERLAG BERLIN

8
23
49
3
Copy
X- JN 3970
.K6
#65

BONN–

das deutsche Volk am Scheideweg

MAX REIMANN

auf der Tagung
der Arbeitsgemeinschaft für eine
gesamtdeutsche Verfassung

7. November 1948 Bad Godesberg

3 - OCT 25
Copy 1955

X-JN3970
.K6 #66

Internationalismus und Nationalismus

VON

LIU TSCHAU-TSCHI

Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees
der Kommunistischen Partei Chinas

Vollständiger, ungekürzter Text

3
Copy
5
4
50

X-JN3970

DAS **PROGRAMM** DES

K6
#67

DEMOKRATISCHEN NEUAUFBAUES DER WIRTSCHAFT

Herausgegeben im Auftrage des Sekretariats des Deutschen Volkskongresses

X-Jv 3970
1K6
#68
104

Festschrift

WIR SIND DAS BAUVOLK DER KOMMENDEN WELT

„Die Falken"

SOZIALISTISCHE JUGENDTAGE STUTTGART 29.-31. AUG. 47

X-JN3970
.K6
#69

108

WIR SCHAFFEN DIE EINHEIT

Beschlüsse der gemeinsamen Konferenz
des Zentralkomitees der KPD
und des Zentralausschusses der SPD
mit den Vertretern der Bezirke

VERLAG „EINHEIT" G. M. B. H. · BERLIN

Preis 20 Pfg.

X-JN3970

PAUL MERKER

Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedler-problems

VERLAG JHW DIETZ NACHF. BERLIN

2 Copy 6 9 47
ANN ARBOR
X-JN3970
#71 .K6

Referenten-Material

20/E253

Walter Fisch,
Vorsitzender der KPD. Land Hessen

[Als Manuskript für den internen Gebrauch gedruckt.]

Auszug aus dem Referat des Genossen Walter Fisch auf der erweiterten Landesleitungs-Sitzung am 13. Juli 1946, Ffm.

Der folgende Auszug aus der Rede des Genossen Fisch umfaßt nur die Stellungnahme zu den politischen Fragen. Er ist überall dort, wo in der nächsten Zeit Mitgliederversammlungen stattfinden, als Grundlage zu benutzen, um dann die organisatorischen Verhältnisse entsprechend der konkreten Lage im Ort oder im Betrieb im einzelnen zu behandeln.

Genossinnen und Genossen!

Wir ziehen die Bilanz

Am 30. Juni haben wir die vierte Wahl in diesem Jahre hinter uns gebracht. Die Resultate dieser Wahl unterscheiden sich nicht wesentlich von denen der vorangegangenen Wahlen. Wir können nun nach der ersten einheitlichen Gesamtwahl in Stadt und Land eine gewisse Bilanz ziehen aus der politischen Entwicklung des vergangenen Jahres.
In den ersten Monaten des vergangenen Jahres, nach dem Einmarsch der Amerikaner, wurde manches impravisiert, auch in unserer Partei. Nach einiger Zeit erst fand sich die Partei in der einheitlichen Taktik und Perspektive zusammen und es entstand die Frage, wie wird es die Partei im Verlauf der Zeit verstehen, diese politische Linie mit Leben zu erfüllen, wie werden wir mit den Kadern, die die Illegalität überstanden haben, eine solche neue Parteiorganisation aufbauen können, die in der Lage ist, sich die den neuen Verhältnissen entsprechende Taktik in allen ihren Teilen anzueignen. Heute haben wir zu prüfen, wie unsere Partei gewachsen ist, nicht etwa nur zahlenmäßig, sondern ideologisch: wie sie sich politisch qualifiziert hat und inwieweit sie der Mitverantwortung gerecht wird, die die politische Lage ihr aufträgt.

Improvisieren
oder
PLANEN
X-JN3970

X-JX 3970
.K6 #73

EINE FRAGE
X-JN 3970
.K6 #74
KENNEN SIE DIE
Kommunisten
WIRKLICH

#75 X-JN3970 .K6

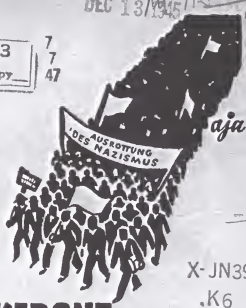
2 Copy 6 9 47

Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien

80 Pfg.

THÜRINGER VOLKSVERLAG GMBH · WEIMAR

LC
DEC 13 1945
3 Copy 7 7 47
R.S.
L.W.
aja
X-JN3970
.K6
76



EINHEITSFRONT

DER ANTIFASCHISTISCH-DEMOKRATISCHEN PARTEIEN

VERLAG „DER NEUE WEG" G.M.B.H.
BERLIN SW 68 · ZIMMERSTR 88-90

50 PFG.

X-JN3970
.K6
+--

Um die Erneuerung der deutschen Kultur

VERLAG NEUER WEG BERLIN

X-JN 3970
Ka 78

Um die Erneuerung der deutschen Kultur

VERLAG NEUER WEG BERLIN

2 Copy
6 9 47

Neuaufbau der DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

X-JN3970 .K6 #19

VERLAG NEUER WEG / BERLIN

X-JN 3970
Ku = 80

DER WIEDERAUFBAU DER BAYERISCHEN WIRTSCHAFT

2 6 9 47

IM RAHMEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

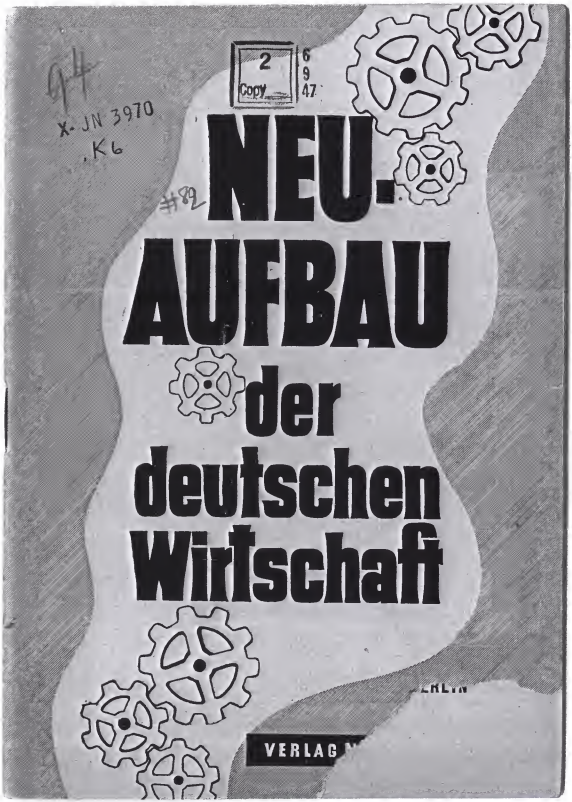
1946

X- JN. 3970
.K6 #31

Schluß mit dem Bruderkampf

EINHEIT FÜR DEN AUFBAU

VERLAG »EINHEIT UND FORTSCHRITT«, MÜNCHEN, WIDENMAYERSTR. 25


2
Copy
6
9
47
X-JN 3970
.K6
#89
NEU-
AUFBAU
der
deutschen
Wirtschaft
VERLAG

XFJN 3970
.K6 #83

Frauen helfen mit

X-Fri3970
.K6 #84

Frauen helfen mit

X-JN 3970

Gerichtsgefängnis K6 #85 Hannover, den 3. Juli 1937

Absender: Walter Spengemann (Vorname) (Zuname)

Zugangs-Liste: I 2833 Abteilung: B 4 (255)

Aktenzeichen: 34 Js. 1832/36 der Staatsanwaltschaft / des Amtsgerichts in Hannover.

An

den Herrn Reichsanwalt beim Volksgerichtshof

in Berlin

Die verständnisvolle und humane Art, in der ich am 12. Juni im Auftrage des Herrn Reichsanwaltes hier vernommen wurde, ermutigt mich, dem Herrn Reichsanwalt das Nachfolgende zu unterbreiten. Es handelt sich um Tatsachen, die meine Mitwirkung bei der Aufklärung des gesamten Komplexes „Sozialistische Front" betreffen. Diese Tatsachen sind seinerzeit nicht aktenkundig gemacht. Sie bedeuten aber, wie ich zuversichtlich hoffe, eine erhebli-

Das Dokument des Verrats

Auch in mehreren anderen Angelegenheiten habe ich der Staatspolizei freiwillig Angaben gemacht. Bei der wichtigsten Sache handelt es sich um Dinge von größter Tragweite, um die illegale, den Staat ernstlich gefährdende Betätigung ehemals hochgestellter Persönlichkeiten der Weimarer Republik. Es handelt sich dabei weder um marxistische noch um ausgesprochen proletarische Organisationen. Die von mir angegebenen Tatsachen waren der Staatspolizei völlig neu. Ihre Tragweite ist voll anerkannt.

Ich füge hinzu, dass ich mich in dieser Sache sogar erboten habe, zusammen mit einem Stapo-Beamten als „Vertrauensmann" der Stapo einige Reisen zu machen, um einige der fraglichen Personen selbst zu überführen. Zu solchem Dienst entschliesst man sich, beeinflusst vom Odium des Wortes „Spitzel", wirklich nicht leicht! Wenn ich es trotzdem tat, so nur deshalb, weil ich glaube, dass ich in

Gerichtsgefängnis

Hannover, den 3. Juli 193[illegible]

3 Copy

Absender: Walter Spengemann

Zugangs-Liste: I. 2833 Abteilung: B 4 (255)

Aktenzeichen: 34 Js. 1852/36 der Staatsanwaltschaft / des Amtsgerichts in Hannover.

X-JN 3970

K6

#86

An

den Herrn Reichsanwalt beim Volksgerichtshof

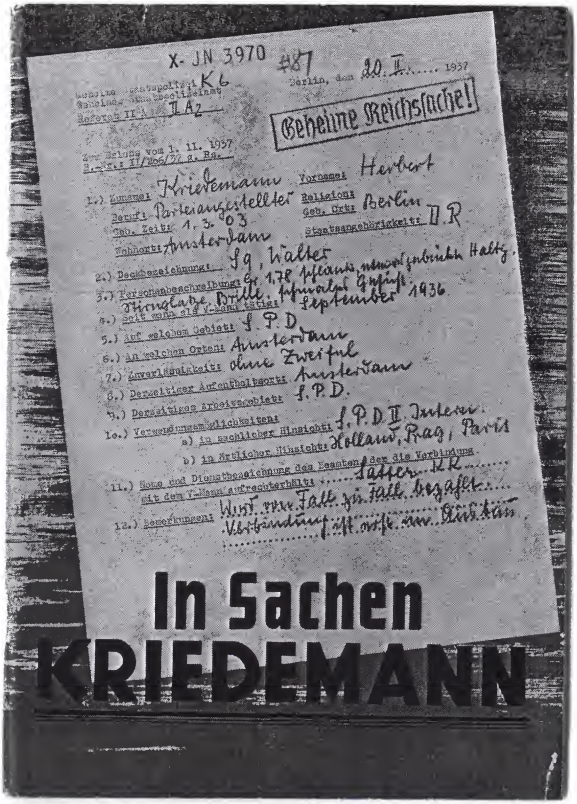
in Berlin

Die verständnisvolle und humane Art, in der ich am 22. Juni im Auftrage des Herrn Reichsanwaltes hier vernommen wurde, ermutigt mich, dem Herrn Reichsanwalt das Nachfolgende zu unterbreiten. Es handelt sich um Tatsachen, die meine Mitwirkung bei der Aufklärung des gesamten Komplexes „Sozialistische Front" betreffen. Diese Tatsachen sind unsererseits nicht aktenkundig gemacht. Sie bedeuten aber, wie ich zuversichtlich hoffe, eine erhebli-

Das Dokument des Verrats

Auch in mehreren anderen Angelegenheiten habe ich der Staatspolizei freiwillig Angaben gemacht. Bei der wichtigsten Sache handelt es sich um Dinge von größter Tragweite, um die illegale, den Staat ernstlich gefährdende Betätigung ehemals hochgestellter Persönlichkeiten der weimarer Republik. Es handelt sich dabei weder um marxistische noch um ausgesprochen proletarische Organisationen. Die von mir angegebenen Tatsachen waren der Staatspolizei völlig neu. Ihre Tragweite ist voll anerkannt.

Ich füge hinzu, daß ich mich in dieser Sache sogar erboten habe, zusammen mit einem Stapo-Beamten als „Vertrauensmann" der Stapo einige Reisen zu machen, um einige der fraglichen Personen selbst zu überführen. Zu solchem Dienst entschließt man sich, beeinflußt vom Odium des Wortes „Spitzel", wirklich nicht leicht. Wenn ich es trotzdem tat, so nur deshalb, weil ich glaube, daß ich in



In Sachen KRIEDEMANN

X- JN 3970
.K6 #88

Glauben Sie noch an den Klapperstorch ?

wohl kaum,

aber an die Wahlversprechungen der CDU, SPD und FDP glauben Sie trotz jahrelanger Enttäuschungen noch immer.

Wenn Sie noch nicht genug enttäuscht wurden, dann wählen Sie ruhig wieder

eine dieser Parteien!

Sollten Ihnen aber die vergangenen 4 Jahre reichen, dann geben Sie am Sonntag

Ihre Stimme den Kandidaten der KPD!

X- JN 3970
. K6 #89

Willst Du

noch 40 Jahre Besatzung?

Dann wähle SPD, CDU/CSU, FDP
oder eine andere der Besatzungsparteien.

Willst Du

das Ende der Besatzung?

Dann mußt Du

die Kandidaten der KPD wählen!

X- JN 3970
.K6 #90

Drei Militärbefehle zur Kolonisierung Westdeutschlands:

1. Das RUHRSTATUT
(regelt die wirtschaftliche Annexion des Ruhrgebietes)

2. Das BESATZUNGSSTATUT
(stellt die eigentliche Verfassung des westdeutschen Staates dar)

3. Das BONNER GRUNDGESETZ
(enthält die Ausführungsbestimmungen zum Ruhr- u. Besatzungsstatut)

Wer aber ein einiges, freies u. unabhängiges Deutschland will,

***wählt die Kandidaten der* KPD**

X- JN 3970
K6 #91

500000 Wohnungen für 2000000 Menschen
kosten: **5 Milliarden DM.**

Besatzungskosten in Westdeutschland
pro Jahr = **5 Milliarden DM.**

Nur die Kommunisten fordern:
Abzug der Besatzungstruppen.

Deshalb wählt KPD

X- JN 3970
.K6 #92

Kriegsversehrte u. Rentner!

Die Schuldigen an Eurem Elend
wollen nicht zahlen,
darum hetzen sie gegen die Kommunisten.
Geht es Euch dadurch besser?

Gebt ihnen die Antwort!

Wählt KPD!

Kriegsversehrte u. Rentner!

Die Schuldigen an Eurem Elend
wollen nicht zahlen,
darum hetzen sie gegen die Kommunisten.
Geht es Euch dadurch besser?

Gebt ihnen die Antwort!

Wählt KPD!

X-JN 3970
,K6
#93

Anlage No. 4

X- JN 3970
K6
#94

Robert Leibbrand

Vorsitzender der KPD Württ.-Baden

der Kandidat des schaffenden Volkes für den Wahlkreis I

Stuttgart-West, und

Alfred Rieckert

Kreishandwerksmeister, Kandidat der Gewerbetreibenden

sprechen

am Donnerstag, den 11. August, abends 20 Uhr

im Stadtteil Mitte

im Sitzungssaal des Landtags, Heusteigstr. 45

Thema: Um was geht es bei der Wahl am 14. August?

Männer, Frauen u. Jugendliche! Kommt und hört!

KOMMUNISTISCHE PARTEI STUTTGART-MITTE

Wählt den Wahlvorschlag 4 Kommunisten!

Verantwortlich: Fritz Steinbach, Stuttgart – DAG.

X- JN 3970
K6
#95

3
Copy

Jeder Deutsch Ist Aus

X-JN 3970
.K6
#96

BOMBEN auf Wohnviertel

Hilflos sahen wir dann zu, wie in oft wenigen Stunden unsere lieben, alten Städte in Schutt und Asche gelegt wurden und wunderten uns nur, daß bestimmte Rüstungsfabriken oft glimpflicher davonkamen, als die Wohnviertel und Stadtkerne mit ihren Kirchen, Theatern, Museen und Geschäftshäusern. Heute wissen wir, daß die Finanzhyänen der New Yorker Wallstreet und der Londoner City dafür sorgten, daß gewisse Fabriken unversehrt blieben. Sie wußten in ihnen wichtige Patente, die sie dann zur Selbstausbeutung aus Deutschland abholen ließen, oder Industrien, an denen sie mit viel Kapital selbst beteiligt waren. Wenn wir daran denken, dann sehen wir, wie wir in jenen Tagen in den Kellern saßen und nichts als den Tod zu erwarten hatten. Wir sehen unsere brennenden Häuser, unsere verstümmelten Kinder und unseren Nachbarn, wie wir ihn nach Tagen aus seinem Keller buddelten. Sehen die lebenden Fackeln, die sich wie besessen auf der Straße wälzten und keinen Weg fanden aus dem Flammenmeer. Hunderte — Tausende — in Dresden allein waren es 70 000. Erst Brandbomben, und wenn alles in den Straßen auf der Flucht oder beim Löschen war, dann fegten Sprengbomben und Tieffliegerbeschuß den Tod in die Flüchtenden. — Täuschen wir uns nicht, wenn wir gerade aus dieser Himmelsrichtung immer soviel von Humanität und Freiheit zu hören bekommen? Sind es nicht dieselben, die mit Millimetergenauigkeit die I.-G.-Farbwerke in Höchst unversehrt ließen, während die Frankfurter Innenstadt in ein Flammen- und Trümmermeer verwandelt wurde?

Warum liegt noch alles in Trümmern?

Es sind reichlich vier Jahre vergangen, und noch immer liegt alles in Trümmern. Nicht viel hat sich verändert. Die Straßen wurden zwar geräumt, aber schon sickert der Schutt aus den Ruinen wieder über die Fußsteige, und die Fußgänger stolpern über die Steine und denken schon nichts mehr dabei.

Nach der Kapitulation waren zwar „Enttrümmern — Trümmerverwertung — Wiederaufbau" die meistgebrauchten Parolen, was jedoch daraus geworden ist, das wissen wir alle. „Enttrümmern" blieb dem überlassen, der seine eigenen Trümmer wegzuräumen hatte.

„Trümmerverwertung" wurde zum Spekulationsobjekt für unsichere Existenzen, denen der Steuerzahler noch das „notwendige Kapital für ihre „Pläne" zu Verfügung stellen durfte. Heute sitzen die Ziegeleien, Kalk- und Zementwerke auf ihren Baustoffen und „trümmerverwertetes" Baumaterial ist natürlich überhaupt nicht gefragt. „Wiederaufbau" blieb ein Schlagwort wie die anderen. Nur Schieber und Geschäftemacher bauten mit kompensierten Baustoffen Bars, Restaurants und Geschäfte. Wer mit Lebensmitteln und selten gewordenen Gegenständen Großhandel trieb, gehörte meist zu den wenig Begnadeten, die sich über Nacht komfortable Häuser bauen konnten, während der Normalverbraucher durch sein notdürftig geflicktes Dach den

X-JN 3970
K6 #97

Nur zur Information

Internationalismus und Nationalismus

LIU TSCHAU-TSCHI

MITGLIED DES POLITBÜROS DES ZK
DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI CHINAS

X- JN 3970
.K6
#98

WÄHLT NICHT EURE TOTENGRÄBER...

wählt KPD!

Druck: Isar-Druck-GmbH., München 13
Verantwortlich: Hugo Ehrlich, München 22
Herausgegeben unter Parteiverlagslizenz Nr. US-E-5 (KPD).

X- JN 3970
.K6 #99
3
Copy

5 Fragen an Reimann!

1. Was hat die Kommunistische Partei Deutschlands bisher unternommen, um die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion zu beschleunigen und was sagt sie zu der Tatsache, daß dieser sozialistische Staat noch 4 Jahre nach Kriegsende deutsche Frauen und Männer als Arbeitssklaven ausbeutet?

2. Was sagt die Kommunistische Partei Deutschlands zu der gegen das Menschenrecht verstoßenden Austreibung von Millionen Ostdeutscher durch die volksdemokratischen Staaten?

3. Was sagt die von der Kommunistischen Partei Deutschlands geforderte „Nationale Front" zu dem gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstoßenden Raub der deutschen Ost-Provinzen jenseits der Oder-Neiße-Linie?

4. Was sagt die Kommunistische Partei Deutschlands zu den sowjetischen radikalen Demontage-Maßnahmen in Mitteldeutschland und der zusätzlich noch erhobenen Reparationsforderung von 10 Milliarden Dollar?

5. Warum übt die Kommunistische Partei Deutschlands niemals an der Sowjetunion Kritik, während sie anderen deutschen Parteien Kollaboration vorwirft? - Vielleicht deshalb, weil in der Sowjetzone Kritik an der Besatzungsmacht nicht nur mit 3 Monaten Gefängnis bestraft wird . . .

N/1077. 1 000. Verantwortl.: Freie Demokratische Partei, Nibelungenstr. 19 - I. A.: Hans Joachim Hadasch

X-JN 3970
.K6 #100

OTTO GROTEWOHL

INTELLIGENZ UND ARBEITERSCHAFT

Rede zur Verordnung der DWK über die Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, die weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und die Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben

X-JN 3970
.K6 #101

Wer hilft Deutschland in seiner Not?

X-JN3
.K6
#102

INeu 9.

X-JN 3970
.K6
#103

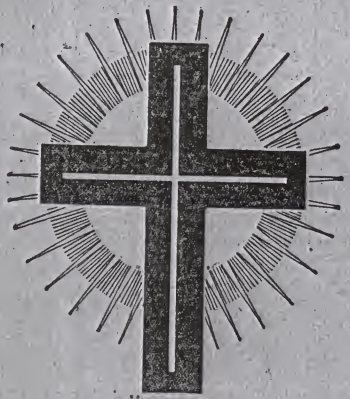
Warum ist die

ODER-NEISSE GRENZE

die Friedensgrenze?

X- JN 3970
.K6 #104

X- JN 3970
.K6 #105

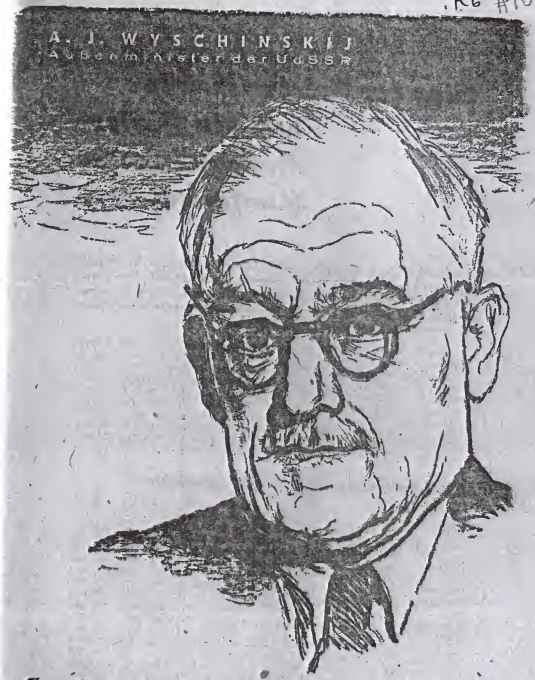


DIE KIRCHE IN DER OSTZONE

DOMPREDIGER KARL KLEINSCHMIDT-SCHWERIN

X- JN 3970
.K6 #106

X-JN 3970
.K6 #107



Sowjetische Vorschläge Grundlage der Pariser Beschlüsse

X-JN 3970
.K6 #108

X-JN3111 . K6 #107

3

Kann es Frieden geben zwischen den Kirchen und den Kommunisten?

Von Wilhelm Karl Gerst
parteiloser Kandidat für den westdeutschen Bundestag im Wahlkreis Fulda-Lauterbach-Schlüchtern

An die christlichen Wähler!

Vor einigen Wochen brachte die katholische „Herder-Korrespondenz" einen ausführlichen Bericht über die „Fortschrittlichen Christen" in Frankreich, deren Bewegung bereits zu großer Bedeutung angewachsen ist. „Im Grunde", so sagte die „Herder-Korrespondenz", „stehen wir doch vor dem gleichen Problem wie der christliche Glaube: Bei der Neuordnung einer modernen Welt zugegen sein können, die als Ganzes stark von den Kräften der politischen Linken bestimmt sein wird."

Es geht für den Christen um die Entscheidung zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Viele meinen, es sei in keiner Weise vorauszusehen, wem die Zukunft gehört, und manche kirchlichen Stellen überlegen, es sei vielleicht ganz gut, wenn Christen auf beiden Seiten stehen, das könne vielleicht in einer Zeit wie der unsrigen dazu dienen, die Kirchen vor der Gefahr zu bewahren, lau zu werden.

„Gerade die Besten" so sagt die „Herder-Korrespondenz" weiter, **„werden ja von dem angezogen, was nicht lau ist und die großen Anforderungen, die der Kommunismus an seine Gefolgschaft stellt, tragen vielleicht mit dazu bei, einige dieser Besten anzuziehen."**

Es gibt in Westdeutschland viele „Fortschrittliche Christen". Wir sind ihnen begegnet bei Intellektuellen und Arbeitern, bei Bauern, unter den Frauen und unter den Jugendlichen, bei Katholiken und Protestanten. Wir warteten auf die Gelegenheit, in einem geeigneten politischen Zeitpunkt hervorzutreten und durch die Tat zu beweisen, daß unsere politische Überzeugung richtig ist und nur in einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten verwirklicht werden kann. Die Politik aller anderen westdeutschen Parteien wird von den monopolkapitalistischen Kräften des Auslandes beherrscht. Wir könnten uns gar nicht für die Zusammenarbeit mit einer anderen Partei entscheiden, selbst wenn wir es wollten.

Wir sind auch nicht der Meinung, es sei gut für die Kirche, wenn Christen einerseits in den kapitalistischen und andererseits in den kommunistischen Parteien stünden.

Wir halten es für ein Unglück, daß es noch so viele Christen gibt, die nicht einsehen

Kann es Frieden geben zwischen den Kirchen und den Kommunisten?

Von Wilhelm Karl Gerst
parteiloser Kandidat für den westdeutschen Bundestag im Wahlkreis Fulda-Lauterbach-Schlüchtern

An die christlichen Wähler!

Vor einigen Wochen brachte die katholische „Herder-Korrespondenz" einen ausführlichen Bericht über die „Fortschrittlichen Christen" in Frankreich, deren Bewegung bereits zu großer Bedeutung angewachsen ist. „Im Grunde", so sagte die „Herder-Korrespondenz", „stehen wir doch vor dem gleichen Problem wie der christliche Glaube: Bei der Neuordnung einer modernen Welt zugegen sein können, die als Ganzes stark von den Kräften der politischen Linken bestimmt sein wird."

Es geht für den Christen um die Entscheidung zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Viele meinen, es sei in keiner Weise vorauszusehen, wem die Zukunft gehört, und manche kirchlichen Stellen überlegen, es sei vielleicht ganz gut, wenn Christen auf beiden Seiten stehen, das könne vielleicht in einer Zeit wie der unsrigen dazu dienen, die Kirchen vor der Gefahr zu bewahren, lau zu werden.

„Gerade die Besten" so sagt die „Herder-Korrespondenz" weiter, **„werden ja von dem angezogen, was nicht lau ist und die großen Anforderungen, die der Kommunismus an seine Gefolgschaft stellt, tragen vielleicht mit dazu bei, einige dieser Besten anzuziehen."**

Es gibt in Westdeutschland viele „Fortschrittliche Christen". Wir sind ihnen begegnet bei Intellektuellen und Arbeitern, bei Bauern, unter den Frauen und unter den Jugendlichen, bei Katholiken und Protestanten. Wir warteten auf die Gelegenheit, in einem geeigneten politischen Zeitpunkt hervorzutreten und durch die Tat zu beweisen, daß unsere politische Überzeugung richtig ist und nur in einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten verwirklicht werden kann. Die Politik aller anderen westdeutschen Parteien wird von den monopolkapitalistischen Kräften des Auslandes beherrscht. Wir könnten uns gar nicht für die Zusammenarbeit mit einer anderen Partei entscheiden, selbst wenn wir es wollten.

Wir sind auch nicht der Meinung, es sei gut für die Kirche, wenn Christen einerseits in den kapitalistischen und andererseits in den kommunistischen Parteien stünden.

X- JN 3970
K6

Robert Leibbrand

Kandidat der KPD für den Wahlkreis Stuttgart I (West)

Robert Leibbrand, geboren am 1. Mai 1901 in Stuttgart, wuchs als Sohn eines Arbeiters auf, er besuchte die Volksschule und erlernte das Schreinerhandwerk. Schon seit seiner frühen Jugend ist er im politischen Leben tätig. Seine großen menschlichen und politischen Fähigkeiten brachten ihn nach einer langjährigen Haft im Konzentrationslager in den Landesvorstand der KPD Württemberg-Baden. 1946 war er Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung. Heute ist er Vorsitzender der KPD-Fraktion im württembergisch-badischen Landtag und Vorsitzender der KPD Württemberg-Badens.
Seine Haltung in der Vergangenheit, der Ernst, mit dem er auch heute die Interessen der Werktätigen im Parlament und in der Öffentlichkeit vertritt, machen ihn zu einem der verantwortungsbewußtesten und klarsten Politiker Württemberg-Badens.

Um was geht es bei den Bundestagswahlen?

Das deutsche Volk ist nicht gefragt worden, als die Bildung des westdeutschen Bundesstaates und sein Grundgesetz beschlossen wurde. Die Regierungsparteien fürchteten eine Volksabstimmung darüber. Mit Recht, denn wie sieht es denn in diesem westdeutschen Staat aus?

Volle Schaufenster – aber leere Geldbeutel

Der Reallohn beträgt nur 60 Prozent des Friedensstandes. Was nützt da die Produktionssteigerung, wenn die Schaffenden die von ihnen erzeugten Waren nicht kaufen können?

Noch schlimmer geht es den Kriegsopfern, Arbeitsinvaliden und Alten, deren Renten nicht zum Leben reichen.

Die Flüchtlinge, Fliegergeschädigten und Währungsopfer warten vergeblich auf den immer wieder versprochenen Lastenausgleich.

Es fehlen Millionen Wohnungen, aber Vergnügungspaläste und Luxusgeschäfte werden gebaut. Viele Menschen hausen noch in Bunkern und Baracken, aber gleichzeitig sind über 100 000 Bauarbeiter in Westdeutschland arbeitslos.

Schon gibt es 1¼ Millionen Arbeitslose, viele hunderttausende Kurzarbeiter, immer neue Entlassungen, Betriebsstillegungen und Konkurse von kleinen Handwerksbetrieben erfolgen.

Warum diese Wirtschaftskrise?

Weil die Politik der Westmächte Deutschland aufgespalten und den verkrüppelten westdeutschen Teilstaat in völlige Abhängigkeit gebracht hat. Durch Marshallplan, Außenhandelskontrolle und Ruhrstatut ist unsere Wirtschaft fremden Interessen unterworfen. Wir dürfen die zur Einfuhr benötigten Lebensmittel und Rohstoffe nicht dort einkaufen, wo wir sie am preiswertesten bekommen könnten.

Amerika, das selbst 5 Millionen Arbeitslose hat, England und Frankreich wälzen die eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf ihre westdeutsche Kolonie ab. Die Demontagen von Industrieanlagen im Ruhrgebiet, der Uhrenindustrie im Schwarzwald dienen nicht der Entmilitarisierung oder der Wiedergutmachung, sondern nur der Zerstörung, sie sollen verhindern, daß Deutschland

der deutschen Ausfuhr gingen, wird uns durch die Westblockpolitik versperrt. Un Westdeutschland zum Vorposten in ih rem kalten Krieg gegen den Sowjetstaa zu machen, wollen es die Westmächte noch jahrzehntelang besetzt halten. Die Kosten dieser Besatzung, jährlich 5 Mil liarden in ganz Westdeutschland, fresse 25 bis 50 Prozent aller Steuereinnahmen der Länder. Wir müssen für die Versor

X-JN 3970
.K6 # 1W 3

WHAT IS THE PURPOSE OF THE ELECTIONS TO THE "BUNDESTAG"?

The German people were not asked when the formation of the West German confederate state and its constitution were decided. The government parties feared a popular vote about them. And they were right, for - what is this West German state like?

FULL SHOW WINDOWS - BUT EMPTY POCKETS

The actual salaries are but 60% of the peace wages. What good is the increase in production, if the workers cannot purchase the products produced by them? The war victims are even worse off, the invalids and the old people whose income does not permit them to live. The refugees, the bombed and the victims of the new currency are waiting in vain for the much promised compensation. Millions of houses are lacking, but palaces for entertainment and luxury stores are being built. Many people are still living in bunkers and barracks, but at the same time 100 000 construction workers are jobless in Western Germany.

Already there are 1 1/4 million jobless, many hundreds of thousands working short hours, constantly new dismissals, closings of enterprises and failures of small workshops.

WHY THIS ECONOMIC CRISIS?

Because the policy of the Western Powers has split Germany in two and has made the crippled West Germany state fully dependent. Through the Marshall plan, control of Foreign trade and the Ruhr status our economy is subject to Foreign interests. We cannot buy the foodstuffs and raw materials necessary for import where we could obtain them the cheapest. We are forced to export raw materials which we need urgently for our own economy, but thousands of obstacles are laid into the exportation of our manufactured articles.

America having herself 5 million jobless, England and France remove their own economic difficulties to their West German colony. The dismantling of industrial installations in the Ruhr, of the watch industry in the Black Forrest do not serve the de-militarization or restitution but only destruction. They are to prevent that Germany will ever be able to become a competitor.

The absorbing market of the Soviet Union and the East European states to which 25% of the German export went before the war, is blocked to us by the Western blockade policy. In order to make Western Germany an advanced post in their cold war against the Soviets the Western Powers want to keep it occupied for decades to come. The costs of this occupation, 5 billion in Western Germany eat up 25 to 50% of the total taxes of the Laender. We are forced to pay for the upkeep of the 47 000 DP's in Wuerttemberg - Baden more than we are able to spend for the support for the 700 000 refugees.

Trizonesiens BRENNGLAS

X-JN 3970
.K6
F112

Trizonesiens BRENNGLAS

X-JN 3970
.K6

Aus Jimmys glücklicher Zeit

X- JN 3970
.K6

An alle Flüchtlinge!
An alle Schicksalsgefährten!

Seit mehr als drei Jahren leben die Heimatvertriebenen hier in Bayern in unvorstellbarer Not, in Dreck und tiefstem Elend. Die Zustände in den Flüchtlingslagern und auch die Behandlung, die dort unseren Kameraden zuteil wird, sind fürchterlich und spotten jeder Beschreibung. Aber noch schlimmer, hoffnungsloser und verzweifelter ist die Lage jener aus den Lagern ausgeschleusten Flüchtlinge, der sogenannten „Neubürger", die zerstreut und fern von allen Verkehrsmitteln in abgelegenen Dörfern und Einöden leben, wo sie keine Arbeit finden und mit einer elenden Fürsorgeunterstützung vegetieren müssen.

Kameraden! Ihr alle kennt den bitteren Leidensweg hier in der „neuen Heimat". Ihr kennt die Hoffnungslosigkeit, die Verzweiflung und Aussichtslosigkeit unserer Lage! Ihr wißt auch, daß ungezählte Flüchtlingskameraden aus dieser fürchterlichen Verzweiflung heraus Selbstmord verübten und täglich nimmt die Zahl jener zu, die zum Strick greifen und ihrem Leben „freiwillig" ein Ende setzen.

Soll das so weiter gehen?

Alle Parteien des bayerischen Landtags haben uns verraten. Sie haben für uns niemals etwas anderes übrig gehabt, als schöne Worte und leere Versprechungen! Denkt an den ungeheuren Betrug mit dem Lastenausgleich, der Bodenreform, den Flüchtlingskrediten und alle anderen so reichlich gegebenen und niemals gehaltenen Versprechungen!

Ihre Unfähigkeit und ihren schlechten Willen verdeckend, sprechen sie auf unseren Versammlungen von unserer baldigen „Rückkehr in die Heimat", für die sie angeblich sogar bereit zu kämpfen sind. Sie wollen uns damit von den wichtigsten Fragen, die für uns Leben oder Tod bedeuten, ablenken, unsere Gehirne mit Illusionen vernebeln, obwohl sie wissen, daß hinter ihrer Hetze gegenwärtig keinerlei reale Möglichkeiten stehen.

Kameraden! Diese Parteien haben sich als unsere offenen oder versteckten Feinde entpuppt, die nur die Interessen der reichen, fetten und satten Besitzbürger vertreten und deshalb auch niemals für unsere berechtigten Forderungen, für die Lebensnotwendigkeiten der Flüchtlinge und der Kriegsopfer eintreten können.

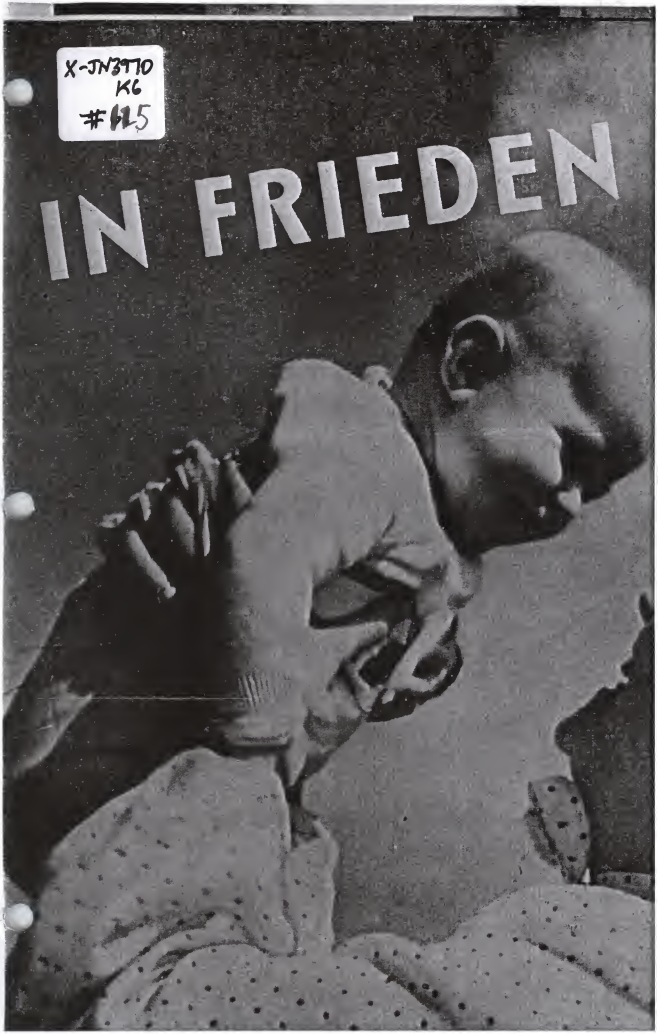
Gewiß, jetzt kommen sie wieder, von der CSU, FDP bis zur SPD und erinnern sich, daß wir, die „Ärmsten der Armen", zwei Millionen, d. h. ein Viertel der Bevölkerung Bayerns sind. Jetzt fließen ihre Krokodilstränen über unsere große Not und mit neuen Versprechungen wollen sie unsere Stimmen für die Bundestagswahl ergaunern.

Wir aber haben sie gründlich erkannt und wollen von ihnen nichts mehr wissen. Den Parteien, der Regierung und allen, die schuld an unserem Elend sind, die jahrelang für unsere Bitten, Resolutionen, Proteste und Forderungen blind und taub waren, wollen wir jetzt die verdiente Antwort geben: Den Tritt den sie seit langem und reichlich verdient haben!

Die Zeit der Bitten und Resolutionen ist nun vorbei! Unsere Geduld ist zu Ende! Der Tag der Abrechnung ist nun gekommen: Am 14. August präsentieren wir die Rechnung für alle an uns begangenen Verbrechen.

Der 14. August sei ein Fanal, das sie nicht übersehen können — ein letzter Warnungsschuß, der nicht nur in Bayern, sondern in der ganzen Welt gehört werden soll!

Wir Flüchtlinge geben bewußt und wohl berechnet aus Protest und flammender Empörung gegen das Unrecht, gegen das schamlose Verhalten, das weder christlich, noch sozial, noch demokratisch ist, am 14. August unsere Stimme der Kommunistischen Partei, die auf ihrer Landesliste und in vielen Wahlkreisen unsere freien, parteilosen Flüchtlingskameraden kandidieren läßt!

X-JN3770
K6
#125

IN FRIEDEN